



BERICHT DER LANDESREGIERUNG

über die Umsetzung des Konversionsprogramms des Landes zur Bewältigung der Folgen
des Truppenabzugs in den Jahren 2012 und 2013





Grußwort der Ministerpräsidentin Malu Dreyer

seit dem Ende des Kalten Krieges ist der Truppenabbau ein beherrschendes Thema in Rheinland-Pfalz. Kein anderes Land ist mehr von der Reduzierung der deutschen, amerikanischen und französischen Streitkräfte betroffen, als Rheinland-Pfalz. Die Umwandlung ehemals militärisch genutzter Liegenschaften in Flächen für Gewerbe, Wohnen, Bildung oder Energiegewinnung und die Schaffung neuer, ziviler Arbeitsplätze, wo zuvor Soldatinnen und Soldaten und andere Beschäftigte im Dienste der Streitkräfte gearbeitet haben, ist eine langwierige und schwierige Aufgabe.

Seit dem Jahr 1986 haben die US-Streitkräfte über 60 % ihrer militärischen und rund zwei Drittel ihrer zivilen Stellen in Rheinland-Pfalz abgebaut. Die Bundeswehr hat rund 58 % der militärischen und 70 % der zivilen Stellen gestrichen. Die französischen Streitkräfte sind komplett abgezogen. Insgesamt gingen seit dem Höhepunkt des Kalten Krieges fast 83.000 militärische und 34.000 zivile Arbeitsplätze verloren.

Anhand dieser Zahlen wird deutlich, dass die Konversion für die Landesregierung eine zentrale Herausforderung und somit ein Schwerpunkt ihrer Strukturpolitik ist. Deshalb wurde für die Koordination dieser Aufgabe ein eigener Kabinettsausschuss gebildet – das Konversionskabinetts, in dem neben der Ministerpräsidentin die Ministerinnen und Minister für Arbeit, Wirtschaft, Innen und Finanzen vertreten sind. Alle zwei Jahre legt die Landesregierung dem Parlament einen Bericht über die Umsetzung des Konversionsprogramms zur Bewältigung der Folgen der Abrüstung vor. Der vorliegende Bericht umfasst die Jahre 2012 und 2013. Es ist der erste Konversionsbericht in meiner Amtszeit. Wir haben den Aufbau gegenüber früheren Berichten verändert, damit er etwas leichter lesbar wird. Der Statistikeil ist jedoch wie bisher aufgebaut, um die Vergleichbarkeit mit früheren Berichten zu gewährleisten.

Im Jahr 2012 wurden im Rahmen von 58 Projekten für Konversionsmaßnahmen Landesmittel in Höhe von knapp über 30 Mio. Euro verwendet. Im Jahr 2013 wurden 56 Projekte mit 33,9 Mio. Euro gefördert. Legt man das Jahr 1992 als Beginn der Konversion zu Grunde, wurden seitdem knapp über 1,78 Mrd. Euro für Konversionsprojekte bewilligt. Zählt man weitere Mittel aus anderen Programmen hinzu, die in früheren Jahren zusätzlich in von Konversion betroffene Standorte geflossen sind, wurden im Gesamtzeitraum sogar ca. 2,1 Mrd. Euro bewilligt.

Die Maßnahmen der rheinland-pfälzischen Landesregierung zur Kompensation des Truppenabbaus waren außerordentlich erfolgreich: Nicht selten konnten über Konversionsprojekte mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, als während der militärischen Nutzung an diesen Standorten vorhanden waren. Das Gesicht unseres Landes hat sich deutlich verändert – vom „Flugzeugträger der NATO“ hat es sich in einen modernen Wissens- und Technologiestandort mit hoher Lebensqualität verwandelt.

Auch in Zukunft wird Konversion für die Landesregierung eine wichtige Aufgabe bleiben. Die Standortschließungen und –reduzierungen im Rahmen der Neuausrichtung der Bundeswehr müssen genauso

bewältigt werden wie die massiven weiteren Stellenreduzierungen bei den amerikanischen Streitkräften. Die Landesregierung wird auch in Zukunft alle Anstrengungen unternehmen, um zusammen mit den anderen beteiligten Akteuren neue Entwicklungsmöglichkeiten für die Kommunen und neue Chancen für die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schaffen. Ich wünsche Ihnen viel Freude bei der Lektüre zahlreicher positiver Beispiele für gelungene Konversion!

Malu Dreyer
Ministerpräsidentin
des Landes Rheinland-Pfalz

INHALTSVERZEICHNIS

Grußwort der Ministerpräsidentin

1. Sachstand Liegenschaftskonversion in RLP

Kurzer Einführungstext mit RLP-Karte als „geografisches Inhaltsverzeichnis“ 7

2. Aktuell: Konversion im Rahmen der Neuausrichtung der Bundeswehr 2011

2.1. Standort Bad Neuenahr-Ahrweiler 12

2.2. Standort Birkenfeld 12

2.3. Standort Diez 14

2.4. Standort Emmerzhausen 15

2.5. Standort Kusel 15

2.6. Standort Speyer 16

3. Thematische Übersicht anhand weiterer ausgewählter Projekte im Berichtszeitraum

3.1. Gewerbliche Entwicklung 19

3.1.1. Flugplatz Bitburg 20

3.1.2. Flugplatz Hahn 21

3.1.3. Flugplatz Mendig 22

3.1.4. Nierstein (US Dexheim) 23

3.1.5. Wäller-Kaserne Westerburg 24

3.1.6. Flughafen Zweibrücken 25

3.2. Stadtquartiersentwicklung 27

3.2.1. Bad Kreuznach: Hospital, Rose-Barracks und Housing-Bereiche I-III,
Airfield, Minick- und Marshall-Kaserne 28

3.2.2. Bitburg: Alte Kaserne und US-Housing 29

3.2.3. Germersheim: Stadtkaserne II, Theobaldkaserne und Weißenburger Tor 31

3.2.4. Landau: Kaserne Estienne-Foch 31

3.2.5. Münchweiler: Gräfensteiner Park 33

3.2.6. Pirmasens 33

3.2.7. Saarburg 34

3.2.8. Worms: Prinz-Carl-Anlage, Liebenauer Feld und De-La-Police-Kaserne 36

3.3. Regenerative Energien	36
3.3.1. Morbacher Energielandschaft.	38
3.3.2. Flugplatz Sembach	40
3.3.3. Flugplatz Pferdsfeld	40
3.4. Wohnraumkonversion	41
3.4.1. Projekt Bad Kreuznach.	41
3.4.2. Projekt Birkenfeld	41
4. Beschäftigungskonversion	
4.1. Neuausrichtung der Bundeswehr	45
4.2. Neuordnung der US-Streitkräfte in Europa.	46
4.3. Unterstützungsleistungen der Landesregierung.	48
4.4. Fallbeispiele	50
5. Statistik	53

1. SACHSTAND LIEGEN- SCHAFTSKONVERSION IN RHEINLAND-PFALZ



Bis zur Wiedervereinigung war Rheinland-Pfalz eines der am stärksten von Truppenstationierungen geprägten Länder. Insbesondere die Regionen Hunsrück und Westpfalz waren Schwerpunkte militärischer Stationierung sowohl der Bundeswehr als auch der alliierten Gaststreitkräfte aus Frankreich und den USA. Zu Zeiten der stärksten Militärpräsenz Mitte der 1980er Jahre waren knapp 70.000 Soldatinnen und Soldaten der US-Streitkräfte in Rheinland-Pfalz stationiert. Die Bundeswehr war mit rund 40.000 und die französische Armee mit etwa 17.000 Soldaten im Land präsent. Annähernd 50.000 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer arbeiteten im Jahr 1986 als zivile Angestellte bei Bundeswehr, französischer Armee und insbesondere bei den US-Streitkräften.

Rheinland-Pfalz ist seit Anfang der 1990er Jahre von Truppenreduzierungen der im Land stationierten alliierten Streitkräfte sowie von den Auswirkungen mehrerer Strukturreformen der Bundeswehr betroffen. Infolge dessen wurden und werden im Land zahlreiche ehemals militärisch genutzte Liegenschaften aufgegeben.

Bis Ende des Jahres 2013 wurden landesweit 679 militärische Liegenschaften mit insgesamt ca. 13.736 ha Fläche von der Bundeswehr und den alliierten Streitkräften freigegeben. Im Zuge der Umsetzung der Bundeswehrstrukturreform 2011 werden in den kommenden Jahren weitere Standortaufgaben erfolgen.

Der Konversionsprozess

Die Konversion der Liegenschaften und die Bewältigung der abzugsbedingten Folgen stellen Bund, Land, Region und die betroffenen Standortkommunen vor große Herausforderungen, die nur im Konsens bewältigt werden können. Dabei tragen die am Konversionsprozess maßgeblich beteiligten Akteure, die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA), die betroffenen Standortkommunen und das Land – wenngleich mit teilweise unterschiedlicher Interessenlage – eine gemeinsame Verantwortung, die ehemaligen Militärliegenschaften einer nachhaltigen zivilen Folgenutzung zuzuführen.

Der Konversionsprozess soll dazu dienen, unter Berücksichtigung der städtebaulichen Entwicklungsvorstellungen der betroffenen Standortkommunen wirtschaftlich tragfähige und ökologisch sinnvolle Nachnutzungen als Ausgleich für die nachteiligen Auswirkungen der militärischen Nutzung zu finden. Es werden dabei vorrangig Nutzungskonzepte angestrebt, die zu einer Reduzierung der Neu-Inanspruchnahme von Flächen beitragen und so dem landesplanerischen Ziel des Vorrangs der Innenentwicklung vor einer Außenentwicklung Rechnung tragen. In Einzelfällen kann auch mit einem Rückbau ehemals militärischer Nutzungen unter Anrechnung als Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahme für einen Eingriff an anderer Stelle ein sinnvoller Beitrag zu einer nachhaltigen Bodenschutz- und Flächenpolitik geleistet werden.

Das Land als Partner in der Konversion

Das Land begleitet und unterstützt den Konversionsprozess als Partner der Kommunen, soweit dies von kommunaler Seite gewünscht ist und für erforderlich gehalten wird. In der Regel wird in einem ersten Schritt des Konversionsprozesses im Einvernehmen und unter finanzieller Beteiligung der BImA sowie mit Förderung des Landes eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Ziel einer solchen Studie ist die stufenweise Erarbeitung einer städtebaulich und wirtschaftlich tragfähigen Nutzungskonzeption zur Entwicklung des Konversionsareals. Je nach Flächengröße und räumlicher Lage der Konversionsliegenschaft ist es erforderlich, bei den Nachnutzungsüberlegungen den Blick über die betroffene Standortkommune hinaus auf die Entwicklung der gesamten Region zu richten. Auch der örtliche bzw. regionale Flächenbedarf bzw. die entsprechende Flächennachfrage, die Infrastrukturausstattung und die Erschließungssituation sind maßgebliche Standortfaktoren, die für jede Konversionsliegenschaft differenziert untersucht und bewertet werden müssen. Nicht zuletzt müssen in diesem Zusammenhang auch gesellschaftliche Entwicklungen wie die Auswirkungen des demografischen Wandels und die finanziellen Restriktionen der öffentlichen Hand verstärkt berücksichtigt werden. Das Land trägt u.a. mit der Unterstützung der Erarbeitung von Machbarkeitsstudien dazu bei, dass die Kommunen als Träger

der kommunalen Planungshoheit eine für ihre Entwicklung nachhaltige und wirtschaftlich tragfähige Position erarbeiten können.

Altlasten

Die Klärung der Altlastenfrage stellt im Zusammenhang mit der zügigen zivilen Anschlussnutzung von ehemaligen Militärliegenschaften, insbesondere bezogen auf die Anforderungen aus dem Baugesetzbuch, einen zentralen Aspekt dar. Die Landesregierung hat daher die erforderlichen Erfassungsarbeiten vorausschauend geplant und bereits im Jahr 1992 die flächendeckende Erhebung der Altlastverdachtsflächen auf ehemals militärisch genutzten Arealen auf den Weg gebracht. Das Landesamt für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht (LUWG) erfasst Nutzungen, Schadensfälle und kontaminationsverdächtige Flächen auf den freigewordenen bzw. freiwerdenden Liegenschaften. Die Erkenntnisse werden von den Struktur- und Genehmigungsdirektionen Nord und Süd (SGDn) bewertet und mögliche Maßnahmen in der Konversions-Altlastengruppe (KoAG) mit Fachbehörden, BImA, Kommunen, Investoren etc. abgestimmt. Alle Informationen werden im elektronisch geführten Bodenschutzkataster, einem Fachmodul im Bodeninformationssystem Rheinland-Pfalz, abgelegt und stehen damit jederzeit allen betroffenen Dienststellen im Land zur Verfügung. Diese Leistungen der Bodenschutzbehörden in Verbindung mit dem erstellten Leitfaden „Altlasten auf Konversionsliegenschaften“ waren und sind bis heute eine wesentliche Voraussetzung für die zügige Umsetzung des Konversionsprogramms und eine erhebliche Hilfestellung für die Träger der Bauleitplanung, die Baugenehmigungsbehörden sowie für die Städtebau- und Wirtschaftsförderung.

Entwicklungsansätze im Rahmen der Konversion

Im Rahmen der Konversion besteht eine Vielzahl von Entwicklungsmöglichkeiten. Diese sind zunächst von den Standortfaktoren der jeweiligen Liegenschaft (Lage, Größe, verkehrliche Anbindung, Art der Bebauung, Erhaltungszustand, Altlasten, usw.) abhängig. Die Umsetzungschancen hängen wiederum maßgeblich von der Bedarfs- bzw. Nachfragesituation, den Kaufpreisforderun-

gen des Bundes sowie vom Investitionsbedarf ab. Somit muss jeder Konversionsprozess als individuelle Herausforderung angesehen werden. Dennoch haben sich im Laufe der mehr als zwei Jahrzehnte währenden Konversionsaktivitäten in Rheinland-Pfalz vor dem Hintergrund der zuvor genannten Faktoren mehrere grundlegende Nachnutzungsmodelle herausgebildet. Neben der städtebaulichen Erneuerung in Form von Quartiersentwicklungen sind hier Entwicklungen zu Gewerbegebieten, zur Schaffung neuen Wohnraums, zur Nachnutzung als Hochschulstandort und in den letzten Jahren zunehmend auch zur Gewinnung erneuerbarer Energien zu nennen.

Struktur des Berichts

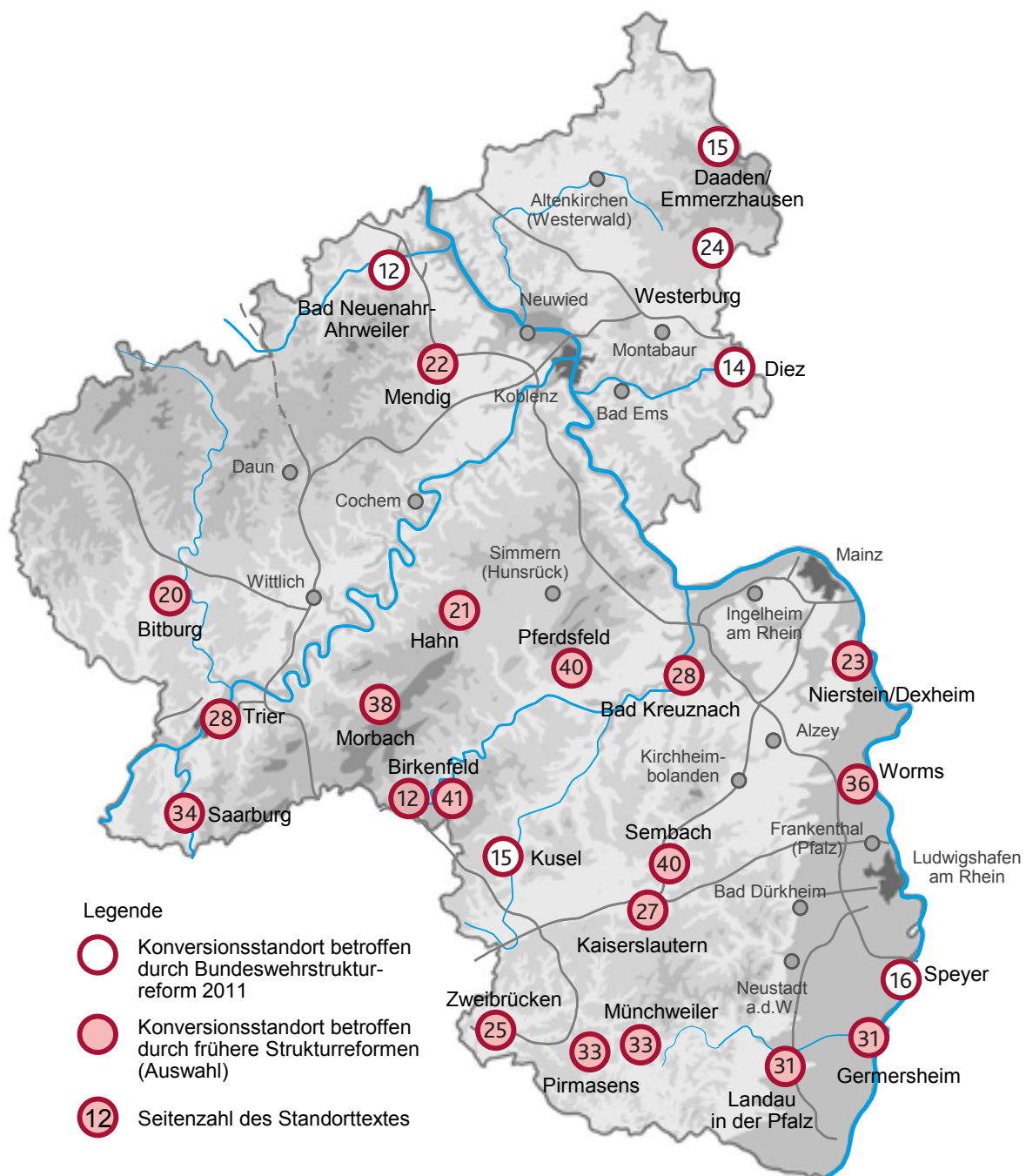
Diese thematische Struktur soll sich auch in der Präsentation der Konversionsbeispiele in diesem Bericht widerspiegeln. Nach einem Überblick über die aktuellen Herausforderungen im Rahmen der Bundeswehrstrukturreform 2011 werden die Themen gewerbliche Entwicklung, Stadtquartiersentwicklung, erneuerbare Energie und Wohnraumkonversion anhand von relevanten Beispielen dargestellt.

Aufgrund der teilweise langen Entwicklungszeiten kann so ein Querschnitt aus verschiedenen Projektstadien abgebildet werden. Standorte, deren Konversionsentwicklung weitgehend abgeschlossen ist, bzw. an denen im Berichtszeitraum keine nennenswerten Änderungen im Vergleich zum vorherigen Bericht zu verzeichnen sind, werden nicht oder nur verkürzt aufgeführt, um Wiederholungen möglichst zu vermeiden. Eine erneute Berichterstattung wird jedoch für kommende Berichte offen gehalten. Da das Thema der Hochschulkonversion als abgeschlossen gilt, wird es in diesem wie bereits auch im vorherigen Bericht nicht mehr separat aufgeführt. Auch hier wird auf die Darstellung in früheren Publikationen verwiesen.

Als weiteres bedeutsames Thema der Konversion wird der Bereich der Beschäftigungskonversion dargestellt.

Konversionsstandorte

Im Bericht enthaltene Konversionsfälle in Rheinland-Pfalz. Aufgrund der Aktualität sind die Beiträge zur Bundeswehrstrukturreform (2011) farblich hervorgehoben.



Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur – April 2014
 Grundlage: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformationen – 2012

2. AKTUELL: KONVERSION IM RAHMEN DER NEUAUSRICHTUNG DER BUNDESWEHR 2011



Aufgrund der Standortentscheidungen des Bundesverteidigungsministeriums im Zuge der Neuordnung der Bundeswehr vom 26. Oktober 2011 werden in Rheinland-Pfalz die Standorte Bad Neuenahr-Ahrweiler, Birkenfeld, Daaden/Emmerzhausen, Kusel und Speyer geschlossen. Darüber hinaus werden die Standorte Diez, Mainz, Rennerod und Zweibrücken massiv reduziert.

Am 12. Juni 2012 wurden seitens des Bundesverteidigungsministeriums detailliertere Angaben bezüglich der vorgesehenen Schließungszeitpunkte im Rahmen der sogenannten Feinausplanung veröffentlicht. Die Mehrzahl der im Zuge der Bundeswehrstrukturreform vorgesehenen Nutzungsaufgaben soll im Laufe des Jahres 2014 erfolgen – darunter fällt insbesondere der Komplettabzug der Bundeswehr von den Standorten Birkenfeld und Kusel (3. Quartal 2014) sowie die Aufgabe der Ahrtal-Kaserne in Bad Neuenahr-Ahrweiler (4. Quartal 2014).

Eine Reihe weiterer Standortaufgaben erfolgt laut Bundeswehr in den Folgejahren. So ist z.B. die Schließung der Freiherr-vom-Stein-Kaserne in Diez im 2. oder 3. Quartal 2015 vorgesehen. Zu beachten ist hierbei die Unterscheidung zwischen dem Abzug der Streitkräfte (Schließung) und der Freigabe für eine Nachnutzung bzw. Vermarktung durch den Eigentümer, den Bund, vertreten durch die BImA.

Im bundesweiten Vergleich wird Rheinland-Pfalz nicht übermäßig im Rahmen der Strukturreform 2011 betroffen. Dennoch ist der Verlust von insgesamt rd. 8.000 der bislang rd. 24.000 Dienstposten der Bundeswehr in Rheinland-Pfalz gravierend. Nicht nur für das betroffene Personal bedeuten die Entscheidungen eine erhebliche Veränderung der Lebensplanung, auch für die von den Schließungen sowie von signifikanten Reduzierungen betroffenen Kommunen handelt es sich um tiefgreifende Einschnitte. Mit der Aufgabe von Kasernen und Übungsplätzen kommen auf die Standortgemeinden und die umliegenden Regionen große Herausforderungen zu, die sozialen und ökonomischen Veränderungen positiv zu gestalten. Die Landesregierung begleitet solche Prozesse seit über 20 Jahren erfolgreich mit großem finanziellem Engagement. Durch die Umnutzung von ehe-

maligen militärischen Flächen konnten in vielen Landesteilen neue Entwicklungsschübe ausgelöst und eine Vielzahl von qualifizierten Arbeitsplätzen geschaffen werden. Auch wenn heute sicherlich nicht mehr die finanziellen Möglichkeiten bestehen wie im Rahmen früherer Konversionswellen, wird das Land den Kommunen weiterhin als zuverlässiger Partner bei der Konversion zur Seite stehen.

Bevor jedoch über Einzelprojekte und eine konkrete Förderung gesprochen werden kann, ist nach einer genauen Analyse der Situation vor Ort ein wirtschaftlich tragfähiges Konzept, eine sog. Machbarkeitsstudie, zu erarbeiten, das mit den Entwicklungszielen der Kommune und der Region konform geht. Es ist sinnvoll, auf Grund der zunehmenden finanziellen Restriktionen auch die verstärkte Einbindung von privaten Akteuren zu prüfen, ohne dass die Kommunen das Instrument der Planungshoheit und damit die Chance auf Mitbestimmung bei der Stadt- und Ortsentwicklung aus der Hand geben. Ein weiterer bedeutender Baustein der aktuellen Konversionsmaßnahmen ist die Nutzung von erneuerbaren Energien. Gerade für Flächen in ländlichen Gebieten ohne Entwicklungsdruck ergeben sich hier sinnvolle und nachhaltige Lösungswege wie bereits zahlreiche Beispiele zeigen.

Zweifelsohne werden Flächen, die in der Nähe von Fernstraßen oder großen Zentren liegen, schneller durch private Akteure einer Nachnutzung zuzuführen sein. Dagegen werden Flächen, die in eher peripheren Regionen liegen und durch Topographie oder Lage schwer zu erschließen sind, eines längeren Realisierungszeitraums und eines höheren Maßes an Unterstützung aller beteiligten Akteure bedürfen. Aus diesem Grund unterstützt die Landesregierung die von der Bundeswehrstrukturreform 2011 betroffenen Standortgemeinden seit der Bekanntgabe des Abzuges bei der Entwicklung von Nachnutzungskonzepten, soweit dies von kommunaler Seite gewünscht ist. Im Folgenden werden die einzelnen Standorte und der aktuelle Entwicklungsstand im Hinblick auf eine Nachnutzung aufgeführt.

2.1. Bad Neuenahr-Ahrweiler: Ahrtal-Kaserne und weitere Liegenschaften

Bad Neuenahr-Ahrweiler mit rund 28.000 Einwohnern liegt im Ahrtal im linksrheinischen Teil des Rheinlandes im nördlichen Rheinland-Pfalz. Von der Standortentscheidung des Bundesverteidigungsministeriums im Zuge der Neuausrichtung der Bundeswehr vom 26. Oktober 2011 ist auch diese Stadt mit vollständiger Schließung von drei Liegenschaften betroffen. Dabei fallen etwa 600 Dienstposten weg. Berührt sind die Ahrtal-Kaserne in der Heerstraße, das Logistikzentrum in der Bad-Neuenahrer Hauptstraße sowie eine weitere wegen seiner geringen Größe nachrangig zu betrachtende früher vom Logistikzentrum genutzte Liegenschaft in der Unterstraße. Die erste Einheit mit mehreren hundert Büroräumen, Lager- und Kraftfahrzeughallen und Mannschaftsgebäuden ist etwa 38,5 ha groß, die Zweite verfügt über eine Größe von knapp sieben ha, die dritte von rund 3.200 m². Die Bundeswehr war hier mit einer Logistikeinheit des Heeres sowie dem Führungsunterstützungskommando vertreten. Hier wurden unter anderem die Grundlagen für die materielle Einsatzbereitschaft des Heeres der Bundeswehr geschaffen. Die militärischen und zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der am nördlichen Rand von Bad Neuenahr gelegenen Kasernenliegenschaft sind von großer wirtschaftlicher Bedeutung für den Landkreis Ahrweiler. Neben dem Wandel im Gesundheits- und Tourismussektor, dem zurückliegenden Regierungsumzug und der nun anstehenden Konversionsprojekt steht die Region vor gewaltigen Herausforderungen.

Die Ahrtal-Kaserne mit ihren insgesamt zehn Gebäuden bietet eine Nettogrundfläche von ca. 18.700 m². Neben gut 400 Parkplätzen ist ein Straßennetz von etwa 800 m vorhanden. Die Liegenschaft befindet sich verkehrsgünstig an der Bundesstraße B 266, welche durch die A 573 und die A 571 mit der Autobahn A 61 verbunden ist. Eine Lenkungsgruppe mit Vertretern der Stadt, dem Bundeswehrdienstleistungszentrum Mayen, der BImA und der Landesregierung wurde im September 2012 eingerichtet. Die Ahrtal-Kaserne wurde im vierten Quartal 2013 im Wesentlichen geräumt. Konzept und Ausschreibung für eine

Machbarkeitsstudie erfolgten im Herbst, deren Beauftragung im Dezember 2012. Die Kosten werden von der BImA, der Stadt und dem Land Rheinland-Pfalz getragen. Die Untersuchung ergab neben anderem die Wichtigkeit der Ahrtal-Kaserne als Gewerbeflächenpotential, zudem wurde bekannt, dass das Hauptgebäude flexibel nachnutzbar ist, Teillösungen mit unterschiedlichen Nutzungssegmenten sind denkbar. Den Beteiligten ist wichtig, dass der gesamte Prozess mit lokalen Partnern und Unternehmen sowie unter Einbeziehung der Bürgerschaft erfolgt. Inzwischen ist als fortgesetzte Untersuchung eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung mit Empfehlungen zur Umsetzung beauftragt worden.

Für die zentrale Liegenschaft Ahrtal-Kaserne wird eine nicht störende gewerbliche Nachnutzung des Bestandes angestrebt, ein Ankauf durch die Stadt scheidet aus. Die am Konversionsprozess Mitwirkenden - damit auch die Landesregierung - stehen in ständigem Kontakt mit verschiedenen Nutzungsinteressenten. Hier werden verschiedene Möglichkeiten geprüft und koordiniert. Ziel ist, eine möglichst wertschöpfende Konversion zu erreichen.

2.2. Birkenfeld: Heinrich-Hertz-Kaserne

Nach der erstmaligen Bekanntgabe der Standortentscheidungen durch das Bundesministerium der Verteidigung am 26. Oktober 2011 wurden am 12. Juni 2012 mit der sogenannten Realisierungsplanung konkrete Schließungszeitpunkte im Rahmen der Bundeswehrstrukturreform 2011 vorgelegt. Die Bundeswehr sieht dabei für die Einrichtung in Birkenfeld das dritte Quartal 2014 als Schließungszeitpunkt vor. Das Entsetzen in der 7.000 Einwohner zählenden Kreisstadt an der Nahe war groß, als bekannt wurde, dass die 50-jährige Zeit als Garnisonsstadt künftig beendet sein soll und Birkenfeld als Bundeswehrstandort aufgelöst wird. Zuletzt war in Birkenfeld das Kommando II. Luftwaffendivision stationiert. Daneben waren Teile des Bundeswehrdienstleistungszentrums Idar-Oberstein in Birkenfeld untergebracht. Die ländlich-periphere Lage der Kreisstadt Birkenfeld sowie ein prognostizierter Bevölkerungsrückgang

von rund 11 % bis zum Jahr 2030 und der mit der Standortaufgabe einhergehende Verlust von etwa 420 militärischen und zivilen Arbeitsplätzen stellen die Stadt und das Umland vor enorme Herausforderungen. Daneben befürchtet die Region einen Imageverlust, denn die Bundeswehr galt als integrierter Bestandteil der Region.

Birkenfeld liegt inmitten des Naturparks Saar-Hunsrück sowie in unmittelbarer Nähe zum Nationalpark „Hunsrück-Hochwald“. Als Nationalparkverwaltung wurde der Umwelt-Campus Birkenfeld vorgeschlagen, der durch seine Kompetenzen zahlreiche Synergien aufweist. In diesem Zusammenhang spielten Nachhaltigkeit und Erneuerbare



Die Kasernenliegenschaft selbst umfasst ca. 23,4 ha und befindet sich in etwa 500 m Entfernung nördlich vom Stadtrand. Neben einem Sportplatz, mehreren hundert Parkplätzen, einem innerörtlichen Straßennetz, einer Kläranlage, einer zentralen Wärmeversorgungsanlage und weiteren Infrastruktureinrichtungen ist das Gelände mit 35 Gebäuden belegt, die eine Gesamtfläche von 53.000 m² aufweisen. Die Gebäude werden derzeit hauptsächlich als Bürofläche, Unterkünfte, Lehrgebäude, Aufenthaltsräume sowie Lagerhallen genutzt. Die zwischen 1962 und 1987 errichteten Gebäude sind allgemein in einem guten Zustand. Das Kasernengelände hat einen hohen Anteil unversiegelter Fläche (70 %) - dies spricht für eine Nachnutzung im Bereich Wohnen, Arbeiten und Freizeit. Die Kaserne hat keinen direkten Anschluss zur Bundesstraße, sondern ist über die Innenstadt zu erreichen. Die Stadt Birkenfeld ist über die A 62 sowie über die B 269 und die B 41 an das überörtliche Verkehrsnetz angebunden. Ein Bahnanschluss mit den Haltestationen in Neubrücke oder in Hoppstädten-Weiersbach ist in ca. 5 km Entfernung erreichbar.

Energien eine besondere Rolle. Die Umgebung von Birkenfeld ist touristisch attraktiv, die aktuellen Übernachtungs- und Gästezahlen sind bisher allerdings gering. Eine positive Entwicklung wird durch den Nationalpark „Hunsrück-Hochwald“ erwartet. Um zu einer wirtschaftlich tragfähigen und städtebaulich sinnvollen Nachnutzung zu gelangen, ist es geboten, gemeinsam mit der Kommune und der BImA frühzeitig vor der tatsächlichen Schließung und Freigabe Nutzungskonzepte zu konkretisieren. Das Land begleitet und unterstützt die Konversion der Heinrich-Hertz-Kaserne partnerschaftlich. Den Akteuren ist dabei bewusst, dass die Konversion als zentrale Aufgabe der integrierten Regional- und Strukturpolitik zu sehen ist. Die Einbindung der Öffentlichkeit und der Bürgerinnen und Bürger am vom Land Rheinland-Pfalz geförderten Planungsprozess stößt auf großes Interesse. Zahlreiche Unternehmen und Privatpersonen haben beispielsweise an der Auftaktveranstaltung teilgenommen. Die drei diskutierten Projektansätze sehen einerseits die Errichtung eines Kompetenzzentrums regenerative Energien (im Hinblick auf die Naturverträglichkeit, Umweltwirkung und

weiterer Aspekte) vor, andererseits ein internationales Schulungszentrum und -Ausbildungszentrum sowie eine gewerbliche Nutzung des Standortes. Diese Varianten werden derzeit im Rahmen einer Marktanalyse untersucht. Zukünftig sind weitere zielgruppenorientierte Veranstaltungen zu den Schwerpunktthemen vorgesehen. Es wird auch die Machbarkeit im Hinblick auf die Entwicklung des Standortes für Forschung und Weiterentwicklung der Produktion sowie Nutzung und Speicherung erneuerbarer Energien in Theorie und Praxis untersucht. Hintergrund dabei ist auch das ambitionierte Ziel der Stadt, bis zum Jahr 2025 eine Entwicklung zur „Null-Emissions-Kreisstadt Birkenfeld“ zu erreichen. Die Konversion der Heinrich-Hertz-Kaserne könnte dabei eine tragende Säule darstellen. Die nun anstehende Kasernennachnutzung wird dabei in unmittelbarer Verzahnung mit dem Institut für angewandtes Stoffstrommanagement der Hochschule Trier am Umwelt-Campus Birkenfeld vollzogen. Der innovative Umwelt-Campus entstand übrigens vor einigen Jahren ebenfalls auf einer Konversionsliegenschaft und hat heute landesweite Bedeutung erlangt.

2.3. Diez: Freiherr-vom-Stein-Kaserne

Im Zuge der Bundeswehrstrukturreform soll die Freiherr-vom-Stein-Kaserne in Diez zur Mitte des

Jahres 2015 aufgegeben werden. Die Stadt Diez ist seit Jahrhunderten durch Militärpräsenz aber auch von erfolgreicher Konversion geprägt. Bereits im Jahr 1993 wurde die sechs ha große, ehemalige Wilhelm-von-Nassau-Kaserne freigegeben, die heute u.a. als Schulstandort genutzt wird.

Die Freiherr-vom-Stein-Kaserne liegt an der Grenze zum Gemeindegebiet der Stadt Limburg a.d. Lahn auf halber Strecke zwischen den Innenstädten von Diez und Limburg. Das Gelände umfasst ca. 29 ha. Richtung Osten schließt das Areal an ein Wohngebiet, Richtung Westen an landwirtschaftliche Flächen sowie die Justizvollzugsanstalt an. Etwa 500 m Luftlinie südlich befindet sich das Industrie- und Gewerbegebiet Diez.

Stadt und Verbandsgemeinde Diez haben mit maßgeblicher finanzieller Unterstützung der BImA und des Landes mittlerweile die erste Phase der Machbarkeitsstudie durchgeführt, die bereits Ende 2013 abgeschlossen werden konnte. Hierfür wurde das Planungsbüro Drees & Sommer aus Stuttgart beauftragt. Aus der Analyse wurden erste Ideen in Form von möglichen Leitbildern und Entwicklungskonzeptionen erarbeitet. Beispielhaft werden die Themen Wohnen, Tourismus, Gewerbe und Energie sowie Sport und Gesundheit genannt. Erste Eindrücke lassen vermuten, dass besonders die Themen Wohnen und Gewerbe vertieft werden.



Zeitnah wurde bereits in die zweite Phase eingestiegen, um eine Nachnutzung der Flächen voranzubringen. Im Rahmen der zweiten Phase sollen die Konzepte weiter konkretisiert und ausgearbeitet werden. Ziel ist es am Ende der Machbarkeitsstudie eine Vorzugsvariante aus den erarbeiteten Szenarien zu bestimmen. Diese werden aus den Ergebnissen der Marktabfrage, einer wirtschaftlichen Betrachtung und technischen Untersuchungen abgeleitet. Außerdem werden Organisations- und Vertriebsmodelle ausgearbeitet.

Von besonderer Bedeutung für die Nachnutzung werden ein reibungsloser Übergang und eine adäquate Verkehrserschließung sein. Die Lenkungsgruppe vor Ort arbeitet sehr zielorientiert mit allen Akteuren an einer solchen Umsetzung. Nach der Schließung der Freiherr-vom-Stein-Kaserne wird das Schloss Oranienstein letzter Bundeswehrstandort auf Diezer Gemarkung sein.

2.4. Emmerzhausen

Im Rahmen der aktuellen Bundeswehr-Strukturreform soll der im Bereich des Höhenzuges ‚Stegskopf‘ gelegene Truppenübungsplatz Daaden mit dem Lager in Emmerzhausen aufgegeben werden. Der Truppenübungsplatz wurde zum Jahresende 2013 außer Dienst gestellt. Die Feinausplanung der Bundeswehr zur Umsetzung der Reform sah zunächst die Freigabe für das 2. Quartal 2015 vor. Nach neuerer Planung soll dies bereits Ende Juni 2014 erfolgen.

Durch die jahrzehntelange Abschottung des Geländes aufgrund des militärischen Übungsbetriebs konnten sich auf dem Gebiet besonders schützenswerte Biotope bilden. Weite Gebietsteile unterliegen Natura 2000. Im Januar 2014 wurde bekannt, dass die gesamte 2.016 ha große Liegenschaft in der 3. Tranche des Nationalen Naturerbes des Bundes enthalten sein soll. In den bisherigen Gesprächen hatten die BImA, die betroffenen Kommunen und das Land einen breiten Entwicklungsansatz bestehend aus Naturschutzziele sowie damit verträglicher Energie-, Gewerbe-, Freizeit- und naturkundlicher Nutzung avisiert.

Da der Platz seit den 1930er Jahren für unterschiedliche Übungsbetriebe genutzt wurde, ist von entsprechenden militärischen Hinterlassenschaften auszugehen. Eine auf Veranlassung der Oberfinanzdirektion Niedersachsen im Jahr 2012 durchgeführte sogenannte historisch-genetische Rekonstruktion der auf dem Truppenübungsplatz befindlichen Kampfmittel kommt zu dem Ergebnis, dass für die weit überwiegende Fläche des Truppenübungsplatzes ein Kampfmittelverdacht besteht. Dass auf dem Gebiet des Truppenübungsplatzes eine hohe Munitionsbelastung vorhanden ist, ist auch im Rahmen einer geophysikalischen Testfelduntersuchung auf zwei Bereichen des Geländes deutlich geworden. Die erhebliche Munitionsbelastung und notwendige Räumungen werden den Rahmen für die naturkundliche, touristische und Freizeitnutzung der Bevölkerung vorgeben müssen.

Wegen der zivilen Umnutzungsmöglichkeiten der bebauten Bereiche wird derzeit eine Machbarkeitsstudie angefertigt. Grundsätzlich wäre im Mobilmachungsstützpunkt und im Lager Stegskopf die Möglichkeit einer zivilen Anschlussnutzung von Gebäuden gegeben. Der Entwicklungsrahmen wird einerseits durch die Kombinierbarkeit mit dem Nationalen Naturerbe, die kommunale Bauleitplanung und die wirtschaftlichen Ertüchtigungsmöglichkeiten der militärischen Ver- und Entsorgungsinfrastruktur bestimmt, andererseits durch den Bedarf an gewerblichen Ansiedlungsflächen und das konkrete Interesse von Unternehmen und Nutzern aus der Region.

2.5. Kusel: Unteroffizier-Krüger-Kaserne

Im Rahmen der Bundeswehrstrukturreform soll die Unteroffizier-Krüger-Kaserne in Kusel zum 3. Quartal 2014 aufgegeben werden. Die Geschichte des Militärstandorts Kusel und des hier stationierten Artillerielehrbataillons 345 sind eng miteinander verbunden. Die Bundeswehreinheit wurde 1959 aufgestellt, war zunächst in der Klotzbergkaserne in Idar-Oberstein untergebracht und wurde nach Fertigstellung der Unteroffizier-Krüger-Kaserne Ende 1965 nach Kusel verlegt. Durch die lange Stationierungszeit haben sich enge Ver-

bindungen zwischen der Kreisstadt Kusel, der dortigen Bevölkerung, dem Handel/Gewerbe und der Bundeswehr ergeben. Insofern wird der Abzug der Bundeswehr erheblichen Einfluss auf das örtliche Leben haben.

Die Kaserne und der sie zum großen Teil umgebende Übungsplatz befinden sich nördlich der Stadt Kusel auf einem Hügel oberhalb des Stadtkerns in einer Entfernung von 100 bis 300 m zum Siedlungsbereich. Neben älteren Unterkunfts- und Funktionsgebäuden befinden sich auf dem ca. 34 ha großen Areal ein Sportplatz sowie eine neue Sporthalle und ein neues Verwaltungsgebäude. Der ca. 107 ha große Übungsplatz besteht aus Wald- und Wiesenflächen und ist im Regionalplan Westpfalz als Vorbehaltsgebiet für Arten- und Biotopschutz festgelegt.

Die Stadt Kusel hat sich unmittelbar nach bekannt werden der Schließungsabsichten mit der Bitte an die Landesregierung gewandt, den weiteren Konversionsprozess zu begleiten. In einem ersten Schritt wurde ein externes Planungsbüro mit der Durchführung einer Machbarkeitsstudie beauftragt, um mögliche Entwicklungsperspektiven aufzuzeigen. Im November 2013 wurden erste Überlegungen vorgestellt, wie das Gelände sinnvoll nachgenutzt werden könnte. Die Tendenz vor Ort geht dabei in Richtung gewerbliche Nutzung, die jedoch einer adäquaten Verkehrserschließung bedürfte. Voraussichtlich wird der Einstieg in die zweite Phase der Machbarkeitsstudie erforderlich sein.

Am Standort Kusel ist der für das 3. Quartal 2014 vorgesehene Abzugstermin des Artillerielehrbataillons 345 von der Fertigstellung der Umbauarbeiten am neuen Standort in Idar-Oberstein (Klotzbergkaserne) abhängig.

2.6. Speyer

Mit der Umsetzung der Bundeswehrstrukturreform 2011 wird das Thema Konversion für die Stadt Speyer in Zukunft wieder eine große Herausforderung der Stadtentwicklung darstellen. Im Stadtbereich bzw. Stadtumfeld werden bis zum Ende des Jahres 2016 vier Einzelstandorte mit einer Fläche von insgesamt ca. 100 ha freigegeben. Es handelt



sich hierbei um die Kurpfalz-Kaserne, den Wasserübungsplatz Speyer-Reffenthal, das Polygongelände (Fahrübungsplatz) sowie den Standortübungsplatz (z.T. in der Gemarkung von Dudenhofen).

Im Jahr 2012 startete die Stadt Speyer einen Konversionsdialog mit dem Ziel, interessierte Bürgerinnen und Bürger frühzeitig im Rahmen einer Öffentlichkeitsbeteiligung an den Nachnutzungsüberlegungen teilhaben zu lassen. Im Rahmen dieses Dialogs wurden durch ein Masterprojekt von Studierenden der TU Kaiserslautern (Raum- und Umweltplanung) bereits erste Handlungsempfehlungen erarbeitet und hinsichtlich möglicher Entwicklungsfelder präsentiert.

Aus städtebaulicher Sicht dürfte die Kurpfalz-Kaserne in der Nähe des Autobahnkreuzes (A61/B9) von besonderem Interesse sein. Die Nachnutzungsmöglichkeiten sind prinzipiell als gut einzuschätzen, da sowohl die großräumige Lage (Metropolregion Rhein-Neckar) als auch die kleinräumige Lage (Stadt Nähe, Verkehrserschließung etc.) günstig sind.

Bezüglich des Wasserübungsplatzes der Pioniere in Speyer-Reffenthal bestehen Überlegungen des Bundes (Technisches Hilfswerk), das Gelände für Übungszwecke des Katastrophenschutzes zu nutzen.

Im Dezember 2013 wurde beschlossen, die Erstellung eines Masterplans für die Konversionsstand-



orte der Bundeswehr in Speyer zu beauftragen. Im Rahmen dieser umfangreichen Machbarkeitsstudie sollen die verschiedenen Nachnutzungsmöglichkeiten detaillierter herausgearbeitet werden. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und die Landesregierung werden die Stadt Speyer bei der Finanzierung dieser Untersuchung maßgeblich unterstützen.

Die Stadt Speyer war bereits in der Vergangenheit auf vielfältige Weise von Konversion betroffen. Schon Anfang der 1990er Jahre wurde das 17 ha große Gelände der ehemaligen Kaserne „Martin“ einer zivilen Nutzung zugeführt. Die dort entstandenen Einrichtungen des Technik-Museums mit IMAX-Kino sowie eines Hotels haben sich zu einem weiteren touristischen Anziehungspunkt für Speyer entwickelt.

Das Gelände „Lyautey“ der ehemaligen französischen Panzerwerkstatt an der Iggelheimer Straße mit knapp 14 ha wurde an eine Firma übertragen, die dort einen Baumarkt, ein Fitness-Center und

ein Dienstleistungszentrum realisiert hat. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft GEWO übernahm die französische Wohnsiedlung „Cité de France“ mit 202 Wohneinheiten, von denen ein Teil verkauft, die überwiegende Anzahl saniert wurde.

Die im Innenstadtbereich gelegene und im Jahr 1997 durch die französischen Streitkräfte freigegebene Kaserne „Normand“ entwickelte sich nicht zuletzt wegen der beispielhaften Umsetzung des regenerativen Energiekonzepts zum besonderen Vorzeigeprojekt. Die Stadt Speyer hat die Kaserne 1998 vom Bund erworben und entwickelt sie auf der planungsrechtlichen Grundlage einer städtebaulichen Sanierungsmaßnahme. Das Gesamtareal von ca. zehn ha wurde mit dem Ziel einer Mischnutzung aus den Bereichen Wohnen, Gemeinbedarfseinrichtungen, Gewerbe, Dienstleistung und Handel entwickelt. Das ehemalige Kasernenareal, geprägt durch eine denkmalgeschützte Anlage mit Gebäuden aus dem Jahre 1888, wurde in dieses Konzept integriert und aufwendig saniert.

3. THEMATISCHE ÜBERSICHT ANHAND WEITERER AUSGEWÄHLTER PROJEKTE IM BERICHTSZEITRAUM



3.1. Gewerbliche Entwicklung

Die Konversionspolitik des Landes Rheinland-Pfalz war ursprünglich ein Reaktionsprogramm auf den starken militärischen Arbeitsplatzabbau Anfang der 1990er Jahre im Land. Jedoch forderte der Prozess des Truppenabbaus nicht nur schnelles Handeln mit Hilfe der Konversionsprojekte, sondern bot vielmehr auch Chancen, durch das Anstoßen zukunftsreicher Projekte ganz neue Wege zu gehen und somit strukturschwächere Regionen wirtschaftlich erfolgreich und durch die Förderung von Eigenverantwortung nachhaltig zu positionieren. War die Ansiedlung der Truppen für die einzelnen Regionen einst sehr von Vorteil, förderte diese dagegen aber auch schwer kalkulierbare wirtschaftliche Abhängigkeiten von den Streitkräften.

Im Rahmen der Konversion wurden diesbezüglich viele Chancen ergriffen und bis heute fortgeführt. Dies erfolgte in erster Linie durch die Ansiedlung moderner Unternehmen in zukunftsweisenden Branchen und der konsequenten Förderung von Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen. Dadurch gelang auf beachtliche Weise die Unterstützung eines Wandels von stark industriell geprägten Städten, wie z.B. Kaiserslautern, zu Technologie- und Forschungsstandorten. Demzufolge hat die Konversionspolitik die Durchsetzung von neuen Technikfeldern in ländlichen Gebieten vorangetrieben und so für diese Regionen eine ganz neue Grundlage für zukunftssträchtige und erfolgreiche Entwicklungen geschaffen.

Die brachliegenden Flächen werden im Rahmen der Konversion am häufigsten in sogenannte Gewerbeparks umgewandelt. Durch die Ansiedlung vieler meist mittelständischer Unternehmen wird die jeweilige Region gestärkt - vor allem durch den damit verbundenen Anstieg der Gewerbesteuer und die Entlastung des Arbeitsmarktes durch die Schaffung neuer Stellen.

Meist sind die Gewerbeparks mit anderen Bereichen, wie Freizeit- und Sporteinrichtungen, Hotels oder Forschungsstätten kombiniert, um eine möglichst breite Aufstellung zu gewährleisten und Synergieeffekte zu schaffen. Eine breite Streuung des Angebots auf einer umzuwandelnden Flä-

che ist ein wirksames Mittel zur Begrenzung des wirtschaftlichen Risikos. Bei der Konzentrierung auf ausschließlich einen Bereich, ist ein Scheitern zwangsläufig gleichbedeutend mit dem Aus für das gesamte Projekt. Daher wurde das Konzept des Nutzungsmixes beim weit überwiegenden Teil der größeren Konversionsprojekte konsequent durchgeführt. Ein besonders erfolgreiches Beispiel hierfür ist der PRE-Park in Kaiserslautern. Dieser kombiniert Forschungs- und Technologieeinrichtungen, Gewerbe und Dienstleistungen mit einem Wohngebiet und diversen größeren Freizeiteinrichtungen.

Die größten Konversionsprojekte in Rheinland-Pfalz stellen die ehemaligen Militärflughäfen dar. Zum Bereich der Flugplatzkonversion gehören die ehemaligen Fliegerhorste Hahn, Zweibrücken, Bitburg, Sembach, Pferdsfeld, Mendig und Trier-Föhren. In diesen Projekten konnten ausgedehnte Industrie- und Gewerbeflächen entwickelt und durch Unternehmensansiedlungen belegt werden. In dem Zuge haben sich die Konversionsstandorte zu regionalen Jobmotoren entwickelt. An den heutigen Verkehrsflughäfen Hahn und Zweibrücken wurde die militärische Flugbetriebsinfrastruktur für den zivilen Passagier- und Frachtflug ertüchtigt. An den Standorten Bitburg und Trier-Föhren passiert dies im Rahmen von Verkehrslandeplätzen. In Pferdsfeld und Mendig werden die ehemaligen Start- und Landebahnen in angepasster Form für die Entwicklung und Testung von Kraftfahrzeugen verwendet. Dagegen wurde in Sembach die Start- und Landebahn zurückgebaut und als landespflegerischer Ausgleich verwendet.

Die öffentlich-private Partnerschaft ist das heute gängigste Vorgehen in Bezug auf Konversionsprojekte. Hierbei wird ein privater Investor für ein Konversionsprojekt gesucht und in der Realisierung seines Vorhabens durch die betroffene Kommune und das Land unterstützt. In den größeren Konversionsprojekten wird die Entwicklung nach der Konzeptabstimmung auf der Grundlage eines mehrjährigen, städtebaulichen Vertrages zwischen den Partnern abgewickelt. Der große Vorteil dieses Systems liegt in den geringeren Kosten für die öffentliche Hand und damit letztlich für den Steuerzahler. Hierzu steht im Gegensatz das so-

nannte Bitburger Modell. Der Name des Modells stammt von dem Konversionsprojekt rund um den Flugplatz Bitburg. Im Zuge der Umwandlung wurde der ehemals militärische Flugplatz für die zivile Nutzung freigegeben, und in der Folge konnte sich auf dem Gelände ein erfolgreicher Gewerbepark bilden. Beim Bitburger Modell ist der Bund Eigentümer der betreffenden Fläche und bleibt dies auch. Die Planungsaufgaben der Umgestaltung werden von einem Zweckverband übernommen, wobei der Bund die eine Hälfte und das Land mit der kommunalen Seite die andere Hälfte der Entwicklungsaufwendungen tragen. Vorteil dieses Modells ist, dass die schwierige Suche nach einem privaten Gesamtentwickler und langwierige Verhandlungen entfallen, und so zu einer zeitnahen pragmatischen Lösung gelangt werden kann.

Um die militärischen Areale in die zivile Nutzung überzuleiten, ist unter anderem eine abgestimmte finanzielle Förderung der öffentlichen Hand erforderlich. Die beiden Pfeiler stellen die Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur und die Förderung im Städtebau dar. Gefördert wird in erster Linie die Herstellung der Infrastruktur durch die betroffene Kommune ggf. im Zusammenwirken mit einem privaten Investor. Dazu gehören beispielsweise die Ertüchtigung und der Ausbau der Wege, der Energiezufuhr, die Herstellung von Wasserversorgungs- und Entsorgungsleitungen. Oft müssen zuvor auch besondere Ordnungsmaßnahmen durchgeführt werden, wie der Rückbau der nicht verwertbaren militärischen Bausubstanz, die teilweise mit erheblichen Kontaminationen behaftet ist. Für eine erfolgreiche Entwicklung ist es in jedem einzelnen Fall erforderlich, die Förderung so anzupassen und auszuformen, dass die jeweiligen Probleme der einzelnen Konversionsprojekte flexibel bewältigt werden können. Damit hat sich ein erfolgreiches System zur Strukturförderung entwickelt, das den Einfluss der Kommunen als Träger der Entwicklungsmaßnahme stärkt, aber gleichzeitig einem privaten Investor ein hohes Maß an freier Entfaltung gewährleisten kann.

Für die Förderung von konkreten Unternehmensansiedlungen existiert das Programm der Wirtschaftsförderung, welches über die landeseigene Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz

abgewickelt wird. Hierbei handelt es sich um direkte finanzielle Hilfen in Form von Zuschüssen, zinsgünstigen Darlehen, Beteiligungen, Wagniskapital und Bürgschaften für förderungswürdige Vorhaben. Es stellt damit eine einzelbetriebliche Förderung dar.

Zusammenfassend ist das Hauptziel der Landesförderung, Starthilfe für das Projekt zu gewähren und damit den Entwicklungsprozess zu beschleunigen. Dabei liegt der Schwerpunkt besonders auf solchen Maßnahmen, die einen positiven Effekt auf die Arbeitsplatzentwicklung der jeweiligen Region erwarten lassen. Die Erfahrungen zeigen, dass für jeden geförderten Euro häufig bis zu acht Euro von privater Seite investiert werden. Dies ist ein gutes Verhältnis zwischen aufgebrachter staatlicher Hilfe und den dadurch angeschobenen Investitionen. Seitens des Bundeslandes Rheinland-Pfalz wurden erhebliche Investitionen getätigt, um für die Umwandlung der jeweiligen Standorte sinnvolle Anreize zu schaffen und somit die Schaffung neuer und guter wirtschaftlicher Perspektiven zu begleiten.

3.1.1. Bitburg: Flugplatz

Der frühere US-Militärflugplatz südlich der Stadt Bitburg umfasst eine Gesamtfläche von 497 ha. Der Schwerpunkt der Konversion liegt auf rund 307 ha bei der Entwicklung von Gewerbe-, Dienstleistungs- und Freizeitnutzungen. Das Flugbetriebsvorhaben, das rund 190 ha der ehemaligen Flugbetriebsinfrastrukturen umfasst, unterlag bis zum Jahr 2007 dem NATO-Reservestatus und wird mittlerweile vollständig in privater Hand betrieben.

Die größere Teilfläche des ehemals US-genutzten NATO-Flugplatzes Bitburg mit rund 307 ha wurde 1994 aus der militärischen Nutzung entlassen und wird in einem Kooperationsmodell von der BlmA, dem Zweckverband Flugplatz Bitburg und dem Land Rheinland-Pfalz erfolgreich als Konversionsgelände entwickelt. Es handelt sich hier um die bedeutsamste Konversionsmaßnahme im Eifelkreis Bitburg-Prüm. Der Zweckverband mit den Ortsgemeinden Röhl und Scharfbillig, der Stadt Bitburg, der Verbandsgemeinde Bitburger-Land

und dem Eifelkreis Bitburg-Prüm plant und baut die Infrastruktur und siedelt Unternehmen an. Bundesweiten Modellcharakter hat der 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland, dem Land Rheinland-Pfalz und dem Zweckverband Flugplatz Bitburg abgeschlossene städtebauliche Vertrag als „Bitburger Modell“. Kern des Modells ist die gemeinsame Entwicklung der Konversionsfläche mittels bedarfsgerechter Investitionen in den Ausbau der Erschließungsinfrastruktur. In mehreren Schritten konnten die vom Vertrag umfassten gewerblichen Flächen zuzüglich Straßen-, Grün- und Renaturierungsflächen zwischenzeitlich entwickelt und jeweils vermarktet werden. Die Vertragsbeteiligten vereinbarten für die Finanzierung der Erschließungskosten ein kooperatives Vorgehen der am Konversionsprozess beteiligten Stellen. Damit wird sichergestellt, dass der Fortgang der Konversion durch die Liegenschaftsentwicklung und Unternehmensansiedlungen nahtlos weitergeht.

Etwa 180 Unternehmen und Institutionen mit rund 1.400 Arbeitsplätzen konnten auf dem Gelände angesiedelt werden. Damit bestehen heute auf dem Flugplatz mehr Arbeitsplätze als durch den Truppenabzug verloren gegangen sind (1992: 620 zivile Arbeitskräfte bei den US-Streitkräften). Unter anderem führte die erfolgreiche Konversion zu einer solchen konjunkturellen Entwicklung, dass sich die Einwohnerzahl der Stadt Bitburg seit Mitte der 90er Jahre von 12.000 auf etwa 14.000 erhöhte.

Die Konversion der früheren Air Base hat positive Effekte für die gesamte Bitburger Region ausgelöst. Für die nähere Zukunft ist geplant, gemeinsam die erfolgreiche Konversionsarbeit fortzusetzen und damit weitere positive Akzente für die Wirtschaft und die Menschen zu setzen. Ausgehend von dem im Januar 2014 unterzeichneten dritten Nachtrag zum städtebaulichen Vertrag soll in den Jahren 2014 und 2015 die weitere Erschließung von ca. 28 ha Industrie- und Gewerbeflächen erfolgen. Diese sollen, zusammen mit den Kooperationspartnern, in den nächsten Jahren die Ansiedlung von weiteren Gewerbebetrieben ermöglichen und damit neue Arbeitsplätze in der Region schaffen.

3.1.2. Flugplatz Hahn

Auf dem ehemaligen NATO-Militärflugplatz Hahn, dem jetzigen Flughafen Frankfurt-Hahn findet seit 1993 ziviler Luftverkehr statt. Die ehemalige Air-Base wurde zu einem internationalen zivilen Passagier- und Frachtflughafen ausgebaut.

In den ersten Jahren bis 2009 stiegen die Passagierzahlen rasant auf rund vier Mio. Fluggäste im Jahr. Die Entwicklung wurde insbesondere durch die Stationierung von mehreren Flugzeugen der irischen Fluggesellschaft Ryanair begünstigt, die den Flughafen auch als Schulungs- und Wartungszentrum nutzt. Danach entwickelte sich das Passagieraufkommen bis 2013 auf etwa 2,7 Mio. Passagiere zurück, insbesondere aufgrund des veränderten Marktumfeldes und bundesrechtlicher Regelungen. Aber auch mit dem reduzierten Fluggastaufkommen bleibt der Flughafen Frankfurt-Hahn eines der wichtigsten Eingangsportale für den Tourismus in Rheinland-Pfalz. In Kooperation mit den Fluggesellschaften durchgeführte Marketingkampagnen belegen die Zugkraft des Hahns und der umliegenden Regionen für zahlreiche Urlaubsgäste aus unterschiedlichen europäischen Ländern.

Im Frachtbereich wurden nach sehr starken Zuwächsen in den Vorjahren 2011 ca. 290.000 t Fracht umgeschlagen. Die Abschwächung des internationalen Luftfrachtmarkts und der Wegfall einzelner Frachtfluggesellschaften, der durch Neuaquisitionen bislang nur teilweise aufgefangen werden konnte, führte 2013 zu einem Rückgang auf rund 152.000 t umgeschlagene Fracht. Trotz des schwierigen Marktumfeldes konnte der Flughafen Frankfurt-Hahn seine Stellung als zehntgrößter Passagier- und fünftgrößter Frachtflughafen in Deutschland behaupten.

Die Entwicklung des Flughafens dient der gesamten Region. Die Landesregierung sieht den Flughafen Frankfurt-Hahn als integralen Bestandteil der Verkehrsinfrastruktur des Landes, der sich zudem als Job-Motor in einer einst strukturschwachen Region erwiesen und zur Entstehung von vielen Arbeitsplätzen beigetragen hat.

Lange Zeit fehlte ein verlässlicher europäischer Rechtsrahmen für eine notwendige Neuausrichtung und Weiterentwicklung des Flughafens. Die Europäische Kommission hat über eine Vielzahl von eingeleiteten Beihilfeverfahren, darunter auch zwei Verfahren zum Flughafen Frankfurt-Hahn, noch nicht entschieden. Die Entscheidungen sollen auf der Grundlage der im Februar 2014 beschlossenen neuen Flughafenleitlinien erfolgen. Die Neuausrichtung erfolgt in enger Abstimmung mit der Europäischen Kommission. Ziel ist es, dass die Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH im operativen Flughafenbetrieb rentabel werden kann.

3.1.3. Mendig: Gunther-Plüschow-Kaserne, Heeresflugplatz

Mit der Entscheidung durch das Bundesverteidigungsministerium am 02. November 2004 wurde die Schließung des Heeresfliegerstandortes in Mendig eingeleitet. Diese waren seit 1959 in der Gunther-Plüschow-Kaserne stationiert. Zuvor, nach dem Ende des zweiten Weltkrieges, wurde die Liegenschaft sowohl von amerikanischen als auch von französischen Einheiten genutzt. Die Stadt Mendig selbst liegt im nördlichen Rheinland-Pfalz im Landkreis Mayen-Koblenz nahe des Laacher Sees und hat etwa 8.600 Einwohner. Die größte Freigabe eines Standortes im Rahmen der Bundeswehrstrukturreform 2004 verursachte einen beträchtlichen Schock in der Eifelkommune und in der gesamten Region. Die Schließung zum 30. Juni 2008 ging mit dem Verlust von circa 730 Dienstposten einher, bereits etwa 600 Dienstposten waren mit der Bundeswehrstrukturreform 2001 weggebrochen. Die Wirtschaftsverhältnisse in der Region wurden damit nachhaltig negativ beeinträchtigt.

Die Konversionsfläche mit einer Gesamtgröße von knapp 190 ha verfügt neben einer 1,6 km lange Start- und Landebahn auch über 100 Gebäude verschiedener Art und Größe. Die Liegenschaft zeichnet sich insbesondere durch eine hervorragende Anbindung an die vorhandene Verkehrsinfrastruktur sowie durch eine strategisch günstige Lage zwischen den Ballungsgebieten Rhein-Ruhr und Rhein-Main aus. Die optimale Verkehrsanbin-

dung erfolgt über die Nord-Südachse A 61 mit unmittelbarer Weiterführung zur A 3 Frankfurt/Main – Mainz – Wiesbaden in südlicher Richtung sowie den Metropolen Köln und Düsseldorf in Richtung Norden. Bestens angebunden ist das Areal auch über die Ost-Westachse A 48 mit der Nähe zu den Benelux-Staaten. Interessierte Unternehmen und Investoren können so etwa 10 Mio. Menschen in einem Radius von 150 Kilometern erreichen. Bei dem in Rede stehenden Areal handelt es sich um die größte zusammenhängende Gewerbefläche im Landkreis Mayen-Koblenz und im nördlichen Rheinland-Pfalz. Das Gebiet ist mit einem hochleistungsfähigen Breitbandnetz ausgestattet. Der Flugplatz wird als Sonderlandeplatz ohne Betriebspflicht von der Flugplatz GmbH Mendig weitergeführt.

Sowohl von kommunaler Seite als auch seitens des Landes Rheinland-Pfalz wurde die hohe Bedeutung einer geordneten Entwicklung der Konversionsliegenschaft für die regionale Wirtschaft erkannt, so ist sie einer der seltenen Fälle der sogenannten „warmen“ Konversion einer militärischen Großliegenschaft und wurde bereits vor der eigentlichen Freigabe zivil mitgenutzt.

Zusammen mit den Standortgemeinden, dem Landkreis und der Landesregierung wurde eine Strategie zur Entwicklung erarbeitet, die auf einen Branchenmix aus gewerblicher und industrieller Nutzung zielt. Der eigens gegründete Zweckverband Konversion Flugplatz Mendig – dort sind die Stadt Mendig, die Ortsgemeinden Kruft und Thür, die Verbandsgemeinden Mendig und Pellenz sowie der Landkreis Mayen-Koblenz Mitglied – hat erreicht, dass die städtebauliche Planung investorenfreundlich vorangetrieben wird. Ziel der Beteiligten ist die aktive Gestaltung der Liegenschaftskonversion, insbesondere hinsichtlich Planung, Erschließung und Vermarktung.

Die Findung eines privaten Projektentwicklers, dem als Gesamterwerber und Investor zentral die Entwicklung der Liegenschaft im Rahmen einer städtebaulichen Vereinbarung übertragen werden soll, erfolgte in Zusammenarbeit des Zweckverbandes Konversion Flugplatz Mendig mit dem Bund. Nach Abschluss der beiden Verfahren 2008

wurde im Februar 2009 ein städtebaulicher Vertrag zwischen dem Land Rheinland-Pfalz, dem Zweckverband Konversion Flugplatz Mendig und dem privaten Investor TRIWO – Trierer Wohnungsbau-gesellschaft AG abgeschlossen. Das Vertragsende ist für das Jahr 2019 vorgesehen. Damit wird sichergestellt, dass der Konversionsprozess durch die Liegenschaftsentwicklung und Unternehmensansiedlungen nahtlos weitergehen kann. Durch das gemeinsame Engagement der Vertragsparteien sollen in der Vertragslaufzeit mit der Ansiedlung von Gewerbebetrieben etwa 500 neue Arbeitsplätze geschaffen und private Investitionen von bis zu 140 Millionen Euro ausgelöst werden können. Das Land Rheinland-Pfalz hat sich im Rahmen dieses städtebaulichen Vertrages verpflichtet, das Projekt bei der Durchführung von Erschließungsmaßnahmen sowie bei anstehenden Ordnungsmaßnahmen wie etwa Gebäuderückbauten zu begleiten.

Die Möglichkeiten im Hinblick auf die Erzeugung erneuerbarer Energien auf der Liegenschaft scheinen noch nicht ausgeschöpft, bisher vorhandene Anlagen mit einer Leistung von mehr als 1 MW könnten weiter ausgebaut werden.

In den vergangenen Jahren haben sich auf dem vormaligen Fliegerhorst in Mendig meist im Rahmen von Mietverhältnissen bereits mehr als sechzig Unternehmen angesiedelt. In der Summe sind auf der Konversionsliegenschaft bis heute ca. 300 Arbeitsplätze entstanden, bei steigender Tendenz.

Die Konversion der Gunther-Plüschow-Kaserne einschließlich des Heeresflugplatzes hatte einen hervorragenden Start, die Beteiligten sind bestrebt, dass der beeindruckende Prozess in dieser Form weiterverläuft. Insoweit wurde im Juni 2013 mit dem Spatenstich zum Bau der Haupteerschließungsachse Nord-Süd eine zentrale Voraussetzung geschaffen. Die dem städtebaulichen Vertrag zugrunde liegende Masterplanung sowie der Bebauungsplan Konversion Flugplatz Mendig sind hier als Grundlage zu nennen. Danach gliedert sich die gewerbliche Nutzfläche in zwei große Bereiche im Nord-Osten sowie im Süden. Die wichtigste zusammenhängende Gewerbe- und Industriefläche befindet sich im Südsektor. Durch den Neubau

der Nord-Süd-Achse wird diese wertvolle Fläche angemessen erschlossen. Damit ist eine wichtige Voraussetzung für die zukünftige Entwicklung von Unternehmen gegeben. Bereits bei der grundlegenden Konversionskonzeption sowie im städtebaulichen Vertrag wurde die Kombinationslösung der neu zu erstellenden Haupteerschließungsachse mit der Landstraße 120 wegen der Synergieeffekte vorgezeichnet. Die neue Straße im Konversionsareal soll dann als L 120 klassifiziert werden. Seit 2010 wurde die bedeutende Maßnahme in Planung, Finanzierung und Ausführung mit dem Zweckverband, dem Liegenschaftsentwickler und dem Land Rheinland-Pfalz fortentwickelt. Die Eröffnung der neuen Erschließungsanlage ist für Mitte des Jahres 2014 vorgesehen.

3.1.4. Nierstein: „Anderson Barracks & Housing“

Das Konversionsgelände „Anderson Barracks & Housing“ liegt etwa 2 km südwestlich der Ortslage im Außenbereich der Stadt Nierstein, unmittelbar an der Bundesstraße B 420. Die ca. 75 ha große Liegenschaft gliedert sich in eine Kasernenanlage mit Hallen, Werkstätten, Büros usw. (Barracks), eine Wohnsiedlung (Housing) und eine Raketenstellung (Missile Facility). Die Kasernenanlage mit ca. 45 ha und die Wohnsiedlung mit ca. 13 ha wurden im Herbst 2009 von den US-Streitkräften freigegeben, die ehemalige Raketenstellung mit ca. 17 ha im Dezember 2011.

Die Konversion dieser Liegenschaft stellt die BlmA und die kommunalen Gebietskörperschaften (Stadt Nierstein, Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim und Landkreis Mainz-Bingen) vor große Herausforderungen, die nur im Konsens bewältigt werden können. Deshalb wurde bereits mit Bekanntwerden der Liegenschaftsfreigabe eine Konversionsarbeitsgruppe aus Vertretern der BlmA, der Kommunen und des Landes eingerichtet, die seither den Konversionsprozess begleitet und die Suche nach einer sinnvollen zivilen Anschlussnutzung des Geländes unterstützt. Die Flächengröße und räumliche Lage der Liegenschaft erfordern es, dabei den Blick auf die Entwicklung der gesamten Region zu richten.

Im September 2011 wurde von den kommunalen Gebietskörperschaften im Einvernehmen und unter finanzieller Beteiligung der BlmA sowie mit Förderung des Landes eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Sie soll aufzeigen, welche Entwicklungspotenziale auf der Liegenschaft bestehen und vor allem auch realistisch umzusetzen sind.

Der seit Juli 2012 vorliegende Abschlussbericht zu Phase I „Raumanalyse und Regionale Rahmenkonzeption“ der Machbarkeitsstudie definiert in einem groben Konzept verschiedene Nutzungs- und Entwicklungsszenarien, die als Grundlage für die Wertermittlung des Liegenschaftsareals durch die BlmA dienen sollen. Nach den Vorstellungen der Konversionsarbeitsgruppe sind Teile der Liegenschaft zur Deckung des örtlichen und regionalen Bedarfs an gewerblichen Grundstücken vorgesehen. Für erneuerbare Energien (insbesondere Fotovoltaikanlagen) sollen ebenso Möglichkeiten eröffnet werden, wobei eine flächendeckende Nutzung von Teilbereichen nicht gewünscht und daher entsprechend einzugrenzen ist. Temporäre Wohnformen im betrieblichen Zusammenhang sollen ermöglicht werden, ohne dass ein städtebaulicher Schwerpunkt „Wohnen“ entstehen soll. Neben Platz für Gewerbe und erneuerbare Energien wird als weitere Hauptnutzung in Ergänzung des regionalen und lokalen Tourismusangebotes der Bereich „Wellness und Touristik“ favorisiert.

Das Abwasserwerk der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim hat ein Konzept zur künftigen Abwasserentsorgung des Konversionsgeländes erstellt. Das Ergebnis ist mit der Fachbehörde besprochen.

Als nächster Schritt im gemeinsamen Bemühen um eine erfolgreiche Konversion wurde das Liegenschaftsareal im Oktober 2013 von der BlmA in Abstimmung mit den kommunalen Akteuren auf der Grundlage eines Kriterienkatalogs für mögliche Nutzungen öffentlich zum Verkauf angeboten. Bis zum Ablauf der Gebotsfrist im Dezember 2013 gingen für die Liegenschaft mehrere Kaufangebote potenzieller Interessenten ein, die von der BlmA derzeit geprüft werden. Sobald die Kaufangebote ausgewertet sind, sollen konkrete Vertragsverhandlungen aufgenommen werden. Außerdem

stehen dann auch weitere Abstimmungsgespräche mit den kommunalen Gebietskörperschaften an, die im Rahmen ihrer Bauleitplanung maßgeblichen Einfluss auf die künftige planungsrechtlich zulässige zivile Nutzung des Konversionsareals nehmen können.

Zum Ende des Berichtszeitraums zeichnen sich konkrete Ergebnisse der Verkaufsverhandlungen ab, in denen sich die Entwicklungsperspektiven der Stadt Nierstein, der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim und des Landkreises Mainz-Bingen wiederfinden.

3.1.5. Westerburg: Wäller-Kaserne, Standortübungsplatz

Die Schließung der 1960 gegründeten damaligen Wäller-Kaserne mit einer Größe von 39,4 ha sowie des 232 ha großen unmittelbar angrenzenden Standortübungsplatzes resultierte aus der Bundeswehrstrukturreform 2004. Die endgültige Schließung erfolgte zum 31. Dezember 2007, dabei entfielen etwa 670 Dienstposten des Panzerbataillons 154. Die wirtschaftlichen Folgen des Abzugs waren insbesondere für den örtlichen Einzelhandel und das regionale Handwerk schmerzlich.

Die vormalige Militärliegenschaft befindet sich nordwestlich der Stadt Westerburg und gliedert sich in die vier Bereiche Wohnen, Verwaltung, Werkstatt, Lager sowie Truppenübungsplatz. Westerburg selbst befindet sich im nördlichen Rheinland-Pfalz, unmittelbar angrenzend an Hessen und Nordrhein-Westfalen. Die verkehrsmäßige Liegenschaftsanbindung erfolgt direkt an die L 294 und die L 288, weitergehend über die A 48, A 45 sowie A 3 an die Ballungszentren.

Nach der Standortaufgabe übernahm zunächst die BlmA die Fläche. Die in den Jahren 2007/2008 erfolgte zweimalige Ausschreibung erbrachte zunächst keine zukunftssträchtigen Ergebnisse. Die im Jahr 2009 beauftragte Masterplanung zeigte ein Jahr später unter anderem, dass die Einrichtung eines Gewerbebereiches und eines Bereichs für Dienstleistungen umsetzbar sein könnten. Ende des Jahres 2010 verdichteten sich die Kontakte

zwischen der Stadt Westerbürg, der seit einiger Zeit als Projektentwicklerin interessierten Trierer TRIWO AG, der BlmA und dem Land Rheinland-Pfalz wegen der Bereitschaft der Liegenschaftsentwicklung im Privatinvestorenmodell. Im April 2011 schließlich erwarb die GSK mbH – Gesellschaft für Städtebau und Konversion die vollständige Kasernenliegenschaft und Teile des Standortübungsplatzes. Gesellschafter dieses Joint Ventures sind die TRIWO AG sowie die Forschungs- und Informationsgesellschaft für Fach- und Rechtsfragen der Raum- und Umweltplanung mbH, kurz FIRU. Die beiden Gesellschafter gelten aufgrund langjährigen Wirkens in diesem Bereich als sehr konversionserfahren. Vor dem Hintergrund zunächst scheinbar dürrtger Entwicklungschancen, einer bedingt durch den langjährigen Leerstand sich breit machenden Tristesse und einer stellenweise eingetretenen Verwüstung kann die bisherige Flächenentwicklung als sehr positiv bezeichnet werden.

Die vorliegende Bauleitplanung und das Standortkonzept der Stadt Westerbürg und des Liegenschaftsentwicklers sehen im heutigen „Wäller-Park“ verschiedenartige Nutzungen aus den Bereichen Gewerbegebiet, Industriegebiet, Mischgebiet, allgemeines Wohngebiet sowie Sondergebiet vor und vereinen somit die Schwerpunkte Arbeiten, Bildung und Wohnen. Inzwischen herrscht reges Leben im „Wäller-Park“. Im Bildungsbereich hat sich die Freie Montessori-Schule Westerwald in mehreren Gebäuden angesiedelt. Zu Beginn des Jahres 2012 konnten die früheren Kompaniegebäude mit 170 Schüler/innen und 24 Lehrer/innen für die Grundschule und die Realschule Plus bezogen werden. Die Freie Montessori-Schule Westerwald wurde 2005 in privater Trägerschaft gegründet und begann seinerzeit mit der Unterrichtung von 17 Kindern. Neben den Pädagogen werden in Verwaltung, Küche etc. weitere Mitarbeiter/innen beschäftigt. Auch im gewerblichen Bereich gab es erhebliche Veränderungen, zahlreiche der Investoren kommen sogar aus dem Westerwaldkreis und haben im Wäller-Park ein neues Zuhause gefunden. Unter anderem investiert eine heimische Firmengruppe in ein neues Logistikzentrum.

Um diese positiven Tendenzen des regional wie landesweit bedeutsamen Konversionsprojekts als

Impulsgeber voranzutreiben und so eine nachhaltige Nutzung des Areals nach Aufgabe der militärischen Nutzung sicherstellen zu können, sind verschiedene Ordnungsmaßnahmen wie der Rückbau von Gebäuden erforderlich. Hier regelt der Rahmenvertrag Konversion zwischen der Stadt Westerbürg, dem Land Rheinland-Pfalz sowie der GSK mbH Näheres. Das Land ist hier im Hinblick auf verschiedene Rahmenbedingungen mit dem Ziel einer wirtschaftlichen und beschleunigten Konversion mit einem neu strukturierten Förderinstrument am Entwicklungsprozess beteiligt.

Der frühere Standortübungsplatz wurde nach Angaben der BlmA im Januar 2011 von der Bundeswehr an diese zurückgegeben. Auf einer Teilfläche von ca. 20 ha wurden hier im April 2012 die Energieparks Halbs und Hergenroth eingerichtet. Es entstand bei einer Investitionssumme von rund 15 Millionen Euro einer der größten Solarparks in Rheinland-Pfalz.

3.1.6. Flughafen Zweibrücken

Der US-Luftwaffenstützpunkt Zweibrücken war das erste Konversionsprojekt in Rheinland-Pfalz. Hier begann der Abzug der amerikanischen Truppen 1990. Ende 1991 verließen die letzten Amerikaner und Zivilbeschäftigten den Flugplatz.

Zwischenzeitlich hat sich der Flughafen Zweibrücken nicht nur zu einer tragenden Säule, sondern zu einem Motor für die Wirtschaft der Region entwickelt. Während das Militär ehemals rd. 350 zivile Arbeitskräfte beschäftigte, ist die Zahl der Arbeitsplätze auf dem Flughafen Zweibrücken Ende 2013 auf fast 2.900 gestiegen. Damit verdienen auf dem Flughafen heute gut achtmal so viele Menschen ihren Lebensunterhalt, wie dies in Zeiten der militärischen Nutzung der Fall war. Dies ist gerade in einer Region, in der die Arbeitslosenquote noch immer knapp 2 % über dem Landesdurchschnitt liegt, von besonderer strukturpolitischer Bedeutung, vor allem, wenn man bedenkt, dass die Arbeitslosenzahl in der Stadt Zweibrücken nach dem Abzug der Amerikaner Anfang der 90iger Jahre auf über 20 % angestiegen war.

Berücksichtigt man die mittelbaren Beschäftigungseffekte, so beträgt die Gesamtzahl der am Flughafen und in der Region entstandenen Arbeitsplätze etwa 5000. Dadurch ergeben sich jährlich rund 25 Mio. Euro allein an Steuerzuflüssen und ersparten Sozialkosten.

Vier-Säulen-Konzept

In Zweibrücken wurde ein Vier-Säulen-Konzept aus Flugbetrieb, Style Outlet, Multimedia-Internet-Park und dem Freizeit- bzw. Tourismussektor umgesetzt, bei dem ein ehemaliges Militärgelände über den zivilen Flugbetrieb hinaus in einer strukturschwachen Wirtschaftsregion als Gewerbestandort entwickelt wurde.

Flugbetrieb

In der Säule Flugbetrieb haben sich die Passagierzahlen auf zwischen 200.000 und 250.000 Passagiere pro Jahr stabilisiert. Der Flughafen Zweibrücken bietet – verstärkt in den Sommermonaten – Verbindungen in die Urlaubsziele rund um das Mittelmeer und seit Sommer 2011 mehrmals wöchentlich nach Istanbul an. Seit dem 1. Mai 2011 wirbt ein TUI-Flugzeug mit dem Namen „Rheinland-Pfalz“ im gesamten Streckennetz der TUI für unser Land. Die positiven Signale im Charterbereich haben sich durch das zwischenzeitliche Engagement des Reiseveranstalters Thomas Cook/Neckermann weiter verstetigt.

Der Flughafen bietet eine flugbetriebliche Infrastruktur mit modernen und wettbewerbsfähigen Standards. Die Start- und Landebahn verfügt über eine physische Länge von 3.250 m und eine Betriebsgenehmigung mit Nachtflugmöglichkeit. Sie ist mit Instrumentenanflug in beiden Richtungen ausgestattet und besitzt umfangreiche Vorfeld- und Abfertigungsflächen für den Passagier- und Frachtverkehr. Das Terminal ist 2007/2008 umgebaut worden und besitzt eine jährliche Kapazität von rund 500.000 Passagieren. Um eine schnelle und sichere Betriebsabwicklung nachhaltig zu gewährleisten, wurden 2009 die Start- und Landebahn umfassend saniert und eine Mittellinienbefeuerung sowie eine neue Anflugbefeuerung eingebaut, um auch bei schlechten Witterungsverhältnissen Präzisionsanflüge zu ermöglichen.

Mit Datum vom 22. Januar 2010 wurde Flughafen Zweibrücken von der Luftfahrtbehörde zum Verkehrsflughafen heraufgestuft. Dieser Schritt war eine konsequente Anpassung an den zwischenzeitlich erreichten Status im Flugbetrieb.

Flughafenkooperation Zweibrücken-Saarbrücken
In den Verhandlungen über eine Kooperation der beiden Flughäfen Zweibrücken und Saarbrücken wurde zwischenzeitlich eine erste formelle Vereinbarung zur Zusammenarbeit in den Bereichen Einkauf, Schulung und Technik abgeschlossen, die eine erste Basis für sinnvolle weitergehende betriebswirtschaftliche Schritte und die erforderliche Neuausrichtung im Kontext des laufenden EU-Beihilfeverfahrens bietet.

Multimedia Internet Park

Neben dem Flugbetrieb ist auch der M.I.P. (Multimedia Internet Park) ein Bestandteil des Vier-Säulen-Konversionskonzepts, für das die ehemals von den amerikanischen Streitkräften genutzte Schule und Sporthalle mit den vorhandenen Verbindungsbauten umgebaut wurde. Ziel des Projektes ist die Ansiedlung von Existenzgründern und jungen Unternehmen aus dem Multimedia- und Internetbereich, die durch besondere Förder-, Marketing- und Dienstleistungskonzepte beim Aufbau und bei der Entwicklung ihres Geschäfts aktiv begleitet werden. Die ersten Firmen hatten sich bereits Anfang 1998 angesiedelt. Im M.I.P. waren Ende 2013 rund 550 Menschen beschäftigt.

Designer Outlet

Die dritte Säule, das Designer Outlet „The Style Outlets“ am Eingang des Flughafens, ist zu einem enormen Wirtschaftsfaktor in der Südwestpfalz geworden. Nach der Eröffnung des vierten Bauabschnitts 2011 ist die Zahl der Arbeitsplätze in dem mit 130 Geschäften größten und einzigen deutschen Outletcenter mit Flughafenanschluss Ende 2013 auf über 1.100 angestiegen.

Das Outlet hat sich aber nicht nur zu einem Beschäftigungs-, sondern auch zu einem Tourismusmagneten entwickelt und bringt Kaufkraft in die Region. Die spanische NEINVER-Gruppe, die das

Outlet 2009 erworben hat, konnte die Besucherzahlen auf nunmehr rund 3,3 Mio. (plus 25 %) steigern. Nach Untersuchungen kommen 60 % der Kunden nicht aus Rheinland-Pfalz und zwei von drei Kunden reisen aus mehr als 50 km Entfernung an. Um dieses Besucherpotential auch für die Region noch stärker zu nutzen, wird über die eigens eingerichtete Tourist-Info im Zentrum des Outlets für die Region und die Zweibrücker Innenstadt geworben.

„World of fun“

Auch die eng mit dem Outlet verbundene Säule Freizeit/Tourismus entwickelt sich zunehmend. Mit der Eröffnung des Familien-Freizeit-Parks „World of fun“ Mitte 2010 mit einem Investitionsvolumen von rd. 6 Mio. Euro, der die vorhandene Eissporthalle um eine Bowlingbahn, einen großen Kinderspielpark, eine Blacklight Indoor-Minigolfanlage sowie eine neue Erlebnisgastronomie ergänzt, wurde auch der Bereich Freizeit/Tourismus deutlich aufgewertet.

Erschließung neuer Industrie- und Gewerbeflächen

Der Zweckverband Entwicklungsgebiet Flugplatz Zweibrücken (ZEF) hat zwischenzeitlich auf dem „Areal Steitzhof und Umfeld“ in unmittelbarer Nähe zum Flugplatz Zweibrücken größere zusammenhängende Industrie- und Gewerbeflächen ausgewiesen. 2010 siedelt sich mit der Verope AG das erste Unternehmen an; es errichtet und betreibt ein Service-, Entwicklungs- und Logistikzentrum zur Konfektionierung von Krankomponenten. Im Umfeld des Outlets wird u.a. einer der führenden Hersteller von Heizungsanlagen in Deutschland ein Zentrum für Schulung, Verkauf und ein sogenanntes Schnell-Ersatzteillager ansiedeln. Zudem ist nördlich der Anschlussstelle Contwig an der A 8 mit der sog. „Truppacher Höhe“ ein neues Gewerbegebiet in Planung.

3.2. Stadtquartiersentwicklung

Grundsätzliches Ziel im Rahmen der Konversion ist es, in den Kommunen positive Entwicklungen anzustoßen, die ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einerseits und die Lebens- und Wohnqualität andererseits erhalten oder verbessern. Eine entsprechende Nachfrage an zusätzlichen Wohn- und Gewerbeflächen vorausgesetzt, können Konversionsareale insbesondere im innerstädtischen Bereich aber auch in Stadtrandlage als Basis für eine nachhaltige Stadtentwicklung genutzt werden. Hierbei sind ganzheitliche Ansätze, die nicht nur Wohnen oder Gewerbe, sondern alle Versorgungs- und Funktionsbereiche (Wohnen, Gewerbe und Dienstleistung, Soziales, Verkehr, Freizeit und Erholung etc.) erfassen, von besonderem Interesse. Häufig muss bei einer solchen Quartiersentwicklung zudem eine geeignete Kombination aus dem Abriss und nachfolgendem Neubau von Gebäuden sowie dem Erhalt historisch wertvoller Altbausubstanz gefunden werden.

Solche komplexen Konversionsvorhaben werden in der Regel über die Programme der Städtebauförderung entwickelt und können den von der Konversion betroffenen Kommunen neue und attraktive Entwicklungschancen bieten sowie die Wohn- und Lebensqualität steigern.

Die Schwerpunkte des angestrebten Nutzungsmixes orientieren sich jeweils an den Rahmenbedingungen – etwa der Vornutzung und Bebauung, der Lage im Stadtbereich und den kommunalen Entwicklungsbedarfen. Diese unterschiedliche Schwerpunktsetzung lässt sich anhand einiger Beispiele erläutern, deren eigentliche Konversionsentwicklung als weitgehend abgeschlossen angesehen werden kann, wenngleich eine Weiterentwicklung in genereller Hinsicht an den Standorten auch künftig gegeben sein wird.

In **Kaiserslautern** konnte die 1992 freigegebene französische Holtzendorff-Kaserne in verkehrsgünstiger Lage am Stadtrand direkt am Autobahndreieck A6/A63 in einen hochmodernen Technologie- und Dienstleistungspark umgewandelt werden. Diese Hauptnutzung ist eingebettet in ein Spektrum attraktiver Freizeitmöglichkeiten. Ein-

kaufen, Wohnen, Dienstleistung und Naherholung, das im Sinne eines Campus-Modells „Hightech“ mit Lebensqualität und lebendiger Zukunftsgestaltung verbindet. Die Entwicklung der Liegenschaft erfolgte als städtebauliche Sanierungsmaßnahme im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft auf Basis eines städtebaulichen Vertrags zwischen der Stadt, dem Land und dem privaten Partner - der Pfälzischen Regionalentwicklungsgesellschaft mbH (PRE).

In **Trier** wurde nach dem Abzug der französischen Garnison Anfang der 1990er Jahre auf einem ehemaligen Kasernengelände seit 2002 ein neues Stadtquartier mit Wissenschaftspark, Freizeiteinrichtungen und Wohngebieten geschaffen. Eine von privaten Gesellschaftern und der Stadt Trier gegründete Entwicklungsgesellschaft (EGP GmbH – Gesellschaft für urbane Projektentwicklung) ist für die Umsetzung verantwortlich. Kernpunkt des Wissenschaftsparks sind die hochwertig und anspruchsvoll modernisierten Unterkünfte der ehemaligen Kaserne Belvédère. Auf 30.000 m² Büro-, Labor- und Klinikflächen sind 190 Unternehmen aus den Branchen IT und Telekommunikation, Ingenieurdienstleistungen, Medien & Design, unternehmensnahe Dienstleistungen und der Gesundheitswirtschaft ansässig. Bislang konnten im Wissenschaftspark über 1300 Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Wohnbauflächen sind weitgehend vermarktet und größtenteils bebaut. Der Standort Petrisberg hat sich aufgrund der infrastrukturellen Investitionen in die Schaffung eines vielfältigen und anspruchsvoll gestalteten Landschaftsraums mit integrierten Spiel- und Sporteinrichtungen zu einem sehr beliebten Ausflugsziel entwickelt. Auslöser dieser Entwicklung war die auf dem Gelände veranstaltete Landesgartenschau im Jahr 2004.

Das Gelände der ehemals französischen Kaserne Jeanne d'Arc am südöstlichen Stadtrand von **Landau** wurde durch die Stadt Landau mit Unterstützung des Landes zu einem modernen Gewerbepark mit Existenzgründerzentrum entwickelt. Inmitten des Jeanne d'Arc Centrums wurde ein modernes, zwei ha großes Messegelände geschaffen. Die gewerblichen Bauflächen (rund 5,5 ha) sind mittlerweile veräußert, das Sanierungsgebiet wur-

de Ende 2013 aufgehoben. Auf dem Kasernenareal sind bisher rund 500 Arbeitsplätze entstanden.

Die ebenfalls in Landau gelegene Kaserne Mangin wurden hingegen zum Wohngebiet „Quartier Vauban“ entwickelt. Hier wurde einerseits die historisch wertvolle Bausubstanz erhalten und saniert und andererseits auch moderne Wohnformen unter dem Thema „Gartenbezogenes Wohnen“ mit hoher Freiraumqualität geschaffen. Inzwischen sind alle Bauabschnitte entwickelt; auf den noch freien Grundstücken parallel zur Weißenburger Straße wird aktuell ein Studentenwohnheim in Form dreier Zeilenbauten mit Laubengangerschließung errichtet. Die Attraktivität des Gebietes wurde unter anderem durch die Ansiedlung eines Lebensmittelmarktes sowie die Nutzung vorhandener Gebäudesubstanz durch einen Waldorfskindergarten und eine Montessorischule gesteigert. Letztere beplant derzeit das letzte freie Baufeld im Gebiet für einen Erweiterungsbau.

3.2.1. **Bad Kreuznach: Hospital, Rose-Barracks und Housing-Bereiche**

Bei den ehemaligen militärischen Liegenschaften Hospital, Housing II, Housing III und Rose-Barracks, die Gegenstand des städtebaulichen Vertrags zwischen der Bad Kreuznacher Entwicklungsgesellschaft mbH, der Stadt Bad Kreuznach und dem Land Rheinland-Pfalz sind, stand im Berichtszeitraum die Durchführung weiterer Ordnungs- und Erschließungsmaßnahmen sowie die Vermarktung der Flächen und Bestandsgebäude im Vordergrund. Im Bereich des Musikerviertels (ehemals Housing II) wurde mit dem Bau eines Nahversorgungszentrums der Anstoß für eine gelungene städtebauliche Entwicklung gegeben. Hierzu gehört neben dem größtenteils bereits realisierten Projekt „Seniorenresidenz Musikerviertel“ mit bezahlbaren, altersgerechten, barrierefreien und betreuten Eigentumswohnungen auch das Mehrgenerationen-Wohnprojekt „WohnArt“.

Sehr erfolgreich ist auch der Verkauf der Baugrundstücke für Einfamilienhäuser (Einzel- und Doppelhäuser), der bis Ende 2013 eine Vermarktungsquote von nahezu 100 % aufweist. Ein

Großteil der veräußerten Grundstücke ist bzw. wird zurzeit bebaut.

Von den Wohnblocks im „Rheingaublick“ (ehemals Housing III) wurde ein Block aufgrund seines schlechten Gebäudezustands abgerissen und die Fläche für eine Stellplatzanlage genutzt. Ein weiteres Gebäude wurde vom Bauträger durch einen Neubau ersetzt. Die restlichen zwölf erhaltenswerten Gebäude sind komplett an verschiedene Bauträger veräußert worden, die diese – teils mit höchsten energetischen Standards – saniert und als Eigentumswohnungen bereits weiterveräußert haben. Die Wohnungen sind bis auf wenige verkauft und zum Großteil bereits bezogen. Die Fertigstellung der letzten Wohnanlagen erfolgt 2014.

Für die bereits erschlossenen Grundstücke des hochwertigen Neubaugebietes „Rheingrafenblick“ (ehemals Hospital-Gelände) haben Vermarktung und Verkauf bereits erfolgreich begonnen. Die Vermarktungsquote beläuft sich hier bis Ende 2013 auf über 50 % für die ersten drei Bauabschnitte mit rund 89 Grundstücken. Ein weiteres Viertel der Grundstücke in diesen Bereichen ist bereits reserviert. Die Vorbereitungen für den vierten Bauabschnitt wurden so weit vorangetrieben, dass bis zur Jahresmitte 2014 mit dem Bau auf rund 20 weiteren Grundstücken begonnen werden kann.

Durch die innenstadtnahe Lage und die gute Infrastruktur schreitet im Wohn- und Gewerbepark „Generale Rose“ (ehemals Rose-Barracks) die Entwicklung und Vermarktung ebenfalls erfolgreich voran. Der Landesbetrieb Mobilität und eine Softwarefirma sind in sanierte Kasernengebäude eingezogen. Die restlichen direkt angrenzenden Bestandsgebäude entlang der Alzeyer Straße, die unter Ensembleschutz stehen, sind durch einen Investor erworben worden und werden seit Ende 2013 durch diesen saniert und als Eigentumswohnanlagen erfolgreich vermarktet. Auf dem Gelände daneben befinden sich mittlerweile der Bundesleistungsstützpunkt Trampolinsport, ein Ingenieurbüro und die Verkaufsräume eines Heizungs- und Ofenbauunternehmens. Im Bau befinden sich seit 2013 ein Pflegeheim der Bad Kreuznacher Diakonie und eine Sport-Kindertagesstätte. Beide Bauvorhaben sollen im Jahr 2014 fertig

gestellt werden. Für das Jahr 2014 steht neben privaten Bauvorhaben der Neubau eines Justizentrums im Fokus der Entwicklung des Areals. Der Baubeginn ist für das Frühjahr 2014 anvisiert. Zwei weitere Grundstücke für große Dienstleistungseinrichtungen wurden 2013 verkauft. Parallel hierzu wird der Bau des Bürgerparks im Rahmen des Projektes „Soziale Stadt“ durch die Stadt Bad Kreuznach mit Unterstützung des Landes Rheinland-Pfalz voran getrieben.

Airfield, Minick- und Marshall-Kaserne

Im Gewerbegebiet „Airfield“ (ehemaliger militärische Hubschrauberlandeplatz), das die Stadt Bad Kreuznach selbst vermarktet hat, konnte das letzte Gewerbegrundstück veräußert werden. Hier entstand in den letzten Jahren eine Mischung aus Handels- und Dienstleistungsbetrieben, die zur Sicherung bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze in Bad Kreuznach beiträgt.

Auf der durch einen privaten Bauträger entwickelten Fläche der ehemaligen „Minick-Kaserne“ konnten weitere Dienstleistungsbetriebe, Einzelhandelsgeschäfte und ein großer Baumarkt angesiedelt werden. Mit der Errichtung des Baumarktes wurde hier ebenfalls die letzte freie Fläche bebaut.

Die noch im Eigentum der BlmA befindlichen Flächen der ehemaligen „Marshall-Kaserne“ wurden in Teilbereichen saniert und dienen einem lokal ansässigen Produktionsunternehmen als betriebliche Erweiterungsfläche und der Ansiedlung eines der modernsten Print- und Medienhäuser im Rhein-Main-Gebiet. Für die noch nicht sanierten Restflächen (diese müssen jedoch zunächst durch die BlmA freigegeben werden) gibt es bereits Interessenten.

3.2.2. Bitburg: Alte Kaserne und US-Housing

Das an der Mötscher Straße, unmittelbar angrenzend an das Stadtgebiet von Bitburg gelegene Areal der Alten Kaserne wurde Ende September 2012 frei gegeben. In der Folge wurden für das ehemalige Kasernengelände (ca. 11 ha) und angrenzende Flächen (ca. 2,5 ha) vorbereitende Untersuchun-



gen durchgeführt, um Beurteilungsgrundlagen zur Festlegung eines städtebaulichen Sanierungs- bzw. Entwicklungsgebiets zu gewinnen. Außerdem wurde ein städtebaulicher Rahmenplan für die künftige Entwicklung des Konversionsgeländes erarbeitet und vom Stadtrat im September 2013 beschlossen. Dieser Rahmenplan sieht für die Nachnutzung des ehemaligen Kasernenareals einen vielfältigen Nutzungs-Mix vor, der von Wohnen, über Dienstleistung, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, Gastronomie und Sport bis hin zu gewerblichen Nutzungen reicht. Im nördlichen, zur Mötscher Straße gelegenen Teilbereich könnten durch Umnutzung der denkmalgeschützten Gebäude Verwaltungen und Dienstleistungen, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen sowie Wohnnutzungen - auch für barrierefreie und altersgerechte Wohnformen - angesiedelt werden. Die zum Teil ebenfalls unter Denkmalschutz stehenden Gebäude und die vorhandenen gewerblichen Hallen im südlichen Teilbereich des Geländes könnten insbesondere für gewerbliche Nutzungen und Handwerksbetriebe in Zuordnung zu den bestehenden Gewerbebetrieben im Bereich des Südrings in Betracht kommen. Im Zuge der zivilen Nachnutzung des ehemaligen Kasernengeländes soll auch die äußere Anbindung bzw. Erschließung neu geordnet und umgebaut werden. Auf der Basis des städtebaulichen Rahmenplans,

der die Sanierungsziele für das Gebiet im Einzelnen festlegt, werden seit Ende des Jahres 2013 die Verkehrswerte der Gebäude- und Freiflächen gutachterlich ermittelt. Sobald die Wertermittlungen abgeschlossen sind, könnte mit der Vermarktung der Gebäude begonnen werden, für die es bereits Interessenten gibt. Außerdem bildet der städtebauliche Rahmenplan die Grundlage für die weitere planerische Konkretisierung der vorgesehenen Nutzungen im Rahmen der anstehenden Bauleitplanung der Stadt Bitburg.

Die amerikanische Wohnsiedlung (US-Housing) grenzt südöstlich unmittelbar an das Areal der Alten Kaserne an und umfasst eine Gesamtfläche von ca. 62 ha. Deren Freigabe wird – abhängig vom weiteren Fortgang der Erweiterung der amerikanischen Air Base Spangdahlem – frühestens im Jahr 2017 erwartet. Auch hier ist die Stadt Bitburg an einer städtebaulich verträglichen Nachnutzung der Gebäude und Freiflächen interessiert. Dazu wurden im Rahmen der Fortschreibung des integrierten Stadtentwicklungskonzepts bereits erste planerische Überlegungen im Blick auf eine sinnvolle zivile Nachnutzung von Teilflächen des Konversionsgeländes angestellt bzw. entsprechende Entwicklungsperspektiven aufgezeigt, bislang allerdings noch nicht weiter konkretisiert.

3.2.3. Germersheim: Stadtkaserne II, Theobaldkaserne und Weißenburger Tor

Die Stadtkaserne II ist eine am südlichen Innenstadtrand gelegene, ca. 3,7 ha große Fläche. Zu den Bestandsgebäuden zählen insbesondere zwei Großgebäude der ehemaligen Bundesfestung, die Mitte des 19. Jahrhunderts errichtet wurden. Dies sind zum einen das am Paradeplatz gelegene ehemalige Lazarettgebäude mit einer Nutzfläche von ca. 5.200 m² sowie das ehemalige Proviantamt. Beide Gebäude sind denkmalgeschützt. Aufgrund der Architektur, der Größe und denkmalpflegerischer Aspekte der Fläche dominierenden Lazarettgebäudes ist eine Folgenutzung der Stadtkaserne II nur mit einem hohen städtebaulichen Aufwand möglich. So wurden in der Vergangenheit unterschiedliche Nutzungsalternativen diskutiert. Ende September 2007 wurde durch den Stadtrat ein Rahmenplan verabschiedet, der für die Liegenschaft eine großflächige Einzelhandelsnutzung mit ergänzenden Dienstleistungen vorsieht. Im Dezember 2009 hat die Stadt Germersheim die Stadtkaserne II vom Bund erworben. Gemeinsam mit dem Bund wurde im Jahr 2011 unter Beteiligung der Generaldirektion Kulturelles Erbe von der Stadt ein kooperatives Verwertungsverfahren mit dem Ziel einer Grundstücksveräußerung ohne öffentlichen Bauauftrag durchgeführt. Die Liegenschaft wurde im Jahr 2012 an die Fa. ProcomInvest, Hamburg, veräußert und in einem städtebaulichen Vertrag eine Entwicklungsverpflichtung zu einer zivilen Nachfolgenutzung als Handels- und Dienstleistungszentrum festgelegt. Eine Realisierung würde nicht nur die Nachnutzung dieses äußerst komplexen Baukörpers bedeuten, sondern könnte lage- und nutzungsbedingt in erheblichem Maße auch zur Attraktivierung der Innenstadt von Germersheim beitragen und weiterer Flächeninanspruchnahme am Stadtrand auf der grünen Wiese entgegenwirken.

Theobaldkaserne und Weißenburger Tor

Das Bundeswehr-Depot Theobaldkaserne unmittelbar südöstlich der Kernstadt mit einer Fläche von ca. 7,6 ha wurde im Jahr 1996 fast vollständig freigegeben. Die Stadt Germersheim hat das Gelände im Jahr 1998 vom Bund erwor-

ben. Die Entwicklung der Kaserne erfolgte über eine städtebauliche Sanierungsmaßnahme. Im Vordergrund stehen Nutzungen wie innerstädtisches Wohnen, Wohnen für ältere Menschen, Gemeinbedarfseinrichtungen, nicht störendes Gewerbe und Dienstleistungen sowie eine großzügige Grünanlage, die der Nah- und Feierabenderholung der Bevölkerung dient. Die Sanierung des überwiegenden Teils der Theobaldkaserne ist weitgehend abgeschlossen.

Das im Jahr 1839 erbaute Weißenburger Tor ist eines der beiden früheren Festungstore der ehemaligen Bundesfestung und stellt heute eines der Wahrzeichen der Stadt Germersheim dar. Der dort befindliche Parkplatz wird bereits heute als zentraler Ausgangspunkt für Stadt- und Festungsführungen genutzt. Aus diesem Grund hat die Stadt mit Städtebaufördermitteln des Landes und EU-Mitteln im Erdgeschoss des Tores die Stadtinformation und das Tourismusbüro einschließlich Ausstellungsräumen zur Festung und einem Seminarraum untergebracht. Darüber hinaus wird das Weißenburger Tor auch als „Festungsstandesamt“ genutzt, um den vermehrt auftretenden Anfragen nach einer standesamtlichen Trauung in den Festungsräumen gerecht zu werden. Zur Verwirklichung der beabsichtigten Nutzungen und als Voraussetzung für die künftige Verwertung hat die Stadt Germersheim mit Unterstützung des Landes im Jahr 2009 in einem ersten Schritt das Weißenburger Tor vom Bund erworben und mit Modernisierungsarbeiten begonnen.

3.2.4. Landau: Kaserne Estienne-Foch

Die Konversion der Stadt Landau setzt mit der rund 24 ha großen ehemaligen Kasernenanlage „Estienne-Foch“ den letzten Baustein nach dem Abzug der französischen Streitkräfte. Die Flächen konnten nach langen Verhandlungen vom Bund erworben werden und werden über einen privaten Entwicklungsträger als Entwicklungsmaßnahme umgesetzt. Die Konversionsflächen der Kaserne, des ehemaligen Kohlelagers, wie auch angrenzender ehemaliger Bahnflächen bieten eine große Chance der städtischen Entwicklung im Süden der Stadt mit Verzahnung der angrenzenden Land-



schaftsräume des Naturparks „Ebenberg“, einem Flora-Fauna-Habitat (FFH)-Gebiet mit dem darin befindlichen Naherholungsbereich und dem Gelände des lokalen Segelflugvereins. Die Stadt Landau handelt nach dem Leitziel der „Innen- vor Außenentwicklung“ und hat über die Einreichung der Konzeption zur Ausrichtung der nächsten Landesgartenschau eine detaillierte Konzeption zur Umnutzung und Aufwertung des gesamten Stadtbereiches vorgelegt.

Seit dem Erwerb der Fläche und dem Zuschlag zur Landesgartenschau wurde bisher der Abbruch der Bausubstanz bis auf die denkmalgeschützten und erhaltenswerten Gebäude vorgenommen und mit der Altlastensanierung begonnen. Planungsrechtlich wurde auf Basis des städtebaulichen Rahmenplans ein verbindlicher Bebauungsplan aufgestellt, der als Grundlage für die Erschließung des ersten Bauabschnitts diente. Die Erschließungsmaßnahmen sind weitestgehend abgeschlossen. Die Arbeiten zur Landesgartenschau – die auf Grund des gehäuften Fundes von Kampfmitteln bei Bauarbeiten in das Jahr 2015 verschoben wurde, um das komplette Gelände der Konversionsmaßnahme hinsichtlich möglicher Kampfmittel umfänglich zu sondieren – sind voll angelaufen. In den Jahren 2010/2011 wurde ein Landschaftsarchitektenwettbewerb für die Landesgartenschau durchgeführt und entschieden. Auf dessen Basis erfolgt nun die

freiraumplanerische Umsetzung.

Mit der Initialzündung der Landesgartenschau 2015 kann das Gelände in zeitlichem Zusammenhang zu einem hochwertigen Wohnareal entwickelt werden, wobei die angrenzenden geschützten Landschaftsräume mit dem aufgewerteten Geländeareal und dem angrenzenden städtischen Gebiet verzahnt werden. Neben der Modernisierung der vorhandenen denkmalgeschützten Bebauung werden hochwertige Neubaupläche für moderne städtische Wohnformen angeboten. Über die Umnutzung der ehemaligen Militärflächen könnte unter Berücksichtigung der demografischen und ökologischen Effekte der Wohnraumbedarf der nächsten 10 – 15 Jahre für einen vielfältigen Nutzerkreis gedeckt werden.

Neben der Schaffung eines neuen städtischen Lebensumfeldes mit dem ganzheitlichen Angebot an Funktionsbereichen für Arbeiten, Dienstleistung, Kreativberufe und Forschung soll die soziale städtische Infrastruktur über die Schaffung neuer Kommunikationszonen, städtischer Begegnungsräume und die Ansiedlung von Bildungseinrichtungen an diesem Standort Schwerpunkte finden. Für zukünftig ca. 1.500 bis 2.000 Bewohnerinnen und Bewohner des „Wohnparks Am Ebenberg“, aber auch für die ca. 10.000 Bürgerinnen und Bürger im gesamten südlichen Stadtbereich werden in den angrenzenden Konversionsflächen Erholungsräu-

me, Sport- und Freizeitflächen geschaffen. Sowohl zur Umsetzung der Entwicklung der Kaserne als auch zur Verzahnung mit den angrenzenden städtischen Bereichen in Landau-Süd werden direkte Investitionskosten von insgesamt ca. 55 Mio. Euro erwartet (inkl. Landesgartenschau 2015).

Das Konversionsareal im Süden soll an die bestehenden Strukturen der Südstadt anknüpfen. So wurden die Cornichonstraße und die Friedrich-Ebert-Straße in der nördlich angrenzenden Südstadt bereits umgestaltet. In der östlichen Südstadt wurde 2012 mit der Erschließung begonnen. Die Arbeiten dauern noch an.

Im Rahmen der Vermarktung erfolgte eine Grundstücksausschreibung, um potenzielle Investoren zu finden. So sind bislang drei Bauprojekte fertig gestellt, u. a. die städtische Kindertagesstätte „Wilde 13“ im denkmalgeschützten Bestandsgebäude an der Cornichonstraße sowie der Umbau des ebenfalls denkmalgeschützten „Gebäudes 041“ am Ende des neuen Südparks. In diesem Gebäude wurde inzwischen u. a. die Vinothek der Südlichen Weinstraße eingerichtet.

Ferner sind drei Bauprojekte aktuell in Realisierung und werden bis zur Landesgartenschau 2015 fertig gestellt sein. Weitere Projekte sind in Kürze startbereit. Ergänzend wurde aktuell ein Baufeld für die Realisierung von sozialem bzw. preisgünstigem Wohnraum reserviert.

Darüber hinaus wurden Ende des Jahres 2012 Grundstücke für Baugemeinschaften reserviert. Dieser Planungsprozess mit den aktuell zehn Baugruppen wird durch das Land Rheinland-Pfalz unterstützt. In der Zwischenzeit wurden erste Kaufverträge geschlossen, so dass auch die Baugruppen nun mit den konkreten Bauarbeiten beginnen können.

3.2.5. Münchweiler: Gräfensteiner Park

Das US-Hospital am Ortsrand von Münchweiler mit einer Fläche von ca. 45 ha wurde 1993 aufgegeben. Trotz interessanter Entwicklungsansätze und intensiver Bemühungen von allen Seiten

brachte die Verwertungsstrategie, das Konversionsprojekt im Rahmen eines PPP-Modells mit einem privaten Investor zu entwickeln, lange Zeit nicht den gewünschten Erfolg. Im Jahre 2004 konnten die Konversionsflächen dann vom Bund an einen privaten Investor, die Bunkerhill Entwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG (BHE), Pirmasens, veräußert werden. Die kommunalen Gebietskörperschaften haben sich zu einem Zweckverband zusammengeschlossen, der für die städtebauliche Entwicklung im Rahmen einer Sanierungsmaßnahme verantwortlich ist. Zwischen dem Investor, dem Zweckverband und dem Land wurde 2004 ein städtebaulicher Vertrag abgeschlossen. In diesem hat sich die BHE verpflichtet, die Flächen entsprechend dem vereinbarten Konzept zu entwickeln.

Das Konzept sieht vor, das Konversionsgelände in zwei Teilen zu entwickeln. Direkt angrenzend an die örtliche, bereits bestehende Bebauung wurden Bauflächen zur Deckung des örtlichen und überörtlichen Bedarfs an Wohngrundstücken sowie Flächen für Gewerbebetriebe geschaffen. Dieses Teilgebiet „Wohnen und Gewerbe“ ist mittlerweile komplett erschlossen. Die Nachfrage nach den Baugrundstücken ist dauerhaft hoch. Einige Wohngebäude sind bereits errichtet, mehrere weitere befinden sich in der Planungs- und/oder Bauphase. Das zweite Teilgebiet soll als Sondergebiet „Freizeit und Erholung“ entwickelt werden.

3.2.6. Pirmasens

Husterhöh-Kaserne

Der überwiegend als amerikanische Wohnsiedlung genutzte südliche Teil der Kasernenanlage Husterhöhe mit einer Fläche von 20,5 ha wurde bis 1997 freigegeben. 2001 konnte die Liegenschaft vom Bund an eine Investorengruppe, Projektentwicklung Pirmasens GmbH und Bunkerhill Entwicklungsgesellschaft mbH & Co KG, Pirmasens, veräußert werden. Zwischen der Investorengruppe, der Stadt und dem Land wurde 2001 ein städtebaulicher Vertrag abgeschlossen. Im Vertrag hat sich die Investorengruppe verpflichtet, die Fläche entsprechend dem vereinbarten Konzept zu entwickeln und dabei innerhalb von 15 Jahren Inves-

titionen in Höhe von 60 Mio. Euro auszulösen. Die Stadt unterstützt die Entwicklung über eine städtebauliche Sanierungsmaßnahme. Im Mittelpunkt dieser Entwicklung steht die Fachhochschule Kaiserslautern, Standort Pirmasens, mit dem heutigen Fachbereich Angewandte Logistik- und Polymerwissenschaften. Dieser Fachbereich bietet ein interdisziplinär ausgerichtetes Studienangebot in den Bachelor-Studiengängen „Produkt- und Prozess- Engineering“, „Technische Logistik“ sowie dem standortübergreifenden Masterstudiengang „Logistik und Produktionsmanagement“. Derzeit sind für diese Studiengänge am Standort Pirmasens insgesamt über 540 Studierende eingeschrieben. Ab dem Wintersemester 2012/2013 wurde das Studienangebot des Standortes auf die Bachelor-Studiengänge „Angewandte Pharmazie“ und „Logistics - Diagnostics and Design“ ausgeweitet. Durch die Konversionsmaßnahmen, für die ca. 17 Mio. Euro aufgewandt wurden, konnten am Standort Pirmasens der Fachhochschule Kaiserslautern modern ausgestattete Räume und ein attraktives Studenumfeld geschaffen werden. Zudem eröffnen die enge Verzahnung mit der regionalen Wirtschaft und die Abstimmung des Studienangebots auf den Arbeitsmarkt den Absolventinnen und Absolventen sehr gute Berufschancen und den Arbeitgebern der Region ein enormes Fachkräftepotential.

Sportpark und Technopole „Bunker Hill“

Der Großteil des nördlichen Areals der amerikanischen Husterhöf-Kaserne mit einer Fläche von ca. 63,5 ha wurde 1997 freigegeben. 1999 wurde zwischen Bund, Land und Stadt ein städtebaulicher Vertrag geschlossen, der nach dem „Bitburger Modell“ ausgestaltet wurde: Die Vertragsparteien erschließen gemeinsam die Fläche und der Bund vermarktet diese in Absprache mit der Stadt. Grundlage der Entwicklung sind ein städtebaulicher Rahmenplan und darauf aufbauend eine städtebauliche Sanierungsmaßnahme und Bebauungspläne. Ziel ist ein Nutzungsmix mit dem Schwerpunkt Gewerbe. Neben zwei Gewerbeparks im Norden und Osten ist im Südwesten an der B 10 eine „Automeile“ entstanden. Der Bereich der Automeile ist weitgehend belegt. Die angesiedelten Betriebe stammen überwiegend aus der

Region. Viele haben die Chance wahrgenommen, mit dem Standortwechsel auf die Husterhöhe zu expandieren. Im Bereich der früheren Wohnsiedlung wurden im Nordwesten ein Wohnpark und im Norden der Sportpark Husterhöhe mit einer Fläche von ca. 90.000 m² geschaffen. Zu dem Sportpark gehören Schulsportplätze, das neue städtische Stadion und die neue MTV-Sportanlage mit einer Sporthalle mit Sporthaus und zwei Sportplätzen. Hintergrund für den Ausbau des Sportparks Husterhöhe war die Notwendigkeit, unter anderem für die Firma Profine (Kömmerling) an der Zweibrücker Straße Erweiterungsflächen zu schaffen und den Bau der vierspurigen B 10 sicher zu stellen. Somit dient der Sportpark Husterhöhe auch ganz wesentlich der gewerblichen Entwicklung am Standort Pirmasens. Der größte Teil der über 50 ha verwertbaren Fläche ist vermarktet. Bisher haben sich knapp 60 Betriebe mit mehr als 1.750 Beschäftigten niedergelassen.

Parallel zur Fachhochschule wurde im Bereich Husterhöhe Süd das Prüf- und Forschungsinstitut Pirmasens e. V. (PFI) angesiedelt. Hinzu kommen ein Baukompetenzzentrum, das mit Fachplanern und Dienstleistern aus dem Baubereich belegt ist, und das Bürozentrum „Am Campus“. Ein weiterer wichtiger Baustein zur Sicherung des Schuhstandortes Pirmasens und Stärkung der Schuhbranche in Deutschland ist das 2008 errichtete Schuhkompetenzzentrum (ISC). Mit dem Projekt mit internationalem Anspruch können das vorhandene Wissen und die Fertigkeiten zur Verarbeitung von Leder und zur Herstellung von Schuhen in Pirmasens gebündelt, weiter entwickelt und der deutschen, der europäischen und der weltweiten Schuhindustrie zur Verfügung gestellt werden. Bei den mehr als 40 angesiedelten Firmen und Einrichtungen wurden in den vergangenen Jahren stetig neue Arbeitsplätze geschaffen, so dass hier mittlerweile knapp 600 Arbeitsplätze entstanden sind.

3.2.7. Saarburg

Im Sommer 2010 zog das 16. Jägerbataillon der französischen Streitkräfte aus Saarburg ab. Mit der Schließung der französischen Garnison im Stadtteil Beurig verlor Saarburg nach 73 Jahren den

Status als Garnisonsstadt. An militärischem Personal waren zuletzt 1.200 Soldaten einschließlich Offiziere und Unteroffiziere in der Garnison Française stationiert. Hinzu kamen rund 800 Familienangehörige. Insgesamt lebten bis zuletzt 2.000 Franzosen in Saarburg.

Trotz des Truppenabzugs, eines Einschnitts im gesellschaftlichen Leben, wirtschaftlicher Einbußen für Einzelhandel und Gastronomie, des Wegzugs von fast einem Viertel der Bevölkerung sowie eines Funktionsverlusts von einem Fünftel der bebauten Fläche von Saarburg eröffnen sich durch das Freiwerden eines 245 ha umfassenden Militärareals andererseits aber auch Chancen für eine zukunfts-trächtige Stadtentwicklung des Mittelzentrums Saarburg.

Als erstes Konversionsprojekt hat die Stadt Saarburg das 1,25 ha große Gelände der ehemaligen Französischen Schule/Ecole Primaire in unmittelbarer Nähe zur historischen Wallfahrtskirche St. Marien vom Bund erworben, bis auf eines alle maroden Schulgebäude abgerissen und dort eine neue Kommunale Gemeinbedarfseinrichtung / ein neues Stadtteilzentrum errichtet (mit Neubau einer siebengruppigen Kindertagesstätte, eines Festplatzes, eines Jugendverkehrsplatzes und eines öffentlichen Spielplatzes). Die Stadt bewältigte mit finanzieller Unterstützung des Landes ein Investitionsvolumen von 4,5 Mio. Euro.



Das ehemalige Unteroffiziersheim „Maison de France“ mit angrenzendem Kino hat die Stadt ebenfalls vom Bund erworben und an private Dritte weiterverkauft. Dort sind mittlerweile Verkaufs-, Ausstellungs- und Büroräume eines Holz-

händlers (Parkett, Terrassendielen, Türen) sowie Eigentumswohnungen geschaffen worden. Das dahinterliegende ehemalige Garnisonskino wurde abgerissen. Dort ist eine Mehrfamilienwohnanlage eines privaten Investors entstanden.

Als bisher größtes Konversionsprojekt hat die Stadt Saarburg das 6,8 ha große Wohngebiet „Cité Sud“ vom Bund erworben. Die mehrheitlich der Stadt gehörende Entwicklungsgesellschaft Saarburg mbH (EGS) ließ 20 marode Wohnblocks aus den 1950er Jahren abreißen und entwickelt dort in mehreren Bauabschnitten ein modernes Wohngebiet, vorrangig mit Einfamilienhäusern. Der Verkauf aller 81 Bauplätze durch die EGS an private Interessenten, vor allem junge Familien, lief zügig und ist abgeschlossen – einerseits dank moderater Baulandpreise, andererseits dank der hohen Baulandnachfrage im Saarburger Land. Das Investitionsvolumen der EGS betrug 6,3 Mio. Euro. Dieses zieht Folgeinvestitionen von privaten Bauherren von geschätzt 20 Mio. Euro nach sich.

Auf dem 16,4 ha großen ehemaligen Schießplatz im Kammerforst entsteht eine Fotovoltaik-Freiflächenanlage. Mit Rücksicht auf die mittels umfangreicher artenschutzrechtlicher Untersuchungen nachgewiesenen schutzbedürftigen Arten (u.a. Gelbbauchunke, Fledermäuse) wurde der Bereich für Solarmodule auf 8,8 ha reduziert. Aufgrund der erwarteten Nettogröße von sieben ha wird die Anlage eine maximale Jahresleistung von 5,5 MW erbringen.

Bund, Land und Kommune arbeiten zurzeit an der Realisierung eines Beweidungsprojektes mit halbwilden Rinder- und Pferderassen zur Offenhaltung eines 82 ha umfassenden Areals des ehemaligen Standortübungsplatzes, der aufgrund ökologisch wertvoller Magerrasen und Biotope sowie großer Populationen von Vögeln, Insekten und Amphibien als FFH-Gebiet und Nationales Naturerbe ausgewiesen ist.

Größte Einzelliegenschaft der Konversion innerhalb der bebauten Ortslage von Saarburg ist mit 26,5 ha die ehemalige Französische Kaserne. Die Stadt Saarburg prüft derzeit mögliche Folgenutzungen.

3.2.8 Worms: Liebenauer Feld

Die amerikanische Wohnsiedlung Thomas-Jefferson-Village mit einer Fläche von 14 ha wurde 1999 freigegeben. Die nachfolgende Konversionsentwicklung erfolgte als städtebauliche Sanierungsmaßnahme mit Schwerpunkt auf einer Nachnutzung für Wohnzwecke. Nach dem Kauf des Schulgeländes im Zentrum der Liegenschaft durch die Stadt Worms wurden die Gebäude im Jahr 2000 mit Förderung aus dem Investitionsstock des Landes renoviert und die Westend-Grundschule dorthin verlagert. Das familienfreundliche Konzept rundet eine Kindertagesstätte mit 115 Plätzen ab, die nach 1,5 jähriger Bauzeit im Januar 2011 eröffnet wurde.

2002 hat die Liebenauer Feld GmbH, bestehend aus einem Osthofener Bauunternehmen und der Wohnungsbau GmbH Worms, das restliche Areal mit rund 330 Wohnungen vom Bund erworben. Diese Verbindung von privaten Investoren, Stadt und Land, die so genannte Private-Public-Partnership (PPP), machte es möglich, dass die Sanierung und Entwicklung des Gebiets rasch vorangebracht werden konnte.

2005 wurde mit dem Bau der Lebenszyklushäuser und 2010 mit dem Bau der Energiesparhäuser „KfW-Effizienzhaus 70“ in Reihen- und Doppelhausform begonnen, die attraktive Angebote für verschiedene Wohnformen und Nutzergruppen bieten. Insgesamt wurden 26 Reihen- und Doppelhäuser gebaut und 23 davon bereits bezogen. Mittlerweile sind 15 von 17 Lebenszyklushäusern verkauft und werden genutzt. Zudem konnte ein erheblicher Teil der bestehenden Wohngebäude erhalten werden. Etwa 190 ehemalige Militärwohnungen sind im Laufe der Jahre an selbstnutzende Eigentümerinnen und Eigentümer für Wohnzwecke veräußert worden. Bis 2014 wurden zwölf Gebäude mit insgesamt 164 Wohnungen mit einer Wohnfläche von rund 15.000 m² modernisiert. Davon wurden bereits 154 Wohnungen an Interessenten veräußert. Das seit 2005 bestehende Studierendenheim rundet das Wohnangebot ab. Das neue Verwaltungsgebäude der Wohnungsbau GmbH soll im Juni 2014 fertiggestellt werden. Ein Ärztehaus mit mehreren Fachrichtungen und ca.

5.300 m² Nutzfläche wird voraussichtlich ab November 2014 belegt werden können. Ebenso sind Grundstücke von Investoren übernommen worden, um dort so genannte Stadthäuser mit bis zu sieben Wohneinheiten zu entwickeln.

In der Von-Steuben-Straße wurde 2006 ein Blockheizkraftwerk mit regenerativen Energieformen errichtet, welches 80 bis 90 % des Energiebedarfs für ca. 2.000 Haushalte sowie für 8.000 m² Büro- und Ladenfläche der nächsten Umgebung deckt. 2011 wurde in der Liebenauer Straße ein Pflege- und Geschäftszentrum fertig gestellt. Das hier neu eröffnete Seniorenpflegeheim bietet rund 160 Plätze für alle Pflegestufen. Die attraktiven Außenanlagen und begrünten Dachterrassen wie auch die Apotheke, der Supermarkt mit Bäckerei und die Sparkasse, die sich im selben Gebäude befinden, sind nicht nur für die Bewohnerinnen und Bewohner des Heimes, sondern auch für die anderen Anwohner des Wohngebiets eine Bereicherung. Darüber hinaus saniert die Wohnungsbau GmbH Worms in einem ehemaligen Bestandsgebäude 16 Wohnungen, um ein generationsübergreifendes Wohnmodell zu realisieren. In einem anderen Bestandsgebäude wurde 2012 von einem Privatinvestor mit dem Bau von Studierendenwohnungen begonnen.

Das Erschließungskonzept des Liebenauer Feldes baut auf dem vorhandenen Straßennetz auf, das aus vollständig erneuerungsbedürftigen Erschließungsanlagen bestand. Neben der 2005 beendeten Neugestaltung der Von-Steuben-Straße sollen weitere neue Straßen und Wege das vorhandene Netz ergänzen. Der innere Bereich der Anlage soll zusätzlich durch großzügige Grünflächen ansprechend gestaltet werden. Dementsprechend wurde in den Jahren 2011 und 2012 die Bebelstraße verbreitert und durch Baumpflanzungen vervollständigt.

3.3. Regenerative Energien

Der künftige Lebensstandard hängt wesentlich von der Lösung der gesellschaftlichen, räumlichen und ökologischen Herausforderungen ab. Die Nachnutzung von brachgefallenen Flächen, die Sicherung der Daseinsvorsorge und die nachhaltige Sicherung und Dezentralisierung der Energieversorgung stellen dabei für Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz zentrale Herausforderungen dar. Kreise, Städte und Gemeinden sind wichtige Akteure bei der Umsetzung der energie- und klimaschutzpolitischen Ziele der Landesregierung. Hier wird Klimaschutz konkret. Viele Gebietskörperschaften setzen eigene Energie- und Klimaschutzkonzepte mit großem Engagement um. Durch die Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern und durch die detaillierten Kenntnisse der Gegebenheiten vor Ort sind sie in hervorragender Weise geeignet, die Energiewende vor Ort voran zu treiben. Die anspruchsvollen Ziele, die sich die Landesregierung im Zusammenhang mit der Energiewende gesetzt hat, können von der Konversion betroffene Gebietskörperschaften zur Verbesserung der wirtschaftlichen Grundlagen und Strukturen nutzen. Viele Städte, Landkreise, Verbands- und Ortsgemeinden in Rheinland-Pfalz engagieren sich für mehr Klimaschutz und eine nachhaltige Energieversorgung und haben bereits zahlreiche beispielhafte Projekte auf den Weg gebracht. Von der Bundeswehr, den US-amerikanischen oder französischen Streitkräften freigegebene Liegenschaften bieten ausgezeichnete Chancen zur Umsetzung der Energiewende in Rheinland-Pfalz. Durch ihre Verfügbarkeit und Größe sowie die häufig ihre Entlegenheit eignen sie sich in vielen Fällen hervorragend für die landschaftsverträgliche Erzeugung regenerativer Energien. Daneben sind hier Konflikte mit der Bevölkerung oftmals vermeidbar.

Intention und Bestreben

Die Chancen der Energiewende und regenerative Energien sollen in der Konversion als primärer Bestandteil früh und produktiv eingesetzt werden. Klimaschutz-, Energie- und Nachhaltigkeitsgesichtspunkte sind Bestandteil jeder Konversion. Konversion ist damit Werkzeug und Forum zur Umsetzung der energie- und klimapolitischen

Ziele der Landesregierung. Mit der Schaffung wirtschaftlicher Grundlagen an den Standorten wird in zahlreichen Fällen eine nachhaltige Konversion eingeleitet. Die Chancen der Energiewende sollten zügig genutzt werden, damit an Standorten bzw. in Projekten zunächst wirtschaftliche Grundlagen geschaffen werden, die die folgende Standortentwicklung befördert oder angesichts eingeschränkter öffentlicher Mittel erst möglich macht.

Initiative „Regenerative Energien und Konversion“

Die Landesregierung führte im Rahmen des Landeskonsversionsprogramms im Zeitraum 2012 und 2013 eine Initiative durch, die die Nutzung von Konversionsliegenschaften für regenerative Energien beschleunigen soll. Gegenstand ist die Beratung und Begleitung von konversionsbetroffenen Gemeinden, Gemeindewerken, Public Private Partnership-Projektträgern, Bürgerzusammenschlüssen und Ähnlichem in der Projektentwicklung und -durchführung für die Errichtung von Anlagen und Energieparks mit Modellcharakter. Darüber hinaus können kommunale Gebietskörperschaften in innovativen Projekten im Rahmen der Energiewende begleitet werden. Initiativpartner sind der Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz sowie die BImA. So sollte der Liegenschaftsbestand insbesondere im Hinblick auf die Nutzung mit regenerativen Energien analysiert und Flächen ausgewählt werden, die unter Umständen für die Erzeugung erneuerbarer Energien in Frage kommen. Dabei sollten frühzeitig Rahmenbedingungen und Konzepte abgestimmt werden. Im Fokus steht die Erschließung von Wertschöpfungspotentialen.

Die Unterstützung und Hilfestellung umfasst(e) die Flächensondierung und überschlägige Machbarkeitsanalyse für ein Projekt, Koordinierungs- und Managementleistungen bei der Anbahnung, Entwicklung und ggf. Umsetzung von Projekten mit Modellcharakter, ferner die Beratung bei der Flächenverfügbarmachung wie etwa Verhandlungen mit der BImA, die grundlegende technische Beratung oder die grundlegende rechtliche Beratung - letztere etwa bei der vertraglichen Gestaltung in Public Private Partnership-Modellen, Bürgerkraftwerken und weiteren Formen.

Die Initiative wurde in den Jahren 2012 und 2013 durchgeführt. Sie bestand aus verschiedenen einzelnen Bausteinen, unter anderem der Projektberatung und dem Projektcoaching. Aufgrund der Vielschichtigkeit zahlreicher Vorhaben konnte die Initiative z.T. über die ursprünglich angedachte Laufzeit hinaus ausgedehnt werden.

Der Gemeinde- und Städtebund war als Ansprechpartner der Kommunen gleichfalls stark bestrebt, die Chancen der Energiewende für die Kommunen zu nutzen. Vor diesem Hintergrund hat er auch „Leitlinien zur Energiewende“ verabschiedet.

Die Mehrzahl der insbesondere jüngeren Konversionsliegenschaften befindet sich in der Verfügungsgewalt der BImA. Oftmals ist daher das enge Zusammenwirken mit ihr für die beschleunigte Projektumsetzung und die Entwicklung neuer Beteiligungsmodelle für den Projekterfolg maßgeblich.

Die Variationsbreite der eingereichten Vorschläge ist beachtlich. Die Schwerpunkte liegen bei der Projektierung von Anlagen im Bereich Fotovoltaik, Windkraft und Biomasse. Dabei werden teilweise innovative Kombinationen mit Speichermedien und Finanzierungsmodelle mit Bürgerbeteiligung avisiert. Zu finden sind auch Konzepte zur Ansiedlung von Unternehmen und Einrichtungen aus der Branche regenerative Energien als ganzheitliche Liegenschaftsentwicklung.

Mit viel versprechenden Ergebnissen und einem breiten Spektrum konnten im Juli 2012 die zehn landesweiten Modellprojekte präsentiert werden.

Die ausgewählten Kommunen setzen auf die Energiewende und nutzen die Chancen, einer dezentralen, eigenständigen Energieversorgung. Hier findet Standortentwicklung statt. Die militärische Konversion bietet hervorragende Möglichkeiten auf dem Weg, im Land bis 2030 den Strom bilanziell zu hundert Prozent aus Erneuerbaren Energien zu erzeugen. Aus allen Landesteilen liegen jetzt Planungen vor, die unter die Lupe genommen werden. Anhand des im Projektaufruf erfolgten Kriterien-satzes wie Innovationsgehalt und Nachhaltigkeit des Ansatzes, lokale und regionale Wertschöpfung, Synergieeffekte, Umsetzbarkeit, zeitlicher Horizont, Finanzierungsaufwand sowie Vorbildcharak-

ter bzw. Übertragbarkeit in die Breite konnten die Modelle ausgewählt werden. Dabei befinden sich jeweils zwei Projekte im nordöstlichen und nord-westlichen sowie je drei Vorhaben im mittleren und im südlichen Teil von Rheinland-Pfalz.

Mit den zehn potentiellen Hotspots der Energiewende in Rheinland-Pfalz trafen sich im Januar 2013 die vorbildlichen Städte und Gemeinden zu einer Werkstattunde und zum Erfahrungsaustausch zur Umsetzung innovativer Ideen in Mainz. Die engagierten Kommunen haben ausgezeichnete Voraussetzungen zur Energieerzeugung, Energiespeicherung und zum Klimaschutz mittels wertschöpfender Nutzung von Konversionsflächen.

In Görgeshausen fließt jetzt Bürgerstrom

In der im Westerwaldkreis gelegenen Ortsgemeinde erfolgte im Juni 2013 die erste praktische Umsetzung eines Projekts im Rahmen der Landesinitiative Regenerative Energien und Konversion. Dort ging der dortige Bürgersolarpark ans Netz. Hier wurde zielgerichtet ein Beteiligungskonzept verwirklicht, das die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger auf eine sehr breite Basis gestellt und die Wertschöpfung in der Region belassen hat. Die Bürgersolaranlage wird von der Energiegesellschaft Görgeshausen betrieben, beteiligt dort sind die Ortsgemeinde und die Koblenzer Elektrizitätswerk und Verkehrs-Aktiengesellschaft – KEVAG. Görgeshauser Bürgerinnen und Bürger konnten sich über einen projektbezogenen Energie-Sparkassenbrief der regionalen Sparkasse beteiligen. Ein Haftungsrisiko besteht bei einer Mindesteinlage von 5.000 Euro und einer fünfjährigen Laufzeit nicht. Die Kommune hat angekündigt, einen Teil der von ihr erzielten Erlöse für gemeinnützige und soziale Zwecke zu verwenden. Die 1,4 Millionen Euro teure Fotovoltaikanlage wurde in lediglich vier Wochen von einem regionalen Energietechnikunternehmen errichtet. Die gemeindeeigene Fläche ist von der Energie GmbH gepachtet worden. Mit der Anlage können circa 1.300 Personen mit Strom versorgt werden, somit mehr als in Görgeshausen selbst wohnen.

3.3.1. Morbacher Energielandschaft

Als die US-Armee 1995 das seit 1957 genutzte US-Munitionslager Rapperath/Wenigerath der verbandsfreien Gemeinde Morbach zurückgab, war zunächst unklar, wie die 146 ha große Fläche genutzt werden könnte. Die ursprüngliche Idee, einen Freizeitpark entstehen zu lassen, konnte mangels eines geeigneten Investors nicht verwirklicht werden.

Das heute als Energielandschaft Morbach bekannte und in Rheinland-Pfalz einzigartige Projekt zieht dennoch seit einigen Jahren tausende Besucherinnen und Besucher in den Hunsrück. In Morbach ist es gelungen, mit der Energielandschaft Touristen aus aller Welt zu locken.

Nunmehr werden auf der Liegenschaft mit unternehmerischer und wissenschaftlicher Unterstützung verschiedene Nutzungsmöglichkeiten für Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien entwickelt. Ein zugrundeliegender Masterplan war vom Land Rheinland-Pfalz gefördert worden. Die Verpachtung von Flächen zur Nutzung von Windenergie war der Einstieg - dieser zog weitere Investitionen nach sich. Vorteilhaft hierbei war zweifellos die Akzeptanz der Bevölkerung aufgrund der Entfernung des Geländes zur Wohnbebauung. Das Institut für angewandtes Stoffstrommanagement (IfaS) beim Umwelt-Campus Birkenfeld schlug vor, das Thema Biomasse in das Konzept zu integrieren. Derzeit haben - inklusive eines Bürgerwindrades - 14 Windenergieanlagen eine installierte Leistung von 28.000 kW. Daneben finden sich auf der Konversionsliegenschaft Fotovoltaikanlagen mit einer Leistung von knapp 2.200 kWp aufgeteilt in mehrere Testfelder mit einigen Tausend Modulen, Nachführtechniken und Wechselrichtern. Die Biogasanlage mit einer Leistung von 500 kW wird vollständig mit nachwachsenden Rohstoffen bestückt. Die Gesamtleistung von somit etwa 31 Megawatt kann in der Umweltbilanz einen Strombedarf von ca. 15.000 Haushalten decken. In dem unmittelbar angeschlossenen Gewerbegebiet wird ein Teil der elektrischen und thermischen Energie beispielsweise für die Herstellung von Holzpellets verbraucht, die Rohstoff-Versorgung erfolgt von den umliegenden Sägewerken. Mehrere solare

Wasseraufbereitungsanlagen zeigen anschaulich, wie man verschmutztes Wasser lediglich mit Sonnenkraft zu trinkbarem Wasser aufbereiten kann. Hierdurch wurden bereits mehrere Entwicklungshilfeprojekte, z.B. in Westafrika angestoßen, die ebenfalls mit dieser Technik arbeiten. Die Hunsrückgemeinde Morbach erhielt für ihr Engagement eine Reihe von Auszeichnungen. Die wichtigsten sind: Preisträger beim Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz“, „Deutscher Solarpreis“, „Deutschland - Land der Ideen, ausgewählter Ort“, „Europäischer Solarpreis“.

Das zweite Standbein der Energielandschaft ist die Ansiedlung von produzierendem Gewerbe. Zu nennen ist hier u. a. eine Holz-Blockhausfirma, die den Rohstoff Nadelholz aus nachhaltigem Anbau verwendet. Die bei der Produktion anfallenden biogenen Abfälle wie Rinde, Sägespäne oder Restholz werden ebenfalls energetisch genutzt oder zu Holzpellets gepresst. Auch findet sich in der Energielandschaft eine Produktion von Holzpellets; die entsprechende Trocknung erfolgt mittels der Abwärme einer Biogasanlage sowie eines Holzhackschnitzelheizwerkes. Auch ein Unternehmen, das Pellets-, Hackgut- und Stückholzfeuerungen vertreibt, hat sich hier angesiedelt. Die Ausstellungs- und Büroräume befinden sich in einem Gebäude mit dem gemeindlichen Informationszentrum. Das Gesamtkonzept der Energielandschaft sieht vor, dass Energie erzeugende und Energie verbrauchende Unternehmen eine win-win-Situation schaffen, Kosten und Schadstoffe minimiert und damit Vorteile für Ökonomie und Ökologie erreicht werden können. Der Standort Morbach ist daher für Unternehmen mit hohem Wärme- oder Kältebedarf ebenso interessant wie für Produzenten von Biomasse oder organischen Abfallstoffen und Unternehmen, die nachwachsende Rohstoffe aus der Region nutzen sowie für innovative Unternehmen mit neuen Technologien oder Dienstleistungen im Umweltbereich.

Energietourismus und die Vermittlung entsprechenden Wissens sind als drittes Standbein Bestandteil der Energielandschaft Morbach. Das Informationszentrum vermittelt in Seminaren energiewirtschaftliche, umwelttechnische und ökologische Zusammenhänge. Daneben wird auch

die Geschichte und Entwicklung der Fläche vom größten Munitionslager der US Airforce in Europa zu einem Themenpark für regenerative und umweltfreundliche Energien in zwei ehemaligen Bunkern dokumentiert. Der Besucher- und Informationsbereich wurde durch das Land Rheinland-Pfalz gefördert. In den vergangenen Jahren haben Besucherinnen und Besucher aus über 100 Ländern die Energielandschaft besucht und an entsprechenden Führungen teilgenommen.

Die Kooperationspartner sind bestrebt, die Konversionsliegenschaft stetig und nachhaltig weiter zu entwickeln. So wurde im ersten Vierteljahr 2014 der Abschlussbericht zu der vom Land Rheinland-Pfalz geförderten Machbarkeitsstudie Power-to-Gas von der Gemeinde Morbach vorgelegt. Darunter wird die Umwandlung elektrischer Energie aus erneuerbaren Energien in speicherbare Gase verstanden. Mit der Installation einer solchen Anlage würde die Energielandschaft um die nächstlogische Systemdienstleistung ergänzt.

Die Gemeinde Morbach hat vor einigen Jahren das „Morbacher Leitbild 2020“ beschlossen. Dieses sieht vor, bis zum Jahr 2020 energieautark auf Basis erneuerbarer Energien zu werden und den Ausstoß von Kohlendioxid ausgehend vom Bezugsjahr 2000 bis zum Jahr 2020 um 50% zu senken.

Es bleibt festzuhalten, dass die Energielandschaft ein konversions- und energiepolitisches Vorzeigeprojekt ist, dessen Ergänzung um weitere wegweisende Komponenten zeigt, wie die erneuerbaren Energien auf regionaler Ebene sämtliche Energiesektoren bedarfsgerecht bedienen können.

3.3.2. NATO-Flugplatz Sembach

Die Konversion des ehemaligen NATO-Flugplatzes Sembach ist ein gutes Beispiel dafür, wie ein großvolumiges Projekt nachhaltig entwickelt werden kann. Die zivile Umnutzung für das Gewerbe erfolgte gleichzeitig mit dem Ausbau der regenerativen Energien. Parallel zur Flächenerschließung für das Gewerbe fand die Flächenbereitstellung für Sonnen- und Windkraft statt.

Bislang konnten auf insgesamt rund 14 ha Fläche die Freiflächenfotovoltaik in den Anlagen Sembach I bis IV mit insgesamt 5,6 MWp umgesetzt werden. Innerhalb des Konversionskonzepts sind für zukünftige Entwicklungen hierfür entsprechende Sonderflächen reserviert. Als Besonderheit ist zu nennen, dass der auf der Liegenschaft angesiedelte Industriebetrieb Heger Ferrit ein eigenes Windrad betreibt. Die Nennleistung von 3 MW kann somit als Eigenstrom verwandt werden.

Durch die Konversion des Flugplatzes konnten auch die betroffenen Kommunen im Gewerbe- und Energiesektor nachhaltig profitieren. In der Verbandsgemeinde Enkenbach-Alsenborn stammen gegenwärtig rund 60 % des Gesamtstromaufkommens im Netz aus selbsterzeugten regenerativen Energien. Damit hat die Gemeinde heute das energiepolitische Ziel der Landes- und Bundesregierung für das Jahr 2030 bereits übertroffen.

Der ehemals von den US-Streitkräften genutzte über 200 ha umfassende NATO-Flugplatz Sembach in der Verbandsgemeinde Enkenbach-Alsenborn wurde im Jahre 1995 freigegeben. 1997 wurde in Anlehnung an ein zuvor schon in Bitburg erfolgreich erprobtes Modell zwischen Bund, Land und den betroffenen Kommunen ein städtebaulicher Vertrag abgeschlossen, der die Erschließung als Gewerbepark in mehreren Schritten sicherstellt. Der Vertrag wurde inzwischen verlängert. Im östlichen Teilbereich des Flugplatzgeländes sind von insgesamt 226 ha mittlerweile etwa 104 ha für eine gewerbliche Folgenutzung erschlossen und größtenteils besiedelt. Die Schwerpunkte der angesiedelten Unternehmen liegen in den Bereichen Industrie, Produktion, Logistik und Recycling. Der Entwicklungsbereich West mit bis zu 60 ha steht als Reservefläche noch zur Entwicklung zur Verfügung. Hier sollen zukünftig bedarfsgerecht Erschließungen im Falle größerer Ansiedlungsvorhaben erfolgen.

Voraussetzung für die erfolgreiche Errichtung des Gewerbeparks war neben der inneren Erschließung die optimale Anbindung des Geländes an das Fernstraßennetz. Die Anbindung an die am Konversionsgelände vorbeilaufende neue A 63 erfolgte über die L 393. Dabei verdient noch besondere Erwähnung, dass im Rahmen des Autobahnaus-

baus A 63 die ehemalige, großdimensionierte Start- und Landebahn entsiegelt und als landespflegerische Ausgleichsmaßnahme eingesetzt wurde. Mittlerweile sind auf der Liegenschaft etwa 644 Arbeitsplätze vorhanden.

3.3.3. Pferdsfeld: Flugplatz

Regenerative Energien hatten im Konversionskonzept in Pferdsfeld von Anfang an einen hohen Stellenwert. Vor dem Hintergrund schafften die Beteiligten zeitnah die notwendigen planungsrechtlichen Voraussetzungen. Im Anschluss setzten Entwickler, Investoren und Netzunternehmen den Energiepark in die Wirklichkeit um.

Heute befindet sich auf dem ehemaligen Militärflugplatz die größte Freiflächenfotovoltaikanlage in Rheinland-Pfalz. Auf rund 60 ha erstrecken sich 135.000 Fotovoltaikmodule mit einer Gesamtleistung von 28,3 MWp. Die Anlage ging im Juli 2012 ans Netz und kann seitdem rund 7.000 Haushalte mit Strom versorgen und vermeidet einen jährlichen Ausstoß von 17.000 Tonnen CO₂.

Der frühere 320 ha große NATO-Fliegerhorst Pferdsfeld mit einer Landebahn von rund 2.500 m Länge und einer Vielzahl militärischer Zweckgebäude sowie Infrastrukturen wurde Ende 1997 vollständig freigegeben. Unter den fünf in Rheinland-Pfalz seit 1991 freigegebenen Militärflugplätzen gehört Pferdsfeld im Jahre 1997 zu den jüngeren Freigaben. Nach Diskussion verschiedener Konversionskonzepte mit den betroffenen Liegenschaftskommunen konnte 2002 die abgestimmte Konversionsstrategie mit einem privaten Partner aufgenommen werden.

Der regionale Entwickler übernahm 2003 im Wesentlichen das Flugplatzgelände von der damaligen Bundesvermögensverwaltung. Zur Entwicklung der Konversionsliegenschaft wurde 2003 ein städtebaulicher Vertrag mit zehnjähriger Laufzeit geschlossen. Vertragspartner sind die Verbandsgemeinde Bad Sobernheim und die drei direkt betroffenen Kommunen (Stadt Bad Sobernheim, Ortsgemeinden Ippenschied und Rehbach), der Projektentwickler und das Land Rheinland-Pfalz.

Auf dem Teil der Liegenschaft, der die unmittelbare flugbetriebliche Infrastruktur umfasst, richtete die Adam Opel AG ein Test- und Eventzentrum ein. Auf den weiteren Teilflächen des Flugplatzes wird ein Gewerbe- und Industriegebiet entwickelt. Dort wurde für ein Logistikunternehmen ein maßgeschneiderter Hallenkomplex mit mehr als 10.000 m² Lagerfläche errichtet. Auf dem übrigen Areal haben sich in der Zwischenzeit verschiedene Betriebe aus dem produzierenden Gewerbe und Freizeitbereich niedergelassen.

3.4. Landesprogramm „Wohnungskonversion“

Das Wohnungsbau-Sonderprogramm „Konversion“ leistet seit Anfang der 90er Jahre einen wichtigen Beitrag zur Minderung und Beseitigung der vielfältigen Folgen des Truppenabbaus und der Standortschließungen. Insbesondere vielen jungen Familien im Lande konnte so zu erschwinglichen Preisen zu einer Miet- oder Eigentumswohnung verholfen werden.

Das Land stellt im Wohnungsbau-Sonderprogramm „Konversion“ in den folgenden Teilprogrammen Fördermittel zur Verfügung:

a. Landeskonversionsprogramm zur Umwandlung ehemaliger Militärwohnungen in Sozialmietwohnungen

Das Programm sieht bei der Umwandlung in Mietwohnungen Landeszuschüsse in Höhe von 154 Euro bzw. 256 Euro pro m² Wohnfläche vor, je nach Einkommen des künftigen Mieters. Zusätzlich werden Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung (z.B. Errichtung eines Kinderspielplatzes) auf den im Eigentum des Antragstellers stehenden ehemals militärisch genutzten Wohnanlagen finanziell unterstützt.

b. Landeskonversionsprogramm zur Umwandlung ehemaliger Militärwohnungen in selbst genutzte Eigentumswohnungen

Das Programm sieht bei der Umwandlung in selbst genutzte Eigentumswohnungen einkommensabhängige Landeszuschüsse in Höhe von 103 Euro bzw. 256 Euro pro m² Wohnfläche vor.

Die Fördermittel aus diesen beiden Programmen kamen bisher überwiegend jungen Haushalten mit Kindern zugute. Das heißt, die Konversionspolitik leistet hier auch einen wichtigen sozial- und familienpolitischen Beitrag.

Mit den rund 86,9 Millionen Euro, die seit 1992 geflossen sind, wurden insgesamt 3.995 Wohnungen sowie 50 Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes der ehemaligen Militärsiedlungen gefördert (Investitionsvolumen 388 Mio. Euro). Im Einzelnen entfallen auf das Programm

Miete = 59,4 Mio. Euro für 2.680 Wohnungen mit 209.481 m² Wohnfläche

Eigentum = 27,5 Mio. Euro für 1.315 Wohnungen mit 123.103 m² Wohnfläche

Entscheidend für den anhaltenden Erfolg des Förderprogramms ist seine unbürokratische, flexible Struktur, die es ermöglicht, gezielt auf die regionalen und örtlichen Bedürfnisse im Land einzugehen. Die Fördermaßnahmen werden jeweils in enger Abstimmung mit den Kommunen und der Wohnungswirtschaft durchgeführt. Mit den gestaffelten Pauschalbeträgen konnten die Zielgruppen bisher effektiv erreicht werden. Vielerorts sind städtebaulich anspruchsvolle Siedlungen entstanden, die über die Region hinaus auch in Fachkreisen Beachtung gefunden haben.

Durch den Abzug der Streitkräfte und die Aufgabe von Bundeswehrstandorten werden auch in den kommenden Jahren weitere ehemalige Militärwohnungen zur Umwandlung in zivil genutzte Sozialmietwohnungen bzw. selbstgenutzte Eigentumswohnungen anstehen. Das Land wird daher den Prozess der Konversion auch mit dem Wohnungskonversions-Programm in Rheinland-Pfalz weiterhin aktiv unterstützen.

3.4.1. Standort Bad Kreuznach (ehemalige US-Wohnsiedlung)

Musikerviertel „Stadthaus Rheingaublick“
Auf dem 45 ha großen Konversionsgebiet in unmittelbarer Nähe zur Innenstadt von Bad Kreuznach entstehen drei neue Wohnquartiere sowie ein Gewerbepark. Die Bad Kreuznacher Entwicklungsgesellschaft mbH plant, entwickelt, erschließt und vermarktet das Areal.

Die Bestandsgebäude des Wohngebietes Rheingaublick stammen aus den 1950er-Jahren und wurden bis zum Abzug der amerikanischen Truppen im Jahr 2001 von den in Bad Kreuznach stationierten Soldaten und deren Familien bewohnt. Drei der Gebäudezeilen wurden von einem Immobilienunternehmen erworben und umfangreich saniert und modernisiert. Im Zuge der Umbaumaßnahmen entstanden insgesamt 56 Eigentums-



wohnungen mit drei bis fünf Zimmern. Die bereits vorher großzügig bemessenen Grundrisse wurden durch einen Windfang und einen zweiten vorgestellten Balkon auf der Gartenseite ergänzt.

Zudem wurden alle 3-Zimmer-Wohnungen im mittleren Gebäudeaufgang senioren- und behindertengerecht ausgebaut und mittels eines Aufzuges barrierefrei erschlossen.

Den Erdgeschosswohnungen ist jeweils ein von der Wohnung zugänglicher Gartenanteil von etwa 250 m² zugeordnet. Die Außenanlagen wurden neu gestaltet, wobei der eingewachsene Grün- und Baumbestand berücksichtigt wurde. Neben der Errichtung von Carports und den notwendigen Stellplätzen wurde auch eine Spiel- und Gemeinschaftsfläche angelegt.

Durch die Zuschüsse aus dem Landeskonzessionsprogramm wurde auch „Normalverdienern“ der Erwerb einer eigenen Immobilie ermöglicht.

3.4.2. Standort Birkenfeld (ehemalige US-Wohnsiedlung) „Wohnpark Am Prämiemarkt“

Die großzügig und ruhig angelegte Wohnanlage „Am Prämiemarkt“ befindet sich in der Ortslage von Birkenfeld. Das Bauwerk mit 18 Wohneinheiten ist als freistehender 3–4 geschossiger Mauerwerksbau mit Stahlbetondecken und -treppen

errichtet. Der Mittelteil, der östliche und der südliche Flügel sind unterkellert. Von beiden Treppenhäusern werden je Geschoss sternförmig jeweils drei Wohneinheiten erschlossen. Der westliche und der nördliche Flügel sind um ein halbes Geschoss (einen Treppenlauf) gegenüber den anderen höhenversetzt. Das Gebäude ist eingebettet in eine 7.644 m² große parkähnlich gestaltete Fläche mit Kinderspielplatz und einer Grillhütte.

Das Anwesen diente bis 2006 als Wohnsiedlung für Familien, die bei den umliegenden Einrichtungen der amerikanischen Streitkräfte in Baumholder und Birkenfeld beschäftigt waren. Ende der achtziger Jahre wurden Renovierungsmaßnahmen wie die Erneuerung der Fenster, Aufbringung einer Außenisolierung und ein neues Kupferdach durchgeführt.

Nach dem Erwerb durch ein Bauunternehmen im Februar 2009 wurden weitere Renovierungsarbeiten in Angriff genommen: Austausch aller Kellerfenster, komplette Umgestaltung des Treppenhauses, neue Wohnungseingangstüren und Haustüren, sowie ein neuer Außenanstrich. Durch diese Maßnahmen wurde das Objekt sehr stark aufgewertet und stellt eine Bereicherung für die Stadt Birkenfeld dar.

Mit dem Verkauf der Wohnungen konnten innerhalb von nur vier Monaten – insbesondere durch die Zuschüsse aus dem Landeskonzessionsprogramm – 15 Familien kostengünstig ihr neues Eigenheim beziehen.



4. BESCHÄFTIGUNGS- KONVERSION



Die Beschäftigungskonversion stellt einen wichtigen Bestandteil der Konversionspolitik des Landes dar. Sie dient der Abmilderung der sozialen und arbeitsmarktrelevanten Auswirkungen des Personalabbaus der Zivilbeschäftigten sowohl bei den alliierten Streitkräften als auch bei der Bundeswehr.

Im Zuge der durch das Ende des Kalten Krieges und die Auflösung des Warschauer Paktes erfolgten Veränderungen, zu denen insbesondere die 2001 begonnene Transformation der Bundeswehr sowie die seit 2006 erfolgende Neuordnung der US-Streitkräfte zählen, wurden in Rheinland-Pfalz rund 36.000 Stellen für Zivilbeschäftigte bei den US-Streitkräften, der französischen Armee, der Bundeswehr und der NATO abgebaut. Das Land Rheinland-Pfalz hat bereits 1992 auf diese Entwicklung reagiert und ein umfangreiches Konversionsprogramm aufgelegt mit dem Ziel, die Folgen des Beschäftigungsabbaus zu mildern und möglichst sozialverträglich zu gestalten. Durch die in Deutschland einzigartigen Unterstützungsleistungen des Landes in Form von Beratungs- und Qualifizierungsangeboten und die konstruktive Zusammenarbeit mit den Partnern der Beschäftigungskonversion konnten die Auswirkungen sowohl auf die betroffenen Zivilbeschäftigten als auf die betroffenen Regionen möglichst gering gehalten werden. Die zahlreiche Inanspruchnahme der Angebote des Landes Rheinland-Pfalz hat maßgeblich dazu beigetragen, dass für viele vom Personalabbau betroffene Zivilbeschäftigte die Chancen eines Beschäftigungserhalts bei den Streitkräften selbst oder einer Wiedereingliederung in den zivilen Arbeitsmarkt erheblich verbessert werden konnten.

Auch in den letzten Jahren wurden die Veränderungsprozesse im militärischen Bereich fortgesetzt mit Folgen auch für den zivilen Bereich, so dass die Fortführung der Unterstützungsleistungen der Beschäftigungskonversion im Berichtszeitraum 2012/2013 von großer Bedeutung war.

4.1. Neuausrichtung der Bundeswehr

Die Neuausrichtung bei der Bundeswehr, die voraussichtlich bis 2019 abgeschlossen sein soll, wurde im Berichtszeitraum 2012/2013 fortgesetzt und weiter konkretisiert.

Nach den am 26. Oktober 2011 festgelegten Stationierungsentscheidungen sollen deutschlandweit die Anzahl der Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten von ursprünglich 250.000 auf 185.000 zurückgeführt werden. Die Anzahl der Zivilbeschäftigten soll von 101.000 auf 55.000 Dienstposten in der Zielstruktur reduziert werden. Aufgrund von Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen entspricht die Zahl der Dienstposten etwa 59.000 Zivilbeschäftigten. Für Rheinland-Pfalz sehen die Stationierungsentscheidungen eine Reduzierung der Zahl der zivilen und militärischen Dienstposten um insgesamt 8.100 von bisher 28.700 auf künftig 20.600 vor. Fünf Bundeswehrstandorte (Bad Neuenahr-Ahrweiler, Birkenfeld, Daaden-Emmerzhausen, Kusel und Speyer) sollen komplett geschlossen werden. An weiteren vier Standorten (Diez, Mainz, Lahnstein, Zweibrücken) ist eine signifikante Reduzierung der Dienstposten vorgesehen.

2012 begann die Umsetzung der Neuausrichtung von oben nach unten. Das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) wurde mit Wirkung zum 1. April 2012 in die neue Zielstruktur überführt. Im Herbst 2012 begann die Aufstellung der militärischen Kommandobehörden und Bundesoberbehörden. Bis Ende 2013 haben ca. zwei Drittel der neuen Führungsorganisation in der Zielstruktur gearbeitet, bis Ende 2015 soll die neue Zielstruktur eingenommen sein. Die Masse der Verbände und Ämter werden bis 2016 entsprechend der vorgesehenen Zielstruktur aufgestellt sein.

Am 1. Juli 2013 wurde seitens des BMVg die Konzeption der Bundeswehr vorgelegt – Diese beschreibt, wie die Bundeswehr ihren in den Verteidigungspolitischen Richtlinien festgelegten Auftrag und ihre Aufgaben erfüllt. Nach der vorgelegten Konzeption leiten sich aus dem Auftrag, den Aufgaben und der Organisationsstruktur der Bundeswehr Personalumfang und -struktur ab. Diese

müssen nachhaltig finanzierbar und demografiefest sein. Im August 2013 ist eine AG Evaluierung zu ihrer konstituierenden Sitzung in Berlin zusammengetreten, die aus VertreterInnen des BMVg, der Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb (g.e.b.b.) und der ersten nachgeordneten Kommando- und Ämterebene besteht. Die Evaluation soll dazu dienen, Handlungsempfehlungen zur Feinjustierung der Strukturen und Prozesse zu liefern. Die Untersuchungsphase soll bis Mitte 2014 laufen und der Leitung des BMVg bis Ende 2014 vorgelegt werden.

Der 1992 erlassene Einstellungsstopp bei der Bundeswehr wurde nach einer Lockerung im April 2013 am 15. Oktober 2013 vollständig aufgehoben. Nach Berücksichtigung verschiedener Faktoren, wie z. B. der vorrangigen Unterbringung von Überhangpersonal, können somit freie, besetzbare und struktursichere Stellen mit Beamten und Angestellten besetzt werden.

a) Aktueller Stand der Umsetzung

Von den fünf Standorten, die nach dem Stationierungsentscheid von 2011 aufgelöst werden sollten sind Bad Neuenahr (2013), Birkenfeld (2013) und Emmerzhausen-Daaden (2013) bereits geschlossen bzw. die Einheiten abgezogen. Allerdings werden an den meisten Standorten noch Rückbau und Abbaumaßnahmen vorgenommen, bevor diese an die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) übergeben werden. Dadurch ergeben sich noch vereinzelte Beschäftigungspotentiale für militärisches wie ziviles Personal.

Insgesamt ist die Auflösung der Standorte bisher ohne allzu gravierende Personalreduzierungen /-freisetzungen erfolgt. Dies beruht primär auf den Regelungen des Tarifvertrages über sozialverträgliche Begleitmaßnahmen im Zusammenhang mit der Umgestaltung der Bundeswehr (TV UmBw), wonach bis zum 31. Dezember 2017 betriebsbedingte Kündigungen bei der Bundeswehr ausgeschlossen sind. Dementsprechend wurden den an den Schließungsstandorten beschäftigten Zivilbeschäftigten Dienstposten an anderen Bundeswehrstandorten zugewiesen, wo sie jedoch

zum Teil außerhalb des Stellenplans als Überhangpersonal geführt werden. Zudem nahmen nach Bekanntwerden der Stationierungsentscheidungen viele Zivilbeschäftigte die Härtefallregelung nach § 11 TV UmBw in Anspruch, welche eine bezahlte Freistellung (80 % des bisherigen Einkommens) bis zum Erreichen des Renteneintrittsalters vorsieht. Hierdurch wurden die Beschäftigungsfolgen der Umstrukturierung weiter abgemildert.

b) Weitere Standortveränderungen mit Auswirkungen auf Zivilbeschäftigte

Am Standort Diez wurde seit 2012 die Zahl der Zivilbeschäftigten um 57, weitestgehend unter Inanspruchnahme der Regelungen des TV UmBw, verringert. Bis Mitte 2014 sollen in Diez noch ca. 30 Zivilbeschäftigte tätig sein.

Die Zahl der beim Bundeswehr-Dienstleistungszentrum in Mainz, welches bis Ende 2015 geschlossen werden soll, angestellten Zivilbeschäftigten hat sich seit 2012 von 179, ebenfalls weitestgehend unter Inanspruchnahme der Regelungen des TV UmBw, bis zum Jahresende 2013 auf etwa 40 bis 50 Zivilbeschäftigte reduziert.

An den Standorten Bad Bergzabern, Germersheim, Kastellaun, Peterswald-Löffelscheid, Trier und Ulmen konnten die Umstrukturierungen ohne die Entlassung von Zivilbeschäftigten realisiert werden. Am Standort Idar-Oberstein sind bis 2017 keine Dienstpostenänderungen geplant. Durch das Auslaufen befristeter Arbeitsverträge kam es im Berichtszeitraum am Standort Büchel immer wieder zu Personalwechseln, wobei seit der Aufhebung des Einstellungsstopps im April 2013 vermehrt Entfristungen von Arbeitsverträgen erfolgt sind.

4.2. Neuordnung der US-Streitkräfte in Europa

a) Haushalt USA

Die US-Streitkräfte befinden sich derzeit in einem weltweiten Transformationsprozess, im Rahmen dessen die militärischen Einheiten und Dienststellen an die neuen Vorgaben des US-Verteidigungsmit-

nisteriums angepasst werden. Hintergrund sind die haushaltspolitischen Sparzwänge, die es erfordern, organisatorische strukturelle Veränderungen zu prüfen und vorzunehmen. Zu Beginn des Jahres 2012 wurde in Washington die neue Militärstrategie 2020 vorgestellt. Demnach soll die Präsenz der US-Streitkräfte in Europa drastisch reduziert werden, um kleiner, zeitgleich aber flexibler zu werden.

Im August 2013 gab US-Verteidigungsminister Hagel bekannt, dass das US-Militär in den nächsten zehn Jahren 500 Milliarden Dollar weniger zur Verfügung haben werde. Diese Einsparungen könnten jedoch nur vorgenommen werden, wenn auch Personalkosten reduziert würden. Von der amerikanischen Öffentlichkeit geht insoweit ein enormer Druck aus, bei Einsparungsmaßnahmen vorrangig die Überseestandorte zu berücksichtigen.

b) Standortveränderungen

In den kommenden zwei bis drei Jahren ist daher zu befürchten, dass auch Dienststellen der US-Streitkräfte ebenso wie Vertragsfirmen, die in erheblichen Maße von Aufträgen der Streitkräfte abhängen, Zivilpersonal abbauen werden. Daten zu der Anzahl der betroffenen Arbeitsplätze lagen zum Ende des Berichtszeitraums noch nicht vor. Mit der Bekanntgabe der geplanten Strukturen und Zahlen durch das US-Verteidigungsministerium wird für das Jahr 2014 gerechnet. Auszugehen ist davon, dass die Grundstruktur der KMC (Kaiserslautern Military Community) mit Ramstein (AirBase), Landstuhl (Hospital), Miesau (Munition) und Kaiserslautern (Versorgung) erhalten bleibt. Dennoch ist zu befürchten, dass mehrere hundert Stellen für Zivilbeschäftigte in Rheinland-Pfalz entfallen könnten.

c) Umgesetzte oder geplante Standort- und Dienststellenschließungen

Die Garnisonen U.S. Army Kaiserslautern und Baden-Württemberg wurden im Zuge der Neuordnung der Streitkräfte in Europa am 01. Oktober 2013 zur U.S. Army Garrison Rheinland-Pfalz (USAG Rheinland-Pfalz) zusammengelegt.

Da an den Standorten Mannheim und Heidelberg viele Zivilbeschäftigte tätig waren, die in Rheinland-Pfalz ihren Wohnsitz haben, hat die rheinland-pfälzische Landesregierung auch hier ihre Unterstützung in Form von Beratungsbüros vor Ort angeboten.

Außerdem gab die US-Army im Jahr 2012 bekannt, dass das U.S. Army Medical Material Center Europe (USAMMCE) von Pirmasens nach Kaiserslautern verlegt werden soll. Die geplante Verlegung war allerdings bis Ende 2013 noch immer ungewiss. Die Dienststelle der Maintenance Activity Pirmasens (MAP) hingegen wurde zum 01. Dezember 2012 geschlossen.

Weiterhin wurde in Germersheim die Schließung des 6966th Transportation Truck Terminal (TTT) zum 30. September 2013 vollzogen.

Am Standort Kaiserslautern fand im Jahr 2012 insgesamt ein geringer Personalabbau statt. Seit Oktober 2012 ist indes bekannt, dass beim Theater Logistics Support Center – Europe (TLSC-E) eine Anpassung der vorhandenen Kapazität innerhalb der Dienststelle vorgenommen werden muss und somit mit einem Stellenabbau im zivilen Bereich zu rechnen ist. Im Jahr 2013 wurde eine entsprechende bereits angekündigte Personalanpassung beim TLSC-E in Kaiserslautern zurückgezogen. Daher ist davon auszugehen, dass diese Stellenanpassungen in den Jahren 2014/2015 erfolgen werden.

Im Maintenance Activity Kaiserslautern (MAK) wurde hinsichtlich der Entscheidung des US-Militärs aufgrund der verminderten Einsätze in Afghanistan das Projekt „left behind equipment“ (LBE) nicht verlängert. Durch diese Entscheidung verloren 71 projektbezogen befristet eingestellte Zivilbeschäftigte im September 2012 ihren Arbeitsplatz.

Auch am Standort Baumholder gab es durch den Abzug der 170. Infanteriebrigade 2012 weitreichende Umstrukturierungen. Dabei verlor der Standort 2.000 Soldaten und Soldatinnen. Daher ist davon auszugehen, dass auch Anpassungen im zivilen Bereich nachfolgen werden. Bis zum Ende

des Berichtszeitraums war noch nicht klar, in welchem Umfang eine Stellenanpassung beim Zivilpersonal erfolgen wird.

Von den Umstrukturierungen bei den US-Streitkräften sind nicht nur die Zivilbeschäftigten betroffen, die direkt bei den Streitkräften beschäftigt sind. Auch die Angestellten des zivilen Dienstleistungsunternehmens EXELIS Federal Services GmbH in Kaiserslautern waren im Berichtszeitraum von den Haushaltskürzungen der US-Streitkräfte betroffen. Die Arbeitsverträge von 50 befristet Beschäftigten konnten nicht verlängert werden und gegenüber 130 Festangestellten musste das Unternehmen eine Kündigung aussprechen.

4.3. Unterstützungsleistungen der Landesregierung

a) Fortführung der Unterstützungsleistungen im Rahmen des Konversionsprogramms der Beschäftigungskonversion

Die Unterstützung der konversionsbetroffenen Zivilbeschäftigten stellt einen wichtigen Baustein der rheinland-pfälzischen Landespolitik dar. Auch bei sich wandelnden Voraussetzungen und dementsprechend vorzunehmenden Maßnahmenzuschnitten besteht die zentrale Aufgabe der Beschäftigungskonversion weiterhin darin,

- für unmittelbar und mittelbar vom Truppenabbau betroffene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der US-Streitkräfte und Bundeswehr bestehende Arbeitsplätze zu sichern,
- neue berufliche Perspektiven zu eröffnen,
- bestehende Kenntnisse und Fähigkeiten auszubauen und für Tätigkeiten im Zivilbereich nutzbar zu machen,
- weiterführende Qualifikationen im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit am zivilen Arbeitsmarkt zu erwerben und
- neue vom Militär unabhängige Arbeitsplätze zu schaffen.

In diesem Kontext wurde im Berichtszeitraum 2012/2013 das bewährte Maßnahmenpaket für von Kündigung betroffene oder bedrohte Zivilbe-

schäftigte unter Mithilfe der direkt oder indirekt beteiligten Institutionen, Organisationen und Gremien als Partner des rheinland-pfälzischen Konversionsprogramms fortgeführt. Dieses beinhaltet

- die individuelle Beratung vor Ort im Hinblick auf die Feststellung des aktuellen Qualifikationsstandes sowie die Eruierung beruflicher Perspektiven sowie
- verschiedene Qualifizierungsprogramme für Zivilbeschäftigte zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit am Arbeitsmarkt oder einer Weiterbeschäftigung im Rahmen der Bundeswehr bzw. der Streitkräfte.

Die Beratungsangebote wurden im Berichtszeitraum 2012/2013 wie in den Vorjahren von einem seitens des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie beauftragten Beratungsunternehmen durchgeführt. Dabei werden die Unterstützungsleistungen für Zivilbeschäftigte der Bundeswehr und der US-Streitkräfte über verschiedene Standorte, die je nach Bedarf vor Ort eingerichtet und wieder aufgelöst werden, angeboten. In den Jahren 2012 und 2013 wurden Beratungsbüros in Baumholder, Kaiserslautern, Koblenz, Mainz sowie Mannheim/Heidelberg bereitgestellt. Durch die Beratungsbüros vor Ort ist gewährleistet, dass landesweit alle militärischen Liegenschaften im regionalen Kontext zugeordnet werden können und Ratsuchende feste, akzeptierte und erreichbare Anlaufpunkte vorfinden. Ende des Jahres 2013 wurde die Struktur der Büros entsprechend den geänderten Anforderungen auf drei Beratungsbüros und zwar in Baumholder, Kaiserslautern und Koblenz umgestellt.

Auch in den beiden Jahren 2012 und 2013 wurden die speziell für die von Kündigung bedrohten oder betroffenen Zivilbeschäftigten der Bundeswehr bzw. der US-Streitkräfte entwickelten Konzepte durch das Beratungsunternehmen erfolgreich umgesetzt. Das Angebot umfasst eine Vielzahl von Unterstützungsleistungen im Vorfeld und während des Bewerbungsverfahrens, angefangen von der Analyse der Ist-Situation, dem Abgleich mit den Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt, der Recherche von freien Stellen (Zeitungannoncen, Internetrecherche, Akquise bei regionalen

Unternehmen) bis hin zu Hilfestellungen im Bewerbungsverfahren (Verfassen von Lebensläufen, Bewerbungsanschreiben, Analyse der Arbeitszeugnisse).

Die individuellen Beratungsleistungen an den Standorten vor Ort in den Kasernen wurden im Berichtszeitraum 2012/2013 gegenüber dem vorhergehenden Berichtszeitraum, insbesondere auch von befristet Beschäftigten der Bundeswehr, verstärkt nachgefragt. Im Berichtszeitraum 2012 und 2013 nahmen 488 Beschäftigte das Beratungsangebot erstmals in Anspruch, 59 mehr als im Vergleichszeitraum 2010/2011. Mehreren tausend Beschäftigten wurde das Beratungs- und Qualifizierungsangebot auf insgesamt 56 Personal- und Informationsveranstaltungen vorgestellt.

Des Weiteren fanden sechs Gruppenveranstaltungen mit durchschnittlich 15 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu zielgruppenspezifischen Themen, wie z. B. die Vorbereitung auf ein Vorstellungsgespräch oder das Zusammenstellen einer Bewerbungsmappe, statt (2010/2011 waren es vier Gruppenschulungen mit durchschnittlich 13 Teilnehmerinnen und Teilnehmern).

Durch aktive Arbeitsvermittlung konnte etwa 70 Beschäftigten ein neuer Arbeitsplatz innerhalb des militärischen Arbeitgebers, auf dem regionalen privaten Arbeitsmarkt oder im öffentlichen Dienst vermittelt werden.

b) Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote für Zivilbeschäftigte zum Erhalt der Beschäftigungsmöglichkeit innerhalb der Streitkräfte und zur Verbesserung der Chancen auf dem zivilen Arbeitsmarkt

Neben der individuellen Beratung der Zivilbeschäftigten in Fragen der beruflichen Orientierung, die in den Beratungsbüros durchgeführt wird, stellten auch im Berichtszeitraum 2012/2013 die durch die seitens der Landesregierung eingesetzten Projektpartner angebotenen Qualifizierungsmaßnahmen einen wesentlichen Bereich der Unterstützungsleistungen des Landes dar.

Zur Erreichung des Zieles der Sicherung bestehender Arbeitsplätze zielen die Weiterbildungsmaßnahmen darauf ab, die Einsatzmöglichkeiten der Zivilbeschäftigten innerhalb der US-Streitkräfte zu verbessern und diese ggf. für frei werdende Positionen zu qualifizieren. Dieser Bereich spielt insbesondere bei den stattfindenden Umstrukturierungsmaßnahmen der US-Streitkräfte eine immer größere Rolle. Auch möglichen Privatisierungen von Arbeitsbereichen kann somit effektiv vorgebeugt werden.

Um den Zivilbeschäftigten, für die eine Weiterbeschäftigung bei der Bundeswehr oder den US-Streitkräften ausscheidet, die Wiedereingliederung in den deutschen Arbeitsmarkt zu erleichtern und neue Perspektiven aufzuzeigen, greift das Programm der Beschäftigungskonversion maßgeblich auf Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote zurück. Aufgrund der oft sehr militärischen Ausrichtung der Tätigkeiten müssen die Kenntnisse der Zivilbeschäftigten zum Teil für den zivilen Arbeitsmarkt aufgefrischt werden. Hier leisten exakt abgestimmte Qualifikationsangebote einen wesentlichen Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit der Zivilbeschäftigten auf dem deutschen Arbeitsmarkt.

Die seit 1992 bestehenden intensiven Unterstützungsleistungen der Landesregierung im Bereich der Beschäftigungskonversion erfordern eine stetige Anpassung an sich ändernde Rahmenbedingungen. Unter Berücksichtigung der aktuellen Bedarfslage und des Umfangs vorhandener Haushaltsmittel wurde das Gesamtkonzept analysiert und strukturell neu ausgerichtet.

Sehr kosten- und zeitintensive Einzelqualifizierungsmaßnahmen wie z. B. Studiengänge und Meisterausbildungen wurden ab Juni 2012 zurückgefahren. Die hierdurch zur Verfügung stehenden Mittel wurden genutzt, um das Qualifizierungsangebot einer breiteren Basis zur Verfügung stellen zu können und damit möglichst vielen von Stellenabbau betroffenen oder bedrohten Zivilbeschäftigten die Möglichkeit der Inanspruchnahme einer Qualifizierungsmaßnahme zu ermöglichen. Vor diesem Hintergrund wurde der Anteil der Gruppenqualifizierungsmaßnahmen gegenüber

den Einzelqualifizierungsmaßnahmen erhöht. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen und wird in den kommenden Jahren fortgeführt.

2012 befanden sich 33 Zivilbeschäftigte in einer Meisterausbildung, fünf Personen wurden für ein Studium angemeldet, 2013 waren es noch neun Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die in den Bereichen Kraftfahrzeug, Elektrotechnik, Straßenbau, Maurer, Informationstechniker einen Meistervorbereitungskurs besuchten.

Die Qualifikationsmaßnahmen wurden durch den jeweiligen militärischen Arbeitgeber und / oder die Betroffenen selbst sowie durch Bezuschussung aus Landesmitteln finanziert.

Insgesamt nahmen im Berichtszeitraum 2012/2013 1.929 Teilnehmerinnen und Teilnehmer angebotene Qualifizierungsmaßnahmen wahr. Davon nutzten 395 Zivilbeschäftigte die Qualifikations- und Weiterbildungslehrgänge im handwerklichen/technischen Bereich. Dabei lagen die Schwerpunkte in den Bereichen Meisterausbildungen (Kfz, Elektrotechnik, Straßenbau, Maurer, Informationstechniker), Gebäudeenergieberater, Bau- und Kfz-Gutachter, Führerscheine Klasse C/CE oder D. Zu den häufig angemeldeten Kursen im kaufmännischen und verwaltungstechnischen Bereich gehörten Wirtschaftsfachwirte, Betriebswirte (HWK und IHK), Handelsfachwirte, Bilanzbuchhalter und Fremdsprachenkorrespondenten.

1.534 Teilnehmerinnen und Teilnehmer nutzten Angebote nach dem Bildungsfreistellungsgesetz und nahmen im Berichtszeitraum 2012 / 2013 an 82 Qualifizierungsseminaren mit 2.870 Unterrichtsstunden teil. Hier lagen auch in den Jahren 2012 und 2013 die inhaltlichen Schwerpunkte der Kurse und Seminare im Bereich Handwerk-Technik, Sprachen und EDV. Neben den im Rahmen der Kurse neu erworbenen Fähigkeiten leisten insbesondere die erhaltenen Teilnahme-Zertifikate einen wichtigen Beitrag das Qualifikationsprofil der Betroffenen für den zivilen Arbeitsmarkt in allgemein anerkannter Weise zu dokumentieren. Darüber hinaus wurden insbesondere auch Personalräte und Betriebsvertretungen professionell unterstützt, beraten und qualifiziert, um sie zu

befähigen, die strukturellen Veränderungsprozesse kompetent zu begleiten.

Die Landesregierung förderte weiterhin das Projekt zur Ausbildung zum Werkfeuerwehrmann. Auch im Berichtszeitraum 2012/2013 nahmen Zivilbeschäftigte an der aus Landesmitteln bezuschussten Ausbildung teil. In zwei Maßnahmen wurden insgesamt neun Beschäftigte nach den Richtlinien des Landesfeuerwehrverbandes Rheinland-Pfalz geschult.

Ein Projekt zur Förderung von beruflicher Erstausbildung im TLSC-E, bei dem Jugendliche eine Ausbildung z. B. zum Kraftfahrzeugmechaniker/-mechatroniker absolvieren konnten, lief 2012 aus.

4.4 Fallbeispiele

Beispiel 1

Ein seit mehreren Jahren bei den US-Streitkräften befristet beschäftigter Kfz-Mechaniker suchte Unterstützung und Beratung bei dem von der Landesregierung beauftragten Beratungsunternehmen. Aufgrund der seitens des Beratungsunternehmens durchgeführten Analyse des Kenntnis- und Erfahrungsstands sowie Abgleichs mit den Anforderungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt, absolvierte der Kfz-Mechaniker eine Qualifizierungsmaßnahme zum Servicetechniker. Weiterhin wurde der Zivilbeschäftigte bei der Erstellung seiner Bewerbungsunterlagen und der Stellenrecherche unterstützt. Durch diese Maßnahmen wurden die Voraussetzungen geschaffen, dass der Zivilbeschäftigte sich mit Erfolg auf einen neuen Arbeitsplatz in einem Autohaus bewerben konnte.

Beispiel 2

Ein Mitarbeiter mit befristetem Arbeitsvertrag bei der Bundeswehr in Idar-Oberstein (Jahrgang 1958) hat an zwei im Rahmen der Beschäftigungskonversion geförderten Englischkursen (Grund- und Aufbaukurs) teilgenommen und die fünf Module der Berufskraftfahrerweiterbildung erfolgreich absolviert. Mit diesen Qualifizierungsnachweisen hat er sich nach Auslaufen seines Zeitvertrags

erfolgreich beworben und arbeitet jetzt mit einer Vollzeitstelle bei einem Unternehmen der IT- und Logistik-Branche.

Beispiel 3

Zwei Zivilbeschäftigten konnte durch die Teilnahme an der im Rahmen der Beschäftigungskonversion geförderten Berufskraftfahrerweiterbildung der Übergang in die Altersteilzeit erleichtert werden: Der Erwerb des Zertifikates ermöglichte den beiden Zivilbeschäftigten den Abschluss eines Arbeitsvertrag als Berufskraftfahrer auf 450 EUR-Basis. Durch diesen Zuverdienst sind sie finanziell abgesichert und können sich das vorzeitige Ausscheiden trotz der Abzüge „leisten“. Damit machen sie ihre Arbeitsplätze bei der Bundeswehr frei für jüngere Kolleginnen und Kollegen.



5. STATISTIK

25.14 65.748
12.671 88.128
42.471
12.754
74.102 29.238
255.469

Bericht der Landesregierung über die Umsetzung des Konversionsprogramms zur Bewältigung der Folgen der Abrüstung in den Jahren 2012 und 2013 - Statistikteil

Gesamtvolumen

Im Jahr 2012 wurden im Rahmen von 58 Projekten für Konversionsmaßnahmen Landesmittel in Höhe von knapp über 30 Mio. Euro verwendet. Das mit den Bewilligungen geförderte Investitionsvolumen betrug 41,7 Mio. Euro. Im Jahr 2013 wurden 56 Projekte mit 33,9 Mio. Euro gefördert. Das gesamte Investitionsvolumen der Projekte lag bei knapp 45,3 Mio. Euro.

Auf der Grundlage der von den Ressorts übermittelten Angaben geben die beigefügten Anlagen 1/2012 und 1/2013 einen zusammenfassenden Überblick über die Maßnahmenschwerpunkte, die Haushaltsansätze, die Bewilligungen und das damit geförderte Investitionsvolumen bzw. die Gesamtkosten jeweils für die Jahre 2012 und 2013. Die Übersicht – geordnet nach Regionen und Landkreisen – ergibt sich aus den Anlagen 2/2012 und 2/2013 sowie – sortiert nach der Rangfolge der Bewilligungen – aus den Anlagen 3/2012 und 3/2013. Eine Aufteilung nach Regionen und Ressorts wird in den Anlagen 4/2012 und 4/2013 dargestellt.

Legt man das Jahr 1992 als Beginn der Konversion zu Grunde, wurden seitdem knapp über 1,78 Mrd. Euro für Konversionsprojekte bewilligt. Die genaue Entwicklung ist in der folgenden Tabelle dargestellt.

Zeitraum	Bewilligungen (in Tsd. Euro)	Zeitraum	Bewilligungen (in Tsd. Euro)
1992/1993	166.681	004	51.950
1994/1995	273.998	2005	49.820
1996	130.834	2006	56.900
1997	116.166	2007	54.400
1998	96.160	2008	59.750
1999	132.372	2009	72.940
2000	101.693	2010	28.043
2001	104.680	2011	38.123
2002	99.641	2012	30.077
2003	82.955	2013	33.868
		gesamt	1.781.051

Zählt man weitere Mittel aus anderen Programmen hinzu, die in früheren Jahren zusätzlich in von Konversion betroffene Standorte geflossen sind, wurden im Gesamtzeitraum sogar ca. 2,1 Mrd. Euro bewilligt.

Zu den von der Konversion besonders betroffenen Gebieten mit der höchsten Konzentration militärischer Einrichtungen gehören die Westpfalz, der Landkreis Birkenfeld, der Rhein-Hunsrück-Kreis sowie die Regionen Trier-Saarburg und Vorpfalz. Hier lag in den Jahren 2012 und 2013 der Schwerpunkt der Landesförderung zur Bewältigung der Konversion. Eine detaillierte Übersicht der regionalen Förderverteilung ist in den Anlagen 3/2012 und 3/2013 abgebildet.

Mit dem Konversionsprogramm hat die rheinland-pfälzische Landesregierung frühzeitig eine weitreichende Kompensation des Truppenabbaus eingeleitet und die Struktur- und Arbeitsmarktpolitik tief-

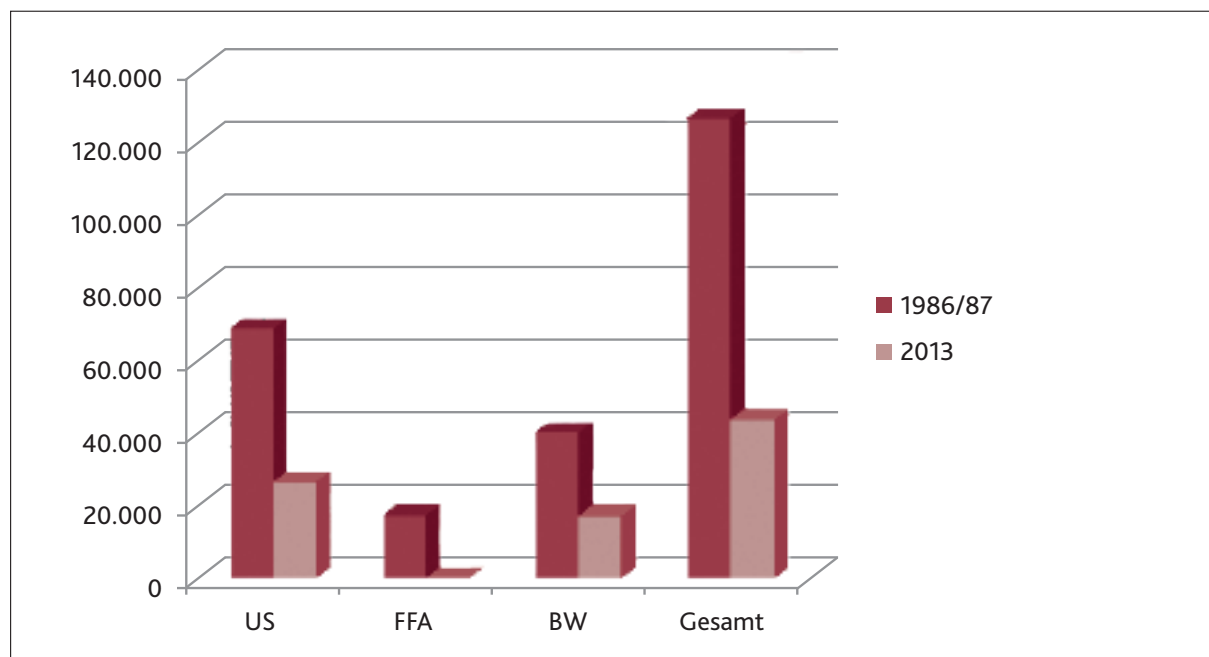
greifend umgestaltet. Nicht selten konnten über Konversionsprojekte mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, als während der früheren militärischen Nutzung an diesen Standorten existierten. Aus den Projektbeiträgen des Berichts ist eine positive Entwicklung der Beschäftigungszahlen ersichtlich. Insbesondere an den strukturpolitisch bedeutsamen Großprojekten konnte die geschaffene Anzahl der Arbeitsplätze auf hohem Niveau stabilisiert, teilweise sogar weiter erhöht werden.

Die aktuellen Zahlen über den Stellenabbau bei den Soldaten und den Zivilbeschäftigten ergeben sich aus den folgenden Tabellen und Diagrammen, wobei als Vergleichsgrundlage die Zahlen von 1986/87 herangezogen werden, dem Zeitraum der größten Truppenpräsenz in Rheinland-Pfalz:

a) Soldaten:

Soldaten	Stand 1986/87	Stand 2013	Abbau gesamt (bezogen auf 2013)	Abbau in Prozent (bezogen auf 2013)
US-Streitkräfte	69.000	26.663	42.337	61,36
Frz. Streitkräfte	17.300	0	17.300	100,00
Bundeswehr	40.500	17.204	23.296	57,52
Insgesamt:	126.800	43.867	82.933	65,40

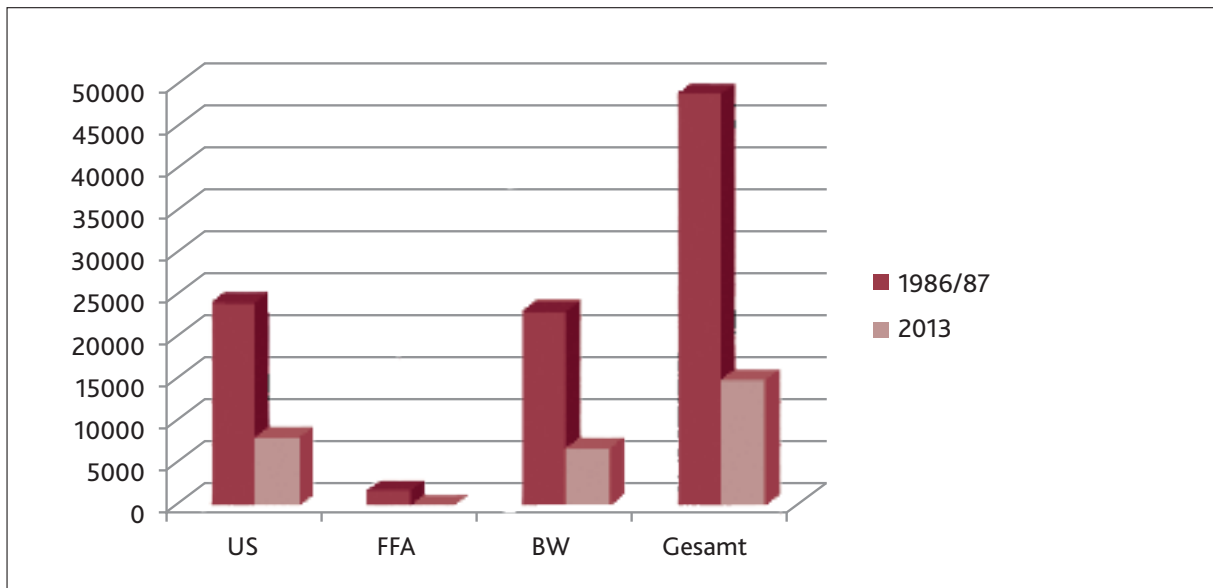
Soldaten in Rheinland-Pfalz: Truppenabbau



b) Zivilbeschäftigte:

Zivilbeschäftigte	Stand 1986/87	Stand 2013	Abbau gesamt (bezogen auf 2013)	Abbau in Prozent (bezogen auf 2013)
US-Streitkräfte	24.000	8.091	15.909	66,29
Frz. Streitkräfte	1.800	0	1.800	100,00
Bundeswehr	23.000	6.854	16.146	70,20
Insgesamt:	48.800	17.663	33.855	69,38

Zivilbeschäftigte bei den Streitkräften



Seit 1986/87 wurde n demnach bis Ende 2013

- ❑ 82.933 militärische Dienstposten sowie
- ❑ 33.855 zivile Arbeitsplätze bei den Streitkräften abgebaut.

Insgesamt hat Rheinland-Pfalz durch den Truppenabbau einen unmittelbaren Verlust von mehr als 116.788 militärischen und zivilen Stellen zu verkraften. Hinzu kommen noch mindestens 50.000 mittelbar betroffene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus anderen Wirtschaftsbereichen. Die Entwicklung des Truppen- und Stellenabbaus über die einzelnen Jahre ergibt sich aus der Anlage 5.

Bis Ende 2013 wurden in Rheinland-Pfalz 679 militärische Liegenschaften mit insgesamt 13.778 ha von der Bundeswehr und den alliierten Streitkräften zur Freigabe angekündigt bzw. freigegeben. Die Freigabeentwicklung im Einzelnen ergibt sich aus der Anlage 6.

Die Anlage 7 gibt einen Überblick über die regionale Gliederung der Konversionsflächen in Rheinland-Pfalz.

Konversion 2012 Auswertung nach Einzelplänen

Anlage 1

Ressort	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung (Kurzfassung)	Ansatz 2012 (in Tsd. €)	bewilligt 2012 (in Tsd. €)	damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten (in Tsd. €)	Anzahl der Projekte
Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung	08 75	526 02	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	130	130	169	3
Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung	08 75	686 31	Zuwendungen zur Förderung organisatorischer Maßnahmen	100	100	130	4
Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung	08 75	892 02	Zuschüsse zur Umwandlung militärischer Liegenschaften	2.500	1.500	1.875	4
			Summe:	2.730	1.730	2.174	11

Ressort	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung (Kurzfassung)	Ansatz 2012 (in Tsd. €)	bewilligt 2012 (in Tsd. €)	damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten (in Tsd. €)	Anzahl der Projekte
Ministerium der Finanzen	12 75	893 01	Zuschüsse zur Umwandlung ehemaliger Militärowohnungen in Sozialwohnungen und selbstgenutzte Eigentumswohnungen sowie für Wohnumfeldverbesserungen	1.000	706	3.052	3
			Summe:	1.000	706	3.052	3

Ressort	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung (Kurzfassung)	Ansatz 2012 (in Tsd. €)	bewilligt 2012 (in Tsd. €)	damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten (in Tsd. €)	Anzahl der Projekte
Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten	14 75	541 01	Kosten für Naturschutzmaßnahmen	5	6		4
Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten	14 75	883 51	Zuweisungen zur Förderung von Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	2.400	3.692	7.081	2
			Summe:	2.405	3.698	7.081	6

Ressort	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung (Kurzfassung)	Ansatz 2012 (in Tsd. €)	bewilligt 2012 (in Tsd. €)	damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten (in Tsd. €)	Anzahl der Projekte
Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur	03 75	526 02	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	415	447	447	2
Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur	03 75	54716	Sachaufwand für die Durchführung von Maßnahmen im Rahmen der Konversion	291	250	250	2
Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur	03 75	683 01	Defizitausgleich für Gesellschaften unter Beteiligung des Landes	2.736	2.918	2.918	2
Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur	03 75	686 31	Zuwendungen zur Förderung organisatorischer Maßnahmen	2.453	3.530	4.412	4
Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur	03 75	892 02	Zuschüsse zur Umwandlung militärischer Liegenschaften	3.196	671	839	4
Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur	20 06	68415	Zuweisungen des Landes an Institutionen	1.797	69	69	1
Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur	20 06	883 08	Zuwendungen aus dem Investitionsstock	90*	90	148	1
Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur	20 06	883 15					
Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur	20 06	883 17	Zuweisungen zu Förderungen des Städtebaus	14.609*	14.609	18.906	16
			Summe:	25.587	22.584	27.989	32

* Anteil für Konversionsmaßnahmen

Ressort	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung (Kurzfassung)	Ansatz 2012 (in Tsd. €)	bewilligt 2012 (in Tsd. €)	damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten (in Tsd. €)	Anzahl der Projekte
Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie	06 75	684 22	Ausbildungsprogramm Maintenance Activity Kaiserslautern MAK, TLSC-E (1.LJ 10/11) Theater Logistics Support Center - Europe	112	112	141	1
Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie	06 75	684 22	Ausbildungsprogramm Maintenance Activity Kaiserslautern MAK, TLSC-E (4.LJ 10/11) Theater Logistics Support Center - Europe	19	19	27	1
Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie	06 75	684 22	Ausbildung von Zivilbeschäftigten zu Hauptberuflichen Werkfeuerwehrloten gemäß der Werkfeuerwehrverordnung des Landes Rheinland-Pfalz (8/11-01/13), GBI - Gesellschaft für Beschäftigungsentwicklung, Qualifizierung und Integration mbH	92	92	92	1
Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie	06 75	684 22	Konversionsprojekt zur Qualifizierung von Zivilbeschäftigten 2012, Arbeit & Leben gGmbH Gesellschaft für Beratung und Bildung	251	251	272	1
Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie	06 75	684 22	Koordination von Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen im Rahmen der Beschäftigungskonversion in Rheinland-Pfalz, pebb GmbH	248	248	248	1
Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie	0675	684 22	Unterstützungsleistungen in der Beschäftigungskonversion in RLP mit den Instrumenten Outplacement-Beratung, Bildungsmanagement, Placement und arbeitsmarktpolitische Stellungnahmen pebb GmbH	637	637	637	1
			Summe:	1.359	1.359	1.417	6

Konversion 2013 Auswertung nach Einzelplänen

Anlage 1

Ressort	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung (Kurzfassung)	Ansatz 2013 (in Tsd. €)	bewilligt 2013 (in Tsd. €)	damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten (in Tsd. €)	Anzahl der Projekte
Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landespflege	08 75	526 02	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	130	110	143	4
Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landespflege	08 75	686 31	Zuwendungen zur Förderung organisatorischer Maßnahmen	240	240	300	6
Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landespflege	08 75	892 02	Zuschüsse zur Umwandlung militärischer Liegenschaften	5.000	2.300	4.950	6
			Summe:	5.370	2.650	5.393	16

Ressort	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung (Kurzfassung)	Ansatz 2013 (in Tsd. €)	bewilligt 2013 (in Tsd. €)	damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten (in Tsd. €)	Anzahl der Projekte
Ministerium der Finanzen	12 75	893 01	Zuschüsse zur Umwandlung ehemaliger Militärwohnungen in Sozialwohnungen und selbstgenutzte Eigentumswohnungen sowie für Wohnumfeldverbesserungen	1.000	452	281	2
			Summe:	1.000	452	281	2

Ressort	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung (Kurzfassung)	Ansatz 2013 (in Tsd. €)	bewilligt 2013 (in Tsd. €)	damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten (in Tsd. €)	Anzahl der Projekte
Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten	14 75	541 01	Kosten für Naturschutzmaßnahmen	15	19		3
Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten	14 75	883 51	Zuweisungen zur Förderung von Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	2.400	2.400	3.958	2
			Summe:	2.415	2.419	3.958	5

Ressort	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung (Kurzfassung)	Ansatz 2013 (in Tsd. €)	bewilligt 2013 (in Tsd. €)	damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten (in Tsd. €)	Anzahl der Projekte
Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur	03 75	526 02	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	415**	3.382	3.382	3
Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur	03 75	547 16	Sachaufwand für die Durchführung von Maßnahmen im Rahmen der Konversion	296	225	225	1
Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur	03 75	683 01	Defizitausgleich für Gesellschaften unter Beteiligung des Landes	2.736	550	550	1
Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur	03 75	686 31	Zuwendungen zur Förderung organisatorischer Maßnahmen	2.253	4.227	5.284	3
Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur	03 75	892 02	Zuschüsse zur Umwandlung militärischer Liegenschaften	2.750			
Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur	20 06	68415	Zuweisungen des Landes an Institutionen	12.417	118	118	1
Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur	20 06	883 08	Zuwendungen aus dem Investitionsstock	2.459*	2.459	4.096	1
Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur	20 06	883 15 883 17	Zuweisungen zur Förderung des Städtebaus	16.182*	16.182	20.773	19
			Summe:	39.508	27.143	34.430	29

*Anteil für Konversionsmaßnahmen

** Die durch den Nachtragshaushalt bewilligten Mittel zur Stabilisierung der FFHG bis zur Neuaussichtung - insbesondere
Gesellschafterdarlehen - sind nicht berücksichtigt

Ressort	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung (Kurzfassung)	Ansatz 2013 (in Tsd. €)	bewilligt 2013 (in Tsd. €)	damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten (in Tsd. €)	Anzahl der Projekte
Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie	06 75	684 22	Ausbildung von Zivilbeschäftigten zu Hauptberuflichen Werkfeuerwehren gemäß der Werkfeuerwehrrverordnung des Landes Rheinland-Pfalz (8/11-01/13), GBI - Gesellschaft für Beschäftigungsentwicklung, Qualifizierung und Integration mbH	2	2	2	1
Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie	06 75	684 22	Konversionsprojekt zur Qualifizierung von Zivilbeschäftigten 2013, Arbeit & Leben gGmbH Gesellschaft für Beratung und Bildung	319	319	358	1
Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie	06 75	684 22	Koordination von Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen im Rahmen der Beschäftigungskonversion in Rheinland-Pfalz, pebb GmbH	200	200	200	1
Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie	06 75	684 22	Vertrag für die Dienstleistung im Rahmen der Beschäftigungskonversion in RLP zu Gunsten der Zivilbeschäftigten bei den Stationierungsstreitkräften und der Bundeswehr, pebb GmbH	683	683	683	1
			Summe:	1.204	1.204	1.243	4

Auswertung nach Kreisen 2012
(Rangfolge nach Bewilligungen)

Anlage 3/2012

Regionen/Kreise	Bewilligungen 2012 (in Tsd. €)		damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten (in Tsd. €)		Anzahl der Projekte
	(in Tsd. €)	(in %)	(in Tsd. €)	(in %)	
Gesamtbetrag:	30.077	100,00	41.713	100,00	58
Stadt Zweibrücken	6.275	20,86	7.520	18,03	8
LK Birkenfeld	4.671	15,53	8.359	20,04	5
Rhein-Hunsrück-Kreis	3.252	10,81	3.796	9,10	8
LK Bad Kreuznach	2.705	8,99	5.653	13,55	3
Stadt Landau	2.700	8,98	3.176	7,61	1
Stadt Kaiserslautern	2.632	8,75	3.293	7,89	4
Stadt Koblenz	1.800	5,98	2.400	5,75	1
sonstige, regional nicht zuzuordnende A	1.547	5,14	1.568	3,76	7
Stadt Pirmasens	1.050	3,49	1.167	2,80	1
LK Trier-Saarburg	900	2,99	1.269	3,04	2
LK Eifelkreis Bitburg-Prüm	789	2,62	1.265	3,03	8
Stadt Worms	600	1,99	750	1,80	1
LK Kaiserslautern	570	1,90	708	1,70	1
Stadt Speyer	200	0,66	267	0,64	1
LK Germersheim	155	0,52	194	0,47	1
LK Südwestpfalz	131	0,44	150	0,36	4
Westerwaldkreis	100	0,33	178	0,43	2
LK Ahrweiler	0	0,00	0	0,00	0
LK Altenkirchen	0	0,00	0	0,00	0
LK Cochem-Zell	0	0,00	0	0,00	0
LK Mayen Koblenz	0	0,00	0	0,00	0
LK Neuwied	0	0,00	0	0,00	0
Rhein-Lahn-Kreis	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Trier	0	0,00	0	0,00	0
LK Bernkastel-Wittlich	0	0,00	0	0,00	0
LK Vulkaneifel	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Mainz	0	0,00	0	0,00	0
LK Alzey-Worms	0	0,00	0	0,00	0
LK Mainz-Bingen	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Frankenthal	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Ludwigshafen	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Neustadt	0	0,00	0	0,00	0
LK Bad Dürkheim	0	0,00	0	0,00	0
Rhein-Pfalz-Kreis	0	0,00	0	0,00	0
LK Südliche Weinstraße	0	0,00	0	0,00	0
Donnersbergkreis	0	0,00	0	0,00	0
LK Kusel	0	0,00	0	0,00	0

Auswertung nach Ressorts 2012
Bewilligungen 2012 (in Tsd. €)

Anlage 4/2012 a

Regionen/Kreise	MWKEL	FM	MULEWF	ISIM	MSAGD	GESAMT
Region Mittelrhein-Westerw.						
Stadt Koblenz				1.800		1.800
LK Ahrweiler						0
LK Altenkirchen						0
LK Cochem-Zell						0
LK Mayen Koblenz						0
LK Neuwied						0
Rhein-Hunsrück-Kreis	24			3.228		3.252
Rhein-Lahn-Kreis						0
Westerwaldkreis	10			90		100
Zwischensumme:	34	0	0	5.118	0	5.152
Region Trier						
Stadt Trier						0
LK Berncastel-Wittlich						0
LK Eifelkreis Bitburg-Prüm	620	134		35		789
LK Vulkaneifel						0
LK Trier-Saarburg				900		900
Zwischensumme:	620	134	0	935	0	1.689
Region Rheinhessen-Nahe						
Stadt Mainz						0
Stadt Worms				600		600
LK Alzey-Worms						0
LK Bad Kreuznach	300	405		2.000		2.705
LK Birkenfeld	80		3.692	899		4.671
LK Mainz-Bingen						0
Zwischensumme:	380	405	3.692	3.499	0	7.976
Region Rheinpfalz						
Stadt Frankenthal						0
Stadt Landau				2.700		2.700
Stadt Ludwigshafen						0
Stadt Neustadt						0
Stadt Speyer				200		200
LK Bad Dürkheim						0
LK Germersheim				155		155
Rhein-Pfalz-Kreis						0
LK Südliche Weinstraße						0
Zwischensumme:	0	0	0	3.055	0	3.055
Region Westpfalz						
Stadt Kaiserslautern			1	2.500	131	2.632
Stadt Pirmasens				1.050		1.050
Stadt Zweibrücken		167		6.108		6.275
Donnersbergkreis						0
LK Kaiserslautern	570					570
LK Kusel						0
LK Südwestpfalz	126		5			131
Zwischensumme:	696	167	6	9.658	131	10.658
sonstige, regional nicht zuzuordnende Ausgaben				319	1.228	1.547
Gesamtbetrag:	1.730	706	3.698	22.584	1.359	30.077

Auswertung der Ressorts 2012
damit gefördertes Investitionsvolumen/Gesamtkosten (in Tsd. €)

Anlage 4/2012 b

Regionen/Kreise	MWKEL	FM	MULEWF	ISIM	MSAGD	GESAMT
Region Mittelrhein-Westerrw.						
Stadt Koblenz				2.400		2.400
LK Ahrweiler						0
LK Altenkirchen						0
LK Cochem-Zell						0
LK Mayen Koblenz						0
LK Neuwied						0
Rhein-Hunsrück-Kreis	36			3.760		3.796
Rhein-Lahn-Kreis						0
Westerwaldkreis	30			148		178
Zwischensumme:	66	0	0	6.308	0	6.374
Region Trier						
Stadt Trier						0
LK Berncastel-Wittlich						0
LK Eifelkreis Bitburg-Prüm	750	465		50		1.265
LK Vulkaneifel						0
LK Trier-Saarburg				1.269		1.269
Zwischensumme:	750	465	0	1.319	0	2.534
Region Rheinhessen-Nahe						
Stadt Mainz						0
Stadt Worms				750		750
LK Alzey-Worms						0
LK Bad Kreuznach	400	2.587		2.666		5.653
LK Birkenfeld	100		7.081	1.178		8.359
LK Mainz-Bingen						0
Zwischensumme:	500	2.587	7.081	4.594	0	14.762
Region Rheinpfalz						
Stadt Frankenthal						0
Stadt Landau				3.176		3.176
Stadt Ludwigshafen						0
Stadt Neustadt						0
Stadt Speyer				267		267
LK Bad Dürkheim						0
LK Germersheim				194		194
Rhein-Pfalz-Kreis						0
LK Südliche Weinstraße						0
Zwischensumme:	0	0	0	3.637	0	3.637
Region Westpfalz						
Stadt Kaiserslautern				3.125	168	3.293
Stadt Pirmasens				1.167		1.167
Stadt Zweibrücken		0		7.520		7.520
Donnersbergkreis						0
LK Kaiserslautern	708					708
LK Kusel						0
LK Südwestpfalz	150					150
Zwischensumme:	858	0	0	11.812	168	12.838
sonstige, regional nicht zuzuordnende Ausgaben				319	1.249	1.568
Gesamtbetrag:	2.174	3.052	7.081	27.989	1.417	41.713

Auswertung Ressorts 2012
Anzahl der Projekte

Anlage 4/2012 c

Regionen/Kreise	MWKEL	FM	MULEWF	ISIM	MSAGD	GESAMT
Region Mittelrhein-Westerrw.						
Stadt Koblenz				1		1
LK Ahrweiler						0
LK Altenkirchen						0
LK Cochem-Zell						0
LK Mayen Koblenz						0
LK Neuwied						0
Rhein-Hunsrück-Kreis	1			7		8
Rhein-Lahn-Kreis						0
Westerwaldkreis	1			1		2
Zwischensumme:	2	0	0	9	0	11
Region Trier						
Stadt Trier						0
LK Berncastel-Wittlich						0
LK Eifelkreis Bitburg-Prüm	5	2		1		8
LK Vulkaneifel						0
LK Trier-Saarburg				2		2
Zwischensumme:	5	2	0	3	0	10
Region Rheinhessen-Nahe						
Stadt Mainz						0
Stadt Worms				1		1
LK Alzey-Worms						0
LK Bad Kreuznach	1	1		1		3
LK Birkenfeld	1		2	2		5
LK Mainz-Bingen						0
Zwischensumme:	2	1	2	4	0	9
Region Rheinpfalz						
Stadt Frankenthal						0
Stadt Landau				1		1
Stadt Ludwigshafen						0
Stadt Neustadt						0
Stadt Speyer				1		1
LK Bad Dürkheim						0
LK Germersheim				1		1
Rhein-Pfalz-Kreis						0
LK Südliche Weinstraße						0
Zwischensumme:	0	0	0	3	0	3
Region Westpfalz						
Stadt Kaiserslautern			1	1	2	4
Stadt Pirmasens				1		1
Stadt Zweibrücken		0		8		8
Donnersbergkreis						0
LK Kaiserslautern	1					1
LK Kusel						0
LK Südwestpfalz	1		3			4
Zwischensumme:	2	0	4	10	2	18
sonstige, regional nicht zuzuordnende Ausgaben				3	4	7
Gesamtbetrag:	11	3	6	32	6	58

Auswertung nach Regionen/Kreisen 2013

Anlage 2/2013

Regionen/Kreise	Bewilligungen 2010 (in Tsd. €)		damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten (in Tsd. €)		Anzahl der Projekte
	(in Tsd. €)	(in %)	(in Tsd. €)	(in %)	
Region Mittelrhein-Westerw.					
Stadt Koblenz	3.559	10,51	5.581	12,32	3
LK Ahrweiler	0	0,00	0	0,00	1
LK Altenkirchen	26	0,08	12	0,03	1
LK Cochem-Zell	0	0,00	0	0,00	0
LK Mayen Koblenz	2.100	6,20	4.525	9,99	1
LK Neuwied	0	0,00	0	0,00	0
Rhein-Hunsrück-Kreis	5.376	15,87	5.830	12,87	7
Rhein-Lahn-Kreis	23	0,07	31	0,07	1
Westerwaldkreis	0	0,00	0	0,00	0
Zwischensumme:	11.084	32,73	15.979	35,27	14
Region Trier					
Stadt Trier	0	0,00	0	0,00	0
LK Bernkastel-Wittlich	35	0,10	40	0,09	1
LK Eifelkreis Bitburg-Prüm	215	0,63	299	0,66	3
LK Vulkaneifel	0	0,00	0	0,00	0
LK Trier-Saarburg	1.017	3,00	1.400	3,09	3
Zwischensumme:	1.267	3,74	1.739	3,84	7
Region Rheinhessen-Nahe					
Stadt Mainz	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Worms	1.850	5,46	2.313	5,11	1
LK Alzey-Worms	0	0,00	0	0,00	0
LK Bad Kreuznach	2.400	7,09	3.367	7,43	3
LK Birkenfeld	5.465	16,14	7.956	17,56	6
LK Mainz-Bingen	14	0,04	0	0,00	2
Zwischensumme:	9.729	28,73	13.636	30,10	12
Region Rheinpfalz					
Stadt Frankenthal	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Landau	1.500	4,43	1.765	3,90	1
Stadt Ludwigshafen	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Neustadt	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Speyer	56	0,17	75	0,17	1
LK Bad Dürkheim	0	0,00	0	0,00	0
LK Germersheim	0	0,00	0	0,00	0
Rhein-Pfalz-Kreis	0	0,00	0	0,00	0
LK Südliche Weinstraße	0	0,00	0	0,00	0
Zwischensumme:	1.556	4,59	1.840	4,06	2
Region Westpfalz					
Stadt Kaiserslautern	1.700	5,02	2.125	4,69	1
Stadt Pirmasens	950	2,81	1.056	2,33	1
Stadt Zweibrücken	5.266	15,55	6.421	14,17	4
Donnersbergkreis	0	0,00	0	0,00	0
LK Kaiserslautern	350	1,03	460	1,02	6
LK Kusel	14	0,04	19	0,04	1
LK Südwestpfalz	405	1,20	444	0,98	2
Zwischensumme:	8.685	25,64	10.525	23,23	15
sonstige, regional nicht zuzuordnende Ausgaben	1.547	4,57	1.586	3,50	6
Gesamtbetrag:	33.868	100,00	45.305	100,00	56

Auswertung nach Kreisen 2013
(Rangfolge nach Bewilligungen)

Anlage 3/2013

Regionen/Kreise	Bewilligungen 2010 (in Tsd. €)		damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten (in Tsd. €)		Anzahl der Projekte
	(in Tsd. €)	(in %)	(in Tsd. €)	(in %)	
Gesamtbetrag:	33.868	100,00	45.305	100,00	56
Rhein-Hunsrück-Kreis	5.376	15,87	5.830	12,87	7
LK Birkenfeld	5.465	16,14	7.956	17,56	6
Stadt Zweibrücken	5.266	15,55	6.421	14,17	4
Stadt Koblenz	3.559	10,51	5.581	12,32	3
LK Bad Kreuznach	2.400	7,09	3.367	7,43	3
LK Mayen Koblenz	2.100	6,20	4.525	9,99	1
Stadt Worms	1.850	5,46	2.313	5,11	1
Stadt Kaiserslautern	1.700	5,02	2.125	4,69	1
sonstige, regional nicht zuzuordnende A	1.547	4,57	1.586	3,50	6
Stadt Landau	1.500	4,43	1.765	3,90	1
LK Trier-Saarburg	1.017	3,00	1.400	3,09	3
Stadt Pirmasens	950	2,81	1.056	2,33	1
LK Südwestpfalz	405	1,20	444	0,98	2
LK Kaiserslautern	350	1,03	460	1,02	6
LK Eifelkreis Bitburg-Prüm	215	0,63	299	0,66	3
Stadt Speyer	56	0,17	75	0,17	1
LK Bernkastel-Wittlich	35	0,10	40	0,09	1
LK Altenkirchen	26	0,08	12	0,03	1
Rhein-Lahn-Kreis	23	0,07	31	0,07	1
LK Mainz-Bingen	14	0,04	0	0,00	2
LK Kusel	14	0,04	19	0,04	1
LK Ahrweiler	0	0,00	0	0,00	1
LK Cochem-Zell	0	0,00	0	0,00	0
LK Neuwied	0	0,00	0	0,00	0
Westerwaldkreis	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Trier	0	0,00	0	0,00	0
LK Vulkaneifel	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Mainz	0	0,00	0	0,00	0
LK Alzey-Worms	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Frankenthal	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Ludwigshafen	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Neustadt	0	0,00	0	0,00	0
LK Bad Dürkheim	0	0,00	0	0,00	0
LK Germersheim	0	0,00	0	0,00	0
Rhein-Pfalz-Kreis	0	0,00	0	0,00	0
LK Südliche Weinstraße	0	0,00	0	0,00	0
Donnersbergkreis	0	0,00	0	0,00	0

Auswertung der Ressorts 2013
Bewilligungen 2013 (in Tsd. €)

Anlage 4/2013 a

Regionen/Kreise	MWKEL	FM	MULEWF	ISIM	MSAGD	GESAMT
Region Mittelrhein-Westerrw.						
Stadt Koblenz	100			3.459		3.559
LK Ahrweiler						0
LK Altenkirchen	26					26
LK Cochem-Zell						0
LK Mayen Koblenz	1.600			500		2.100
LK Neuwied						0
Rhein-Hunsrück-Kreis	10			5.366		5.376
Rhein-Lahn-Kreis				23		23
Westerwaldkreis						0
Zwischensumme:	1.736	0	0	9.348	0	11.084
Region Trier						
Stadt Trier						0
LK Bernkastel-Wittlich	35					35
LK Eifelkreis Bitburg-Prüm	63	2		150		215
LK Vulkaneifel						0
LK Trier-Saarburg	42			975		1.017
Zwischensumme:	140	2	0	1.125	0	1.267
Region Rheinhessen-Nahe						
Stadt Mainz						0
Stadt Worms				1.850		1.850
LK Alzey-Worms						0
LK Bad Kreuznach	400			2.000		2.400
LK Birkenfeld	24	108	2.400	2.933		5.465
LK Mainz-Bingen			14			14
Zwischensumme:	424	108	2.414	6.783	0	9.729
Region Rheinpfalz						
Stadt Frankenthal						0
Stadt Landau				1.500		1.500
Stadt Ludwigshafen						0
Stadt Neustadt						0
Stadt Speyer				56		56
LK Bad Dürkheim						0
LK Germersheim						0
Rhein-Pfalz-Kreis						0
LK Südliche Weinstraße						0
Zwischensumme:	0	0	0	1.556	0	1.556
Region Westpfalz						
Stadt Kaiserslautern				1.700		1.700
Stadt Pirmasens				950		950
Stadt Zweibrücken		342		4.924		5.266
Donnersbergkreis						0
LK Kaiserslautern	350					350
LK Kusel				14		14
LK Südwestpfalz			5	400		405
Zwischensumme:	350	342	5	7.988	0	8.685
sonstige, regional nicht zuzuordnende Ausgaben				343	1.204	1.547
Gesamtbetrag:	2.650	452	2.419	27.143	1.204	33.868

Auswertung der Ressorts 2013
damit gefördertes Investitionsvolumen/Gesamtkosten (in Tsd. €)

Anlage 4/2013 b

Regionen/Kreise	MWKEL	FM	MULEWF	ISIM	MSAGD	GESAMT
Region Mittelrhein-Westerrw.						
Stadt Koblenz	150			5.431		5.581
LK Ahrweiler						0
LK Altenkirchen	12					12
LK Cochem-Zell						0
LK Mayen Koblenz	3.859			666		4.525
LK Neuwied						0
Rhein-Hunsrück-Kreis	12			5.818		5.830
Rhein-Lahn-Kreis				31		31
Westerwaldkreis						0
Zwischensumme:	4.033	0	0	11.946	0	15.979
Region Trier						
Stadt Trier						0
LK Bernkastel-Wittlich	40					40
LK Eifelkreis Bitburg-Prüm	78	7		214		299
LK Vulkaneifel						0
LK Trier-Saarburg	52			1.348		1.400
Zwischensumme:	170	7	0	1.562	0	1.739
Region Rheinhessen-Nahe						
Stadt Mainz						0
Stadt Worms				2.313		2.313
LK Alzey-Worms						0
LK Bad Kreuznach	700			2.667		3.367
LK Birkenfeld	30	274	3.958	3.694		7.956
LK Mainz-Bingen						0
Zwischensumme:	730	274	3.958	8.674	0	13.636
Region Rheinpfalz						
Stadt Frankenthal						0
Stadt Landau				1.765		1.765
Stadt Ludwigshafen						0
Stadt Neustadt						0
Stadt Speyer				75		75
LK Bad Dürkheim						0
LK Germersheim						0
Rhein-Pfalz-Kreis						0
LK Südliche Weinstraße						0
Zwischensumme:	0	0	0	1.840	0	1.840
Region Westpfalz						
Stadt Kaiserslautern				2.125		2.125
Stadt Pirmasens				1.056		1.056
Stadt Zweibrücken		0		6.421		6.421
Donnersbergkreis						0
LK Kaiserslautern	460					460
LK Kusel				19		19
LK Südwestpfalz				444		444
Zwischensumme:	460	0	0	10.065	0	10.525
sonstige, regional nicht zuzuordnende Ausgaben				343	1.243	1.586
Gesamtbetrag:	5.393	281	3.958	34.430	1.243	45.305

Auswertung Ressorts 2013
Anzahl der Projekte

Anlage 4/2013 c

Regionen/Kreise	MWKEL	FM	MULEWF	ISIM	MSAGD	GESAMT
Region Mittelrhein-Westerw.						
Stadt Koblenz	1			2		3
LK Ahrweiler	1					1
LK Altenkirchen	1					1
LK Cochem-Zell						0
LK Mayen Koblenz				1		1
LK Neuwied						0
Rhein-Hunsrück-Kreis	1			6		7
Rhein-Lahn-Kreis				1		1
Westerwaldkreis						0
Zwischensumme:	4	0	0	10	0	14
Region Trier						
Stadt Trier						0
LK Berncastel-Wittlich	1					1
LK Eifelkreis Bitburg-Prüm	1	1		1		3
LK Vulkaneifel						0
LK Trier-Saarburg	1			2		3
Zwischensumme:	3	1	0	3	0	7
Region Rheinhessen-Nahe						
Stadt Mainz						0
Stadt Worms				1		1
LK Alzey-Worms						0
LK Bad Kreuznach	2			1		3
LK Birkenfeld	1	1	2	2		6
LK Mainz-Bingen			2			2
Zwischensumme:	3	1	4	4	0	12
Region Rheinpfalz						
Stadt Frankenthal						0
Stadt Landau				1		1
Stadt Ludwigshafen						0
Stadt Neustadt						0
Stadt Speyer				1		1
LK Bad Dürkheim						0
LK Germersheim						0
Rhein-Pfalz-Kreis						0
LK Südliche Weinstraße						0
Zwischensumme:	0	0	0	2	0	2
Region Westpfalz						
Stadt Kaiserslautern				1		1
Stadt Pirmasens				1		1
Stadt Zweibrücken		0		4		4
Donnersbergkreis						0
LK Kaiserslautern	6					6
LK Kusel				1		1
LK Südwestpfalz			1	1		2
Zwischensumme:	6	0	1	8	0	15
sonstige, regional nicht zuzuordnende Ausgaben				2	4	6
Gesamtbetrag:	16	2	5	29	4	56

Truppen- und Stellenabbau in Rheinland-Pfalz

Anlage 5

Truppenabbau

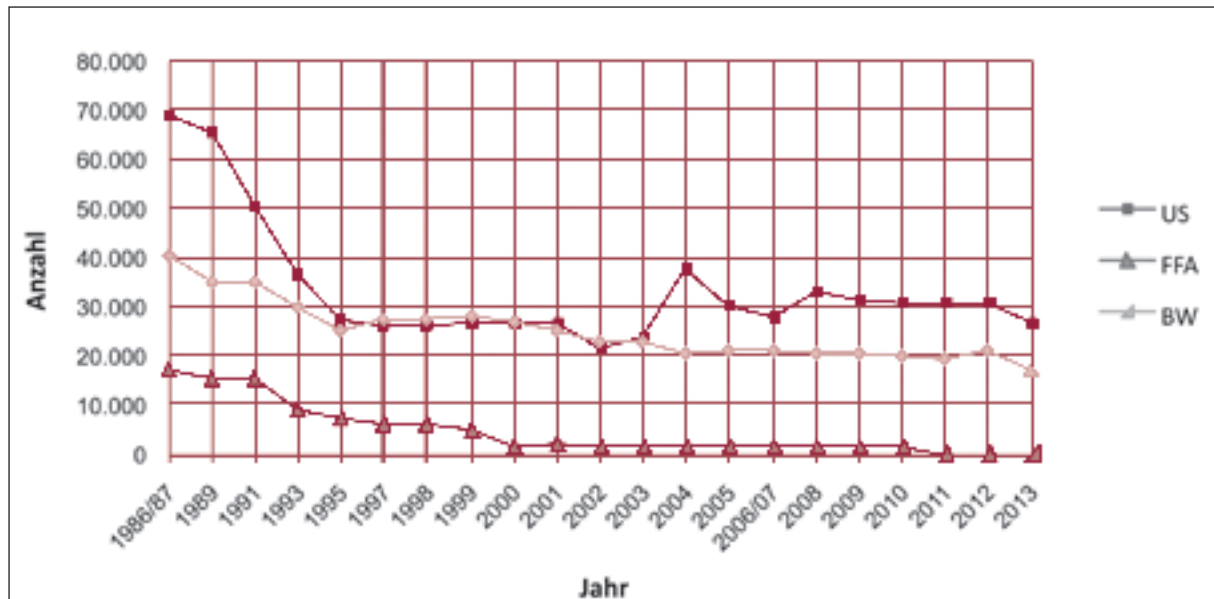
Jahr	US	FFA	BW	Gesamt
1986/87	69.000	17.300	40.500	126.800
1989	65.250	15.500	34.900	115.650
1991	50.000	15.500	34.900	100.400
1993	36.200	8.800	29.850	74.850
1995	27.000	7.200	25.100	59.300
1997	25.800	6.200	27.600	59.600
1998	26.100	5.900	27.500	59.500
1999	26.500	4.800	27.800	59.100
2000	26.580	1.150	26.600	54.330
2001	26.580	1.890	24.880	53.350
2002	21.710	1.120	23.070	45.900
2003	23.660	1.120	23.070	47.850
2004	37.290	1.140	20.760	59.190
2005	29.941	1.140	20.925	52.006
2006/07	27.808	1.161	21.023	49.992
2008	32.887	1.190	20.288	54.365
2009	31.077	1.080	20.658	52.815
2010	30.538	1.080	19.681	51.299
2011	30.379	0	19.434	49.813
2012	30.528	0	21.343	51.871
2013	26.663	0	17.204	43.867
Abbau seit 1986	-42.337	-17.300	-23.296	-82.933
Abbau seit 1991	-23.337	-15.500	-17.696	-56.533

Stellenabbau

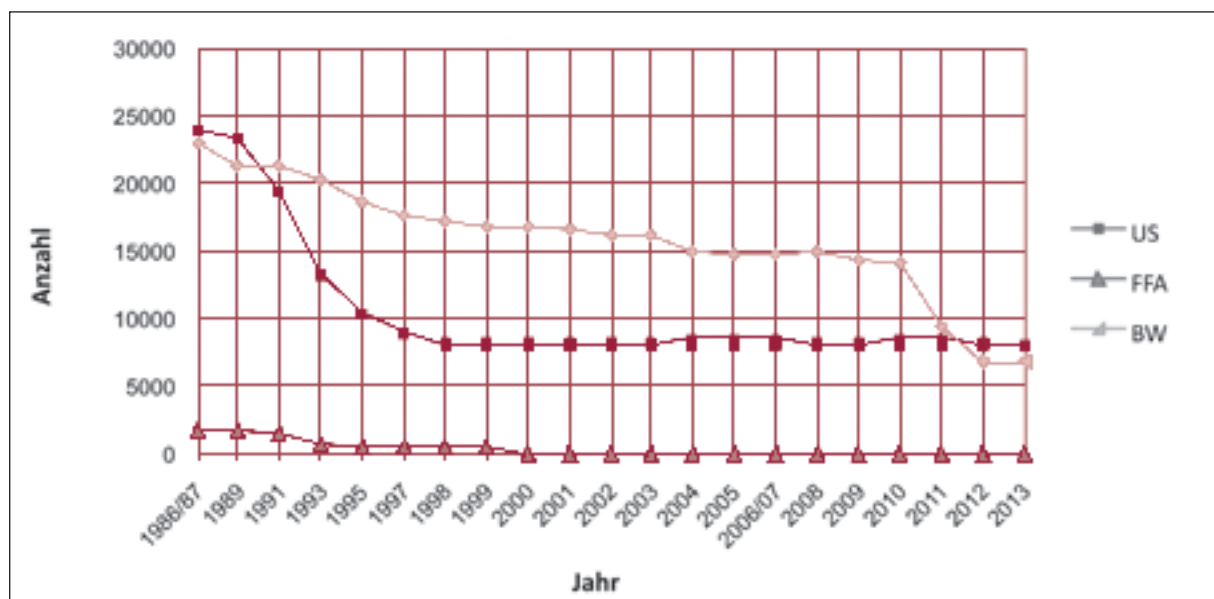
Jahr	US	FFA	BW	Gesamt
1986/87	24000	1800	23000	48800
1989	23.200	1.600	21.300	46.100
1991	19.400	1.400	21.300	42.100
1993	13.200	700	20.150	34.050
1995	10.300	550	18.500	29.350
1997	8.850	500	17.650	27.000
1998	8.350	440	17.050	25.840
1999	8.300	410	16.800	25.510
2000	8.350	30	16.700	25.080
2001	8.370	40	16.460	24.870
2002	8.370	40	16.070	24.480
2003	8.260	50	16.070	24.380
2004	8.490	50	14.850	23.390
2005	8.561	41	14.645	23.247
2006/07	8.505	42	14.685	23.232
2008	8.263	45	14.958	23.266
2009	8.303	34	14.267	22.604
2010	8.396	34	14.064	22.494
2011	8.397	0	9.266	17.663
2012	8.352	0	6.786	15.138
2013	8.091	0	6.854	14.945
Abbau seit 1986	-15.909	-1.800	-16.146	-33.855
Abbau seit 1991	-11.309	-1.400	-12.034	-24.743

Truppenabbau 1986 - 2013 Entwicklung

Anlage 5

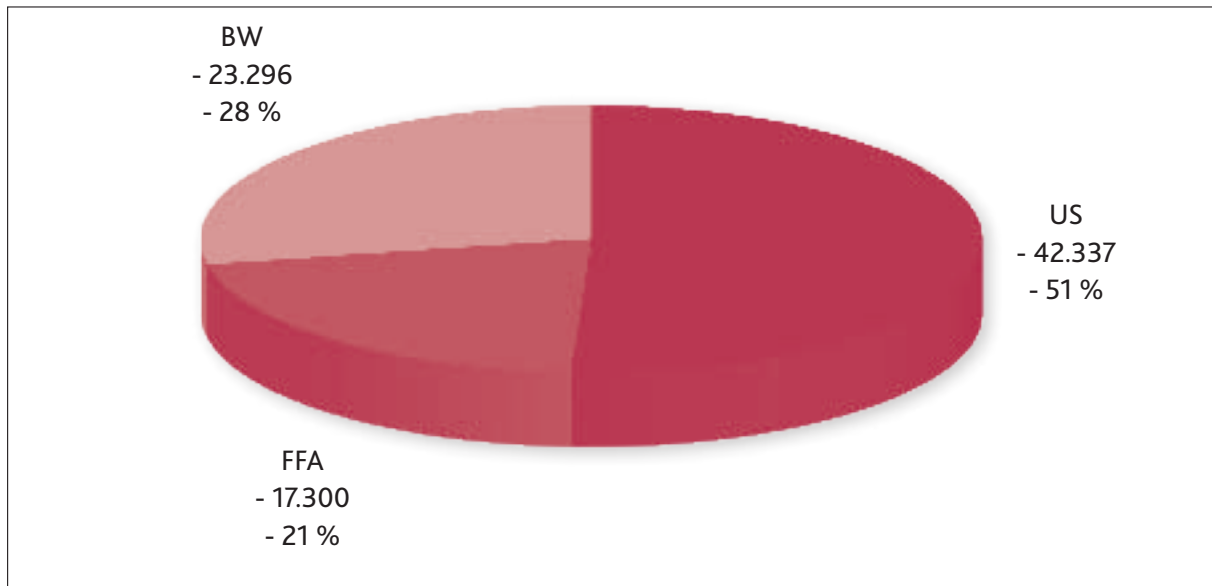


Stellenabbau 1986 - 2013 Entwicklung

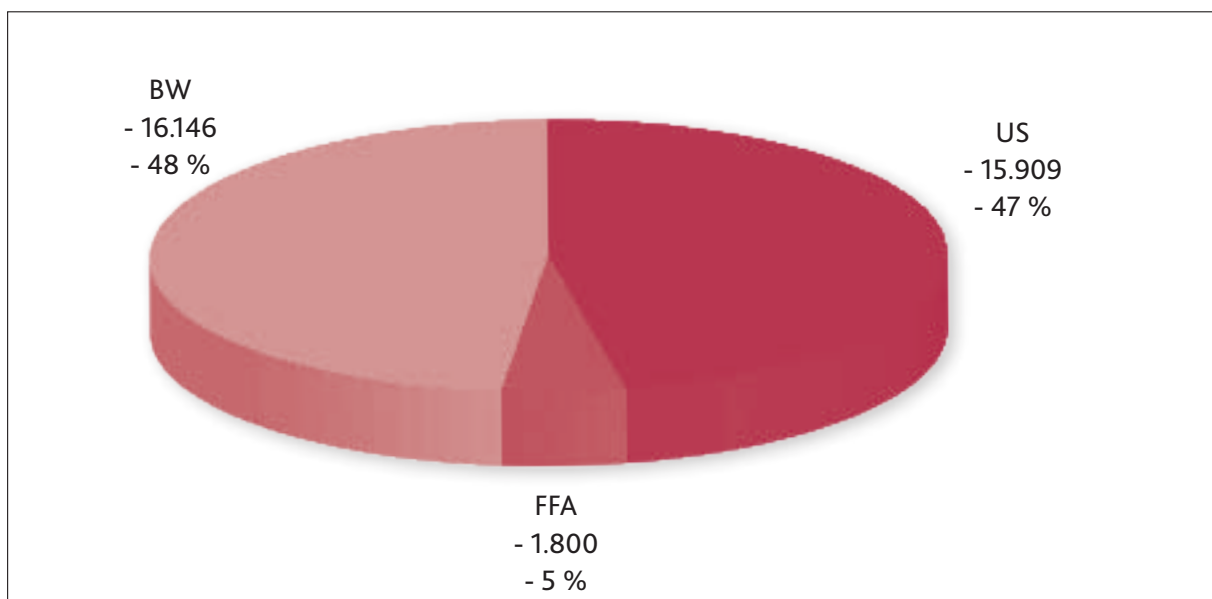


Truppenabbau 1986 - 2013

Anlage 5

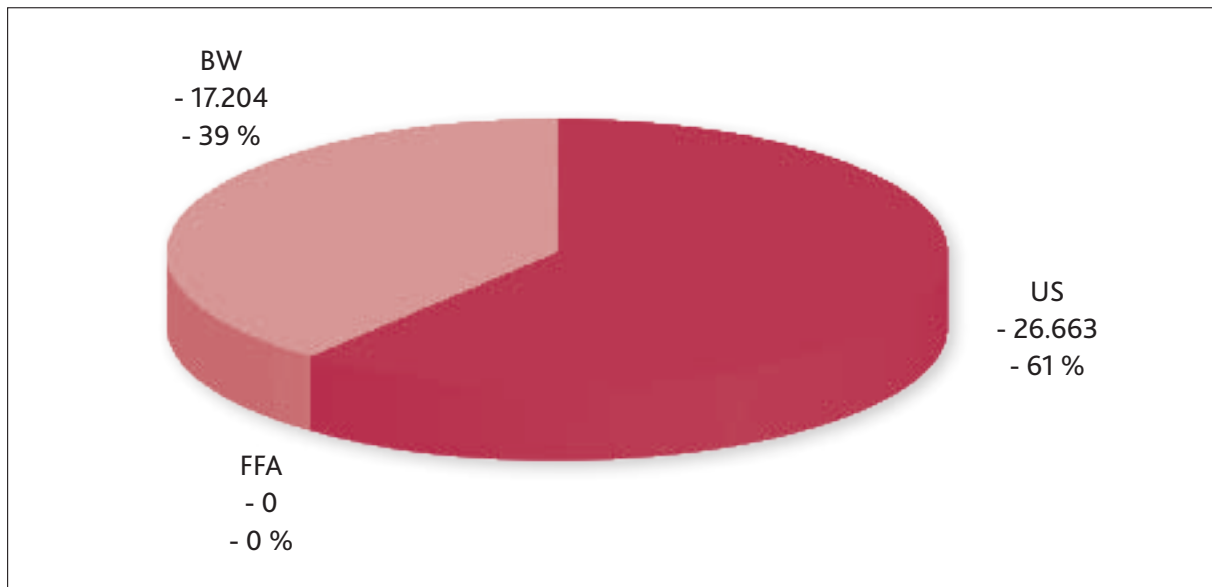


Stellenabbau 1986 - 2013

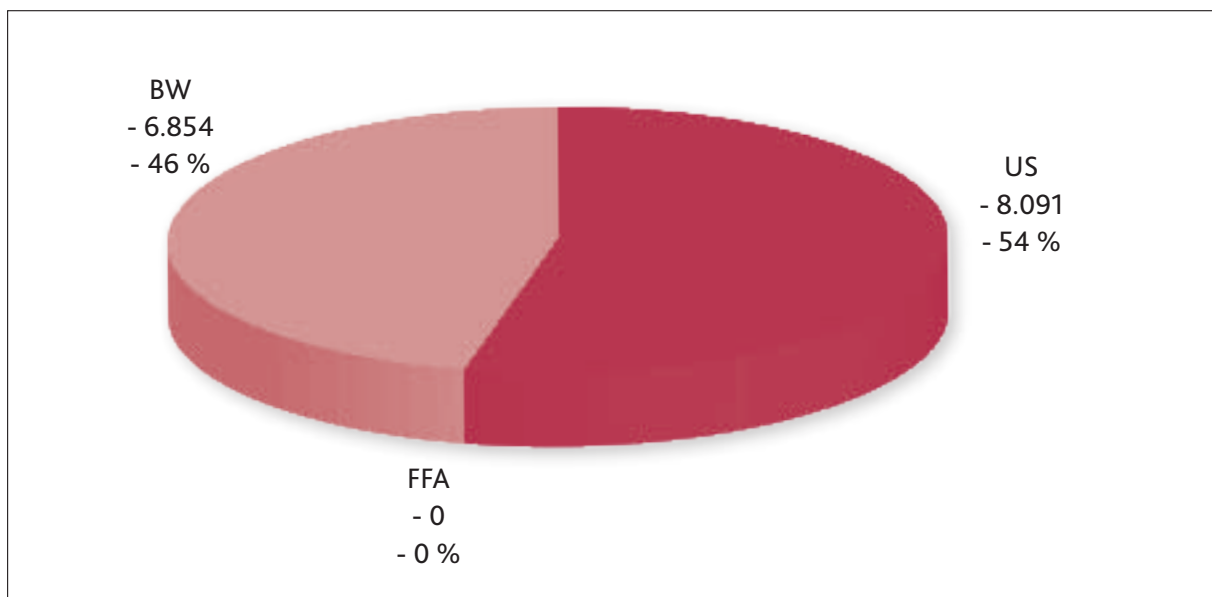


Truppenstärke 2013

Anlage 5



Zivilstellen 2013



Konversionsliegenschaften - Freigabeentwicklung

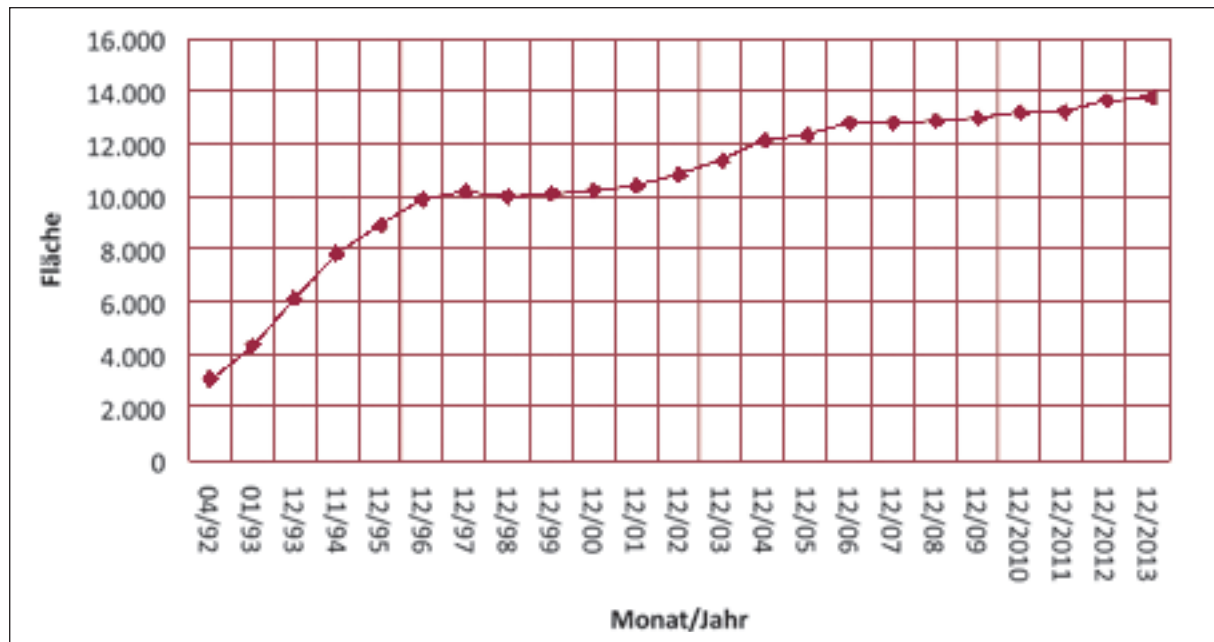
Anlage 6

Monat/Jahr	Anzahl	Anstieg Anzahl	Fläche ha	Anstieg Fläche ha	Anstieg %
*)					
04/92	118		3.088		
01/93	186	68	4.330	1.242	40,2%
12/93	273	87	6.090	1.760	40,6%
11/94	323	50	7.800	1.710	28,1%
12/95	359	36	8.883	1.083	13,9%
12/96	445	86	9.894	1.011	11,4%
12/97	491	46	10.168	274	2,8%
12/98	495	4	10.012		
12/99	504	9	10.126		
12/00	519	15	10.244	76	0,7%
12/01	529	10	10.406	162	1,6%
12/02	565	36	10.795	389	3,7%
12/03	576	11	11.334	539	5,0%
12/04	605	29	12.115	781	6,9%
12/05	616	11	12.317	202	1,7%
12/06	618	2	12.765	448	3,6%
12/07	623	5	12.805	40	0,3%
12/08	626	3	12.816	11	0,1%
12/09	640	14	12.947	131	1,0%
12/2010	656	15	13.181	234	1,8%
12/2011	659	4	13.231	50	0,4%
12/2012	667	8	13.644	413	3,1%
12/2013	679	12	13.778	134	1,0%

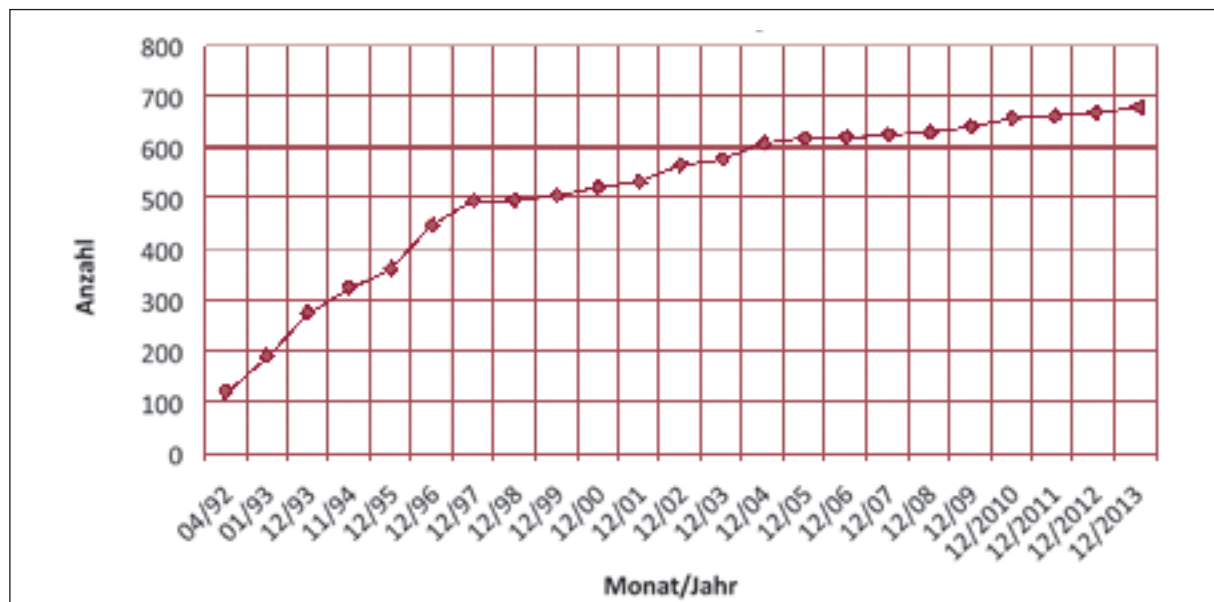
*) Bis 2009 ist der Zeitraum der Ankündigung, die militärische Nutzung der Liegenschaft aufzugeben, dargestellt. Ab 2010 wird aufgrund geänderter Datenerhebung der Zeitpunkt der Freigabe abgebildet.

Fläche ha

Anlage 6



Anzahl der Objekte

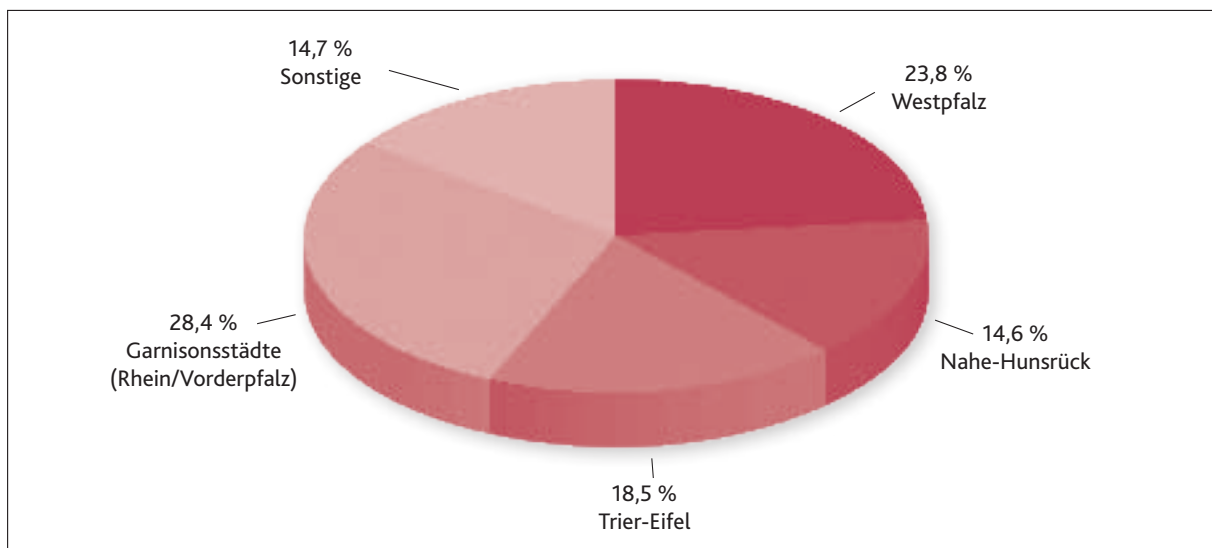


Konversionsliegenschaften regionale Gliederung - Konversionsregionen

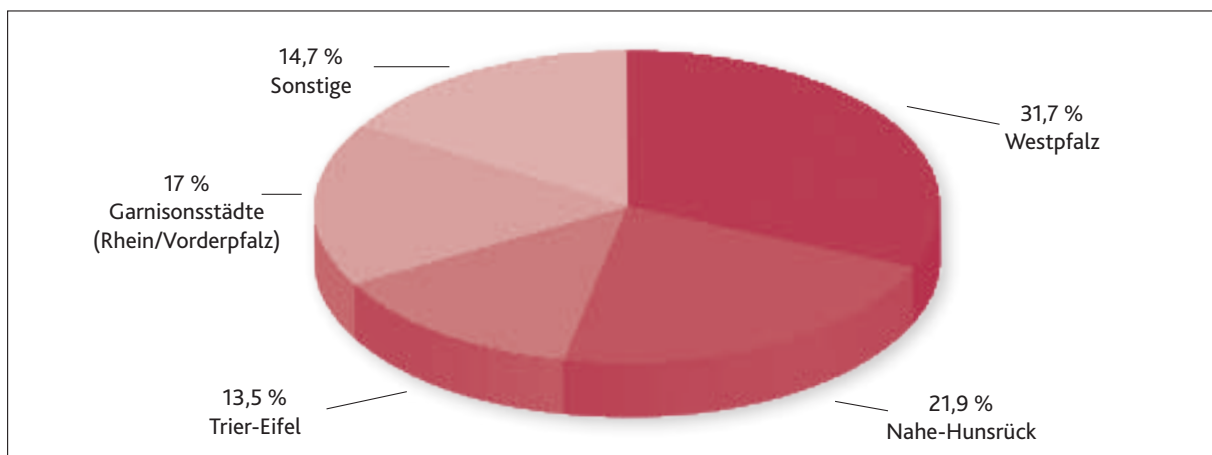
Anlage 7

Konversionsregionen	Anzahl	Anteil %	Fläche ha	Anteil %
Westpfalz	159	23,4%	4.225	30,7%
Nahe-Hunsrück	100	14,7%	2.987	21,7%
Trier-Eifel	130	19,1%	1.853	13,4%
Garnisonsstädte (Rhein/ Vorderpfalz)	191	28,1%	2.249	16,3%
Sonstige	99	14,6%	2.464	17,9%
Gesamt	679	100,0%	13.778	100,0%

Regionale Aufteilung der Konversionsflächen



Anteil der Konversionsflächen in den Regionen





Rheinland-Pfalz

STAATSKANZLEI

Herausgeber:

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz

In Zusammenarbeit mit:

- Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur Rheinland-Pfalz
- Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung Rheinland-Pfalz
- Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie Rheinland-Pfalz
- Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz

Mainz, im Juni 2014

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Rheinland-Pfalz herausgegeben. Sie darf weder von Parteien, noch Wahlbewerbern oder Wahlhelfer im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.